

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Richard Schröder

Die DDR einst – und jetzt?

Irma Hanke

Die „Dritte Republik“: Wandel durch Integration?

Lernhemmnisse und Lernprozesse in der „alten“ Bundesrepublik

Manfred Jäger

Die Autobiographie als Erfindung von Wahrheit

Beispiele literarischer Selbstdarstellung nach dem Ende der DDR

Peter Ph. Mohler

Auf dem Weg zur stabilen gesamtdeutschen Demokratie?

Soziologische Betrachtungen zum Prozeß der deutschen Einheit

B 41/92

2. Oktober 1992

Richard Schröder, Dr. theol. habil., geb. 1943; Studium der Theologie und Philosophie an den Kirchlichen Hochschulen in Naumburg und Berlin; Hochschullehrer an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität.

Veröffentlichungen u. a.: Denken im Zwielficht. Vorträge und Aufsätze aus der Alten DDR, Tübingen 1990.

Irma Hanke, Dr. phil., geb. 1932; Professorin für Politische Wissenschaft an der TU München.

Veröffentlichungen u. a.: Alltag und Politik. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft, Opladen 1987; (Hrsg. zus. mit Hannemor Keidel) Unruhe ist die erste Bürgerpflicht, Baden-Baden 1988; Aufsätze zur politischen Soziologie, zu Kulturpolitik, Literatur, Politik und zur deutschen Frage.

Manfred Jäger, geb. 1934; freier Publizist in Münster.

Veröffentlichungen u. a.: Sozilliteraten. Funktion und Selbstverständnis der Schriftsteller in der DDR, Opladen 1973; (zus. mit E. Schütz und J. Vogt) Einführung in die deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts, Opladen 1977/80; Kultur und Politik in der DDR, Köln 1982; zahlreiche Aufsätze und Rundfunkbeiträge zu kulturpolitischen und literaturwissenschaftlichen Themen.

Peter Ph. Mohler, Privatdozent, Dr. phil., geb. 1945; Studium der Soziologie, Philosophie und Mediävistik in Frankfurt am Main und Gießen; Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Abitur 1917-1971, Reflektionen des Verhältnisses zwischen Individuum und kollektiver Macht in Abituraufsätzen, Frankfurt am Main 1978; Wertkonflikt oder Wertdiffusion? Vergleich von Inhaltsanalysen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aus den Jahren 1948-1984 und Umfragedaten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1989) 1.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die DDR einst – und jetzt?

I. Vorbemerkungen

Nach marxistischer Auffassung wird das Denken und Handeln einer Gesellschaft „in letzter Instanz“ von der sozialökonomischen Basis, von den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, bestimmt: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein.“

Wie sich doch die Gegner manchmal gleichen. Manche westliche Politiker waren 1990 offenbar der Meinung, die deutsche Einigung sei vor allem ein ökonomisches Organisationsproblem, das sie mit etwas Pfiffigkeit und einer geballten Milliardenladung glatt über die Runden bringen würden. Inzwischen ist offenbar, daß sich die neue ökonomische Basis in den neuen Bundesländern so schnell nicht herstellen läßt. Das hat viele Gründe, aber eben nicht nur ökonomische. Eine funktionierende Marktwirtschaft hat offenbar mehr Voraussetzungen, als diejenigen sehen, die gut in ihr leben.

Das Gewohnte wird meist erst bewußt, wenn es versagt oder aussetzt. Mit der deutschen Vereinigung werden massenhaft Selbstverständlichkeiten außer Kraft gesetzt. Im Osten ist die unnormale Normalität der SED-Herrschaft verschwunden. Alles wird anders – einerseits zum Glück, andererseits ist nun fast alles ungewohnt. Auch der Verlust einer schäbigen oder häßlichen Selbstverständlichkeit irritiert. Doch nicht nur das. Was war, ist nun umstritten. Zudem sind die Westler oft anders, als die Ostler erwartet haben, und umgekehrt. Auch das irritiert. Die Folge: Das gesamtdeutsche Sein verstimmt das Bewußtsein.

Die deutsche Einigung hat sehr viel mit Ökonomie zu tun, und zwar zu Recht. Denn ökonomische Probleme erzeugen soziale Probleme und diese verstärken emotionale Probleme. Emotionale Probleme können ihrerseits die Lösung sozialer und ökonomischer Probleme blockieren. Menschen, die nicht ein gewisses Maß an Selbstverständlichem verbindet, können sich nicht verstehen – also auch nicht gut verständigen. Andererseits können Menschen, wenn sie sich einig darüber sind, wie es steht und worum es geht, manches ertragen und viel zuwege bringen. Durch die deut-

sche Vereinigung hat sich unsere Welt vor allem im Osten, aber auch im Westen erheblich verändert, und es kommt nun darauf an, daß wir einander interpretieren. Wir sollten nicht nur mit großem wissenschaftlichen Aufwand analysieren, sondern auch schlicht berichten, darstellen, erläutern. Denn Erzählen bringt uns das Sein zum Bewußtsein.

II. Wie es bei uns war und was wir mitbringen

Wie war es in der DDR? Es war das Leben unter einer *Diktatur*. Das Rezept, nach dem Diktatoren oder Tyrannen verfahren, hat Aristoteles in der Politik schon ganz zutreffend beschrieben: „... daß man die hervorragenden Männer nicht aufkommen läßt und die selbstbewußten auf die Seite schafft, keine Tischgenossenschaften, keine Klubs, keine Bildungsbestrebungen, noch sonst dergleichen duldet, sondern alles zu verhüten trachtet, woraus zweierlei, Selbstgefühl und wechselseitiges Vertrauen, zu entspringen pflegt; daß man ferner keine Gesellschaften oder auch nur gesellige Zusammenkünfte aufkommen läßt, kurz alles tut, damit alle einander möglichst unbekannt bleiben. Denn die Bekanntschaft weckt mehr gegenseitiges Vertrauen... Auch gibt der Tyrann sich Mühe, daß ihm nichts verborgen bleibe, was etwa irgendein Untertan spricht oder tut, sondern überall Späher vorhanden seien, ... wenn irgendwo eine Gesellschaft oder Zusammenkunft war. So bringt man es dahin, daß die Bürger aus Furcht vor solchen Leuten sich nicht frei aussprechen, und wenn sie es tun, weniger verborgen bleiben. Auch gehört es zum Tyrannenregiment, daß man die Leute durcheinanderbringt und sich unter sich verfeinden läßt.“¹ Allen „ihren Praktiken liegt einer dieser Zwecke zugrunde: entweder daß niemand dem anderen traue, oder daß niemand Macht gewinne, oder daß jedermann knechtisch gesinnt sei“².

1 Aristoteles, Politik, übers. v. E. Rolfes, Leipzig 1948, S. 204f. (V, 11, 1313a 40ff.).

2 Ebd., S. 207 (V, 11, 1314a 25ff.).

1. Ideologie – Opium fürs Gewissen

Was Aristoteles noch nicht kannte, war die *Diktatur einer Partei* aufgrund der *Diktatur einer Ideologie*. Die Diktatur einer Partei bedarf nicht unbedingt eines Diktators. Nach Stalins Tod wurde die Diktatur eines Diktators als „Personenkult“ offiziell abgelehnt, Stalins Verbrechen wurden als „Verstöße gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit“ sträflich verniedlichend gerade noch erwähnt. Das nun propagierte Prinzip der kollektiven Führung war sozusagen eine Anonymisierung der Diktatur. Das Kollektiv trägt die Verantwortung für alle Entscheidungen gemeinsam – also in Wahrheit niemand. Das ist die „Unvernunft des Gruppenichs. . .: Jeder hat nur mitgemacht und keiner will's gewesen sein, das Resultat aber schreit zum Himmel.“³ Diejenigen, die die Macht im Ernstfall rücksichtslos gebrauchen, wissen sich zugleich der Parteidisziplin untergeordnet, „Ergebenheit“ gegenüber der „Großen Sache“ ist ihnen ihre größte Tugend, sie sind sozusagen tyrannisierte Tyrannen, Instrumente einer Idee. Die Ideologie aber, die „wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse“, gibt ihnen einerseits eine unangreifbare Legitimation an die Hand, nämlich die „historische Mission“ und die „historische Notwendigkeit“, die, dem Gottesgnadentum sehr ähnlich, der Mühe enthebt, sich von den Mitbürgern für ein Amt legitimieren zu lassen, andererseits liefert sie „Opium fürs Gewissen“⁴. Ich habe einmal ein Gespräch von SED-Genossen im Zug mithören können. Sie sprachen über die Kollektivierung der Landwirtschaft, mehr als zwanzig Jahre danach. („Zwangskollektivierung“ ist wahrhaftig nicht übertrieben.) Einer sagte: „Ich darf gar nicht daran denken, wie das damals durchgezogen worden ist. Aber es war ja notwendig.“ Das war ein mutiges Bekenntnis, denn offiziell war die Kollektivierung doch die Befreiung der Bauern „vom Ich zum Wir“, von allen begeistert begrüßt. Dieser Mann ließ, durchaus nicht ungefährlich, sein Gewissen sprechen, um mit dem Opium der historischen Notwendigkeit seine Gewissensbisse zu dämpfen. Er war nicht gewissenlos, hier sprach ein irrendes, betäubtes Gewissen.

Die aus der Diktatur einer solchen Ideologie sich ergebende Psychologie wird uns bei den anstehenden Prozessen gegen führende Funktionäre noch

3 Ich erlaube mir hier, mich selbst zu zitieren: Richard Schröder, *Der christliche Humanismus – aus protestantischer Sicht* (1985), in: ders., *Denken im Zwielficht. Vorträge und Aufsätze aus der Alten DDR*, Tübingen 1991, S. 34.

4 Immanuel Kant, *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, K. Vorländer (Hrsg.), Leipzig 1950⁵, S. 84 Anm. (A 105 Anm.).

beschäftigen. Wir kennen aus Nazi-Prozessen das Argument: „Ich habe doch nur Befehle ausgeführt.“ Wir werden wohl nächstens hören: „Ich bin ja nur unserer wissenschaftlichen Weltanschauung gefolgt.“

Die marxistisch-leninistische Ideologie hat sehr wirksam die elementare Sittlichkeit ruiniert. Ich meine damit die in allen Kulturen konstanten Regeln der zwischenmenschlichen Nahbeziehungen zu Verwandten, Freunden, Nachbarn und Gästen. Lenin hat das auch ausgesprochen: „Wir sagen, daß unsere Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet ist.“⁵ Ein hochmoralisches Ziel, der Fortschritt oder die Befreiung der Menschheit, dieses aber nicht als moralisches Ziel oder Ideal, sondern als notwendiges Resultat historischer Gesetzmäßigkeiten verstanden, erlaubte es, Gegner oder auch nur Andersdenkende zu Feinden der Menschheit zu erklären. Unter Stalin redete man ganz unverblümt von Volksschädlingen, der nächste Schritt war konsequent die „Schädlingsbekämpfung“: Liquidieren, ausschalten. Sie erlaubte es, elementare Hemmungen („so etwas kann man doch nicht machen“) als kleinbürgerliche Beschränktheit abzutun.

Die offiziell zelebrierte Klassenkampfperspektive hat außerdem die Verbindlichkeiten der Bürgergemeinschaft verschwinden lassen. Es gab nicht mehr den Unterschied zwischen Gegnern und Feinden, sondern nur Freunde und Feinde. Die Stasi hat den Feind im Inland wie im Ausland mit denselben Methoden bekämpft, sie war zugleich Geheimdienst und Geheimpolizei. Wer als „Feind des Sozialismus“ ausgemacht war, durfte auch als Feind behandelt werden. Rücksichten gab es dann nur noch nach dem Gesichtspunkt der Effektivität: Nützt es uns oder schadet es uns, wenn wir jemanden einsperren oder ausweisen? Konsequent haben deshalb politische Instanzen entschieden, ob jemandem der Prozeß gemacht werden sollte und

5 Wladimir Iljitsch Lenin, *Die Aufgaben der Jugendverbände* (1920), Werke Bd. 31, Berlin 1959, S. 281. Es hat lange gedauert, bis Marxisten das Thema Ethik überhaupt akzeptierten. Denn Lenin hatte ja Sombart zugestimmt, „daß es ‚im ganzen Marxismus von vorn bis hinten auch nicht ein Gran Ethik‘“ gibt (ders., *Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung. . . [1895]*, Werke Bd. 1, Berlin 1961, S. 436. Erst 1986 erschien eine als Hochschullehrbuch zugelassene marxistisch-leninistische Ethik (H. E. Hörz/U. Wilke, *Ethik*, Berlin 1986), die aber, da sie jenes erste Leninzitat aufnahm, schon deshalb ihren Gegenstand verfehlen mußte. Eine irgendeinem Kampf ganz und gar untergeordnete Ethik oder Moral ist eben deshalb keine mehr, weil Kriterium des Kampfes immer die Effektivität (der Sieg) ist, Moral aber immer mit Rücksichten zu tun hat, die die eigenen Wirkungsmöglichkeiten beschränken.

das effektivste Strafmaß gleich noch mit vorgegeben – durchaus konsequent. Die durch das Recht konstituierte Bürgergemeinde kam in der marxistischen Theorie nicht vor. Es gab nur die „sozialistische Gesetzlichkeit“, aber auch die war nur ein „Instrument der herrschenden Klasse“.

2. Haftung für verkehrtes Denken?

Die Ideologie als Opium fürs Gewissen macht es jetzt so schwer, von den Stützen des Systems zu verlangen, sie sollten ihre Schuld zugeben. Das Problem wird verfehlt, wenn man unterstellt, sie seien Opportunisten gewesen, denen es vor allem um Bequemlichkeit, Vorteilsnahme, Reichtum und Macht gegangen ist, oder eben Gewissenlose, die vor nichts zurückschreckten. Das gab es ja alles auch, aber der ernstere und schwierigere Punkt ist der: Sie haben verkehrt gedacht. Kann denn aber dafür jemand haftbar gemacht werden? Die Antwort muß lauten: Nicht für das verkehrte Denken selbst muß er sich verantworten, wohl aber für das aus dem verkehrten Denken stammende und mit ihm begründete verkehrte Handeln.

Wir setzen zu Recht voraus, daß jedem die goldene Regel zumutbar ist: „Was du nicht willst, das man dir tu“, das füg' auch keinem andern zu.“ Es ist recht leicht, die Schuld an einer Handlung zu bekennen, die man nicht gewollt hat. Wir sagen kurz: „Entschuldigung“. Schwieriger wird es schon bei einer geplanten und gewollten Handlung, von der man wußte, daß sie eigentlich verkehrt ist. Es ist nicht einfach, sich von diesem seinem Wollen plausibel zu distanzieren. Noch schwerer muß es sein, sich von seinem jahrzehntelangen Denken und Handeln, das zudem in einem Kollektiv beständig bestätigt und gefestigt wurde, abzugrenzen. Was bleibt dann noch von mir übrig? Wer bin ich denn noch, wenn mein Tun und Denken bisher verkehrt waren? Wir müssen anerkennen, daß die Forderung nach solch einem Schuldbekennnis sehr schnell eine Überforderung ist, wenn sie sich nicht an solche richtet, die zu Gott sagen können: „Du stellst meine unerkannte Schuld vor Dein Angesicht“ (Psalm 90, 8), die also durch Gottes Güte ihr Sein von ihrem Tun unterschieden wissen, was die Christen „Rechtfertigung aus Glauben und nicht aus Werken“ nennen. Wer das für Unfug hält, wird durch jene Zumutung in eine furchtbare Identitätskrise gestürzt. Christliche Beichtpraxis ohne Gott ist etwas Inhumanes. Der Beichtstuhl oder die Couch auf dem Marktplatz ist aber in Wahrheit ein Pranger. Wir dürfen ja gar nicht wünschen, daß Belastete jedermann munter erzählen, was sie getan haben, als wäre nichts dabei, das wäre schamlos.

Was vor Gericht gehört, soll vor Gericht kommen. Und wer weiß, daß er einem anderen geschadet hat, sollte unter vier Augen Worte dafür finden. Dann muß Gras darüber wachsen dürfen. Und Verjährungen muß es schließlich auch hier geben. Vergangenheitsbewältigung kann nicht heißen, daß wir (natürlich nur die Ostler) nun doch noch gläserne Menschen werden. Die Unbelehrbaren sollten wir mit ihrem Irrtum unter uns alt werden lassen, wenn sie das so wollen. Wenn sie allerdings ihre Irrtümer öffentlich noch einmal als Wahrheit ausgeben, sollten wir ihnen öffentlich widersprechen. Zweimal von einer Ideologie kollektiv verführt worden zu sein, ist schon zweimal zu viel für Deutsche.

Die Zahl der überzeugten Kommunisten wird in der DDR so groß gar nicht gewesen sein. Um sie herum gab es einen Hof derer, die sich zwar nicht als Kommunisten verstanden, die aber unbewußt der Diktatur einer Ideologie und der Diktatur über die Sprache aufgesessen waren. Bei unseren Studienanfängern an den Kirchlichen Hochschulen habe ich regelmäßig erlebt, daß sie erklärten, was sie in der Oberschule an Philosophie kennengelernt hätten, sei natürlich alles Quatsch gewesen. Im Gespräch aber reproduzierten sie ganz unschuldig marxistische Thesen über Materialismus, Idealismus und vieles mehr. Sie hielten sie für Common sense. Wieder andere wurden aus Überdruß über die marxistisch-leninistischen Antworten für die Fragen selbst, also für weltanschauliche, philosophische, politische Fragen, immunisiert: „Hörn'se mir auf mit Politik.“ Und für diejenigen, die sich diesen Fragen dennoch öffneten, war es schwierig, Gesprächspartner oder gar einen Gesprächskreis zu finden. In Halle hat die Stasi einmal einen Kreis von Studenten ausgehoben, die privat die Frühschriften von Marx gelesen und diskutiert haben!

Das alles ist nun keineswegs nur eine traurige Erbschaft. Es ist ja auch eine Chance zu einem ursprünglichen, neugierigen und naiven Fragen. Die wird freilich vertan, wenn westliche Medienzaren der Meinung sind, die Ostler brauchten vor allem Super-Illu mit Domina-Storys. Die Chance wird auch vertan, wenn Ostdeutsche von Westdeutschen bloß hören, daß das mit Demokratie, Rechtsstaat usw. alles nur „Luftnummern“ seien. Eine auf seine Weise sicher erklärliche westliche Politikverdrossenheit darf doch nicht auf leichtfertige Weise die nun wahrhaftig gravierenden Unterschiede zwischen den Verhältnissen in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik eibebnen.

3. Das ganz normale Leben unter einer Diktatur

Nun darf aus all dem nicht gefolgert werden, die DDR sei von uns allen permanent als Dschungel voller Gefahren erlebt worden. Menschen passen sich an, und das ist ja nicht in jeder Hinsicht verwerflich. Anpassung ist ein Lebensprinzip. Wer sich überhaupt nicht anpassen, das heißt auf für ihn selbst unveränderliche Gegebenheiten einzustellen vermag, scheitert. Das ist vielleicht bewundernswert und immer tragisch, aber doch kein kategorischer Imperativ. Es gibt eben den Unterschied zwischen der Berücksichtigung des Unvermeidlichen und dem Opportunismus. Von meiner Mutter habe ich die Sprüche: „Sage nicht immer, was du weißt, aber wisse immer, was du sagst“ und: „Es steht in der Bibel nicht geschrieben, daß Daniel in der Löwengrube die Löwen in den Schwanz gekniffen hat.“ Ich habe sie meinen Kindern weitergegeben und verteidige sie mit Zähnen und Klauen gegen den Vorwurf des Opportunismus. Und ich bestehe auf dem Unterschied zwischen Eigensinn und Charakterstärke.

Der Anpassungsdruck wurde in der DDR noch dadurch verschärft, daß alle öffentlichen Lebensbereiche rückgekoppelt waren. Wenn das Kind nicht in die FDJ ging, konnte es deshalb im Betrieb der Eltern ein „Kadergespräch“ geben. Ein kritischer Brief ans „Neue Deutschland“ oder an eine Behörde landete automatisch auch bei der Stasi, wie ich an meiner Akte sehen konnte. Es gab Sippenhaft: Die Zulassung zur Oberschule war abhängig von der „sozialen Herkunft“ und der politischen Beurteilung des Elternhauses. Und so weiter.

In einer konspirativ kontrollierten Öffentlichkeit wird die sorgsam gehütete Intimsphäre des erprobten Vertrauens um so wichtiger. Was Beobachter als Vorzug der DDR gepriesen haben, die intensiven Freundschaften, war die Kehrseite der zerstörten Öffentlichkeit. Sie hatte ihren Preis. Die Fähigkeit zur öffentlichen Auseinandersetzung konnte nicht erworben werden. Es drohte doch immer die Gefahr einer doppelten Identität: ich im Kreise meiner Vertrauten und ich in der Betriebsversammlung, entweder schweigend oder Lippenbekenntnisse abgebend.

Die permanente wirtschaftliche Mangelsituation brachte es mit sich, daß es selbst zur Beschaffung alltäglicher Dinge der Beziehungen, genannt „Vitamin B“, bedurfte. Das hatte auch sein Gutes. Nachbarschaftshilfe als Überlebensstrategie verbindet. Man kommt sich näher. Der gegen den Betonmischer ausgeliehene Pkw-Anhänger konnte auch politische oder weltanschauliche Gegensätze sehr wirksam überbrücken. Und es war jedesmal

auch ein Vergnügen, die Widrigkeit der Umstände überlistet zu haben, etwa dem Vergnügen vergleichbar, das manche im Westen an einem Billigangebot haben, das zu finden sie mehr Zeit gekostet hat, als sie Geld gespart haben. Aber auch hier gab es eine Gefahr. „Organisieren“, das hieß eben manchmal: doppelt zugreifen, wenn es gerade etwas Seltenes zu kaufen gab, um tauschen zu können (wer ein Auto hatte, hatte meistens mindestens einen Ersatzauspuff); manchmal hieß es aber auch, etwas aus dem Betrieb mitgehen zu lassen („Honecker hat doch gesagt, wir sollen noch mehr aus unseren Betrieben herausholen“) oder während der Arbeitszeit das Gartentor zu schweißen. Geradezu zum Gewohnheitsrecht war es geworden, während der Arbeitszeit einkaufen zu gehen. Man mußte ja kaufen, wenn die Ware kam. Manchmal bedeutete „Organisieren“ aber auch, sich durch eine Gefälligkeit oder eben auch durch „Beziehungen“ eine Genehmigung zu beschaffen. Wer wird da gleich das schlimme Wort „Bestechung“ gebrauchen?

Korruption gibt es überall. Wenn es aber keine rechtsstaatlichen Verfahren und keine unabhängigen Gerichte gibt, werden die Maßstäbe fließend. Eben dies besorgte das Wort „Organisieren“. Ein Handwerker hat ohne Baugenehmigung einen Balkon gebaut. Nun kommt der Bürgermeister und bittet ihn dringend, der Gemeinde mit einer Handwerkerleistung zu helfen. Er sieht den Balkon und fragt: „Haben Sie denn eine Baugenehmigung dafür geholt?“ Antwort: „Wozu denn? Der Balkon ist doch fertig.“ Der Bürgermeister: „Reichen Sie die mal nach.“ Antwort: „Wozu denn, ich brauche doch kein Baumaterial mehr.“ Nichts ist passiert. Denn der Bürgermeister wollte auch nächstes Mal wieder geholfen bekommen. Das alles war eine Verwaltungsvereinfachung, aber keine wünschenswerte und keine gerechte.

Jetzt hört man oft die Klage, daß die neuen Verhältnisse noch mehr Bürokratie mit sich bringen, als zu DDR-Zeiten üblich war. Über Verwaltungsvereinfachungen ist sicher auch grundsätzlich nachzudenken. Übersehen wird aber leicht, daß eine gerechte Verteilung oder Belastung zur Voraussetzung hat, daß der Behörde alle zu berücksichtigenden Besonderheiten dann auch authentisch mitgeteilt werden müssen. So entstehen die gewaltigen Fragebögen. Und wenn man statt des Einheitsstaates Datenschutz wünscht, dann kann nicht mehr erwartet werden, daß alle Behörden diejenigen Informationen haben, die irgendeine Behörde hat. Und wenn der Betreuungsstaat abgeschafft wird, müssen sich die Bürger, sofern sie dazu in der Lage sind, selbst um ihre Ansprüche

kümmern. Es gibt eben so etwas wie die Plagen der Freiheit. Denen stellen sich die meisten bereitwillig. Wir brauchen aber alle für das „Einlaufen“ Nachsicht und müssen die gelernten Bundesbürger bitten, sich ein wenig vorzustellen, wie es bei uns war und was wir mitbringen: Erfahrungen und vielleicht auch Marotten aus einer Welt, die untergegangen ist.

III. Die Evangelischen Kirchen in der DDR aus heutiger Sicht

1. „Mutter der Revolution“ oder Stütze des Systems?

Auch der Weg der *Evangelischen Kirchen* in der DDR bedarf der Erinnerung an die vergangene DDR, wenn er gerecht beurteilt werden soll. Das öffentliche Urteil über sie ist erstaunlich schnell umgeschlagen: erst Mutter der Revolution, nun Stütze des Systems.

„Mutter der Revolution“ war zu viel der Ehre. Dennoch hat die Evangelische Kirche einiges zur Wende beigetragen.

Erstens: Die Kirche war in der DDR die einzige *Gegenöffentlichkeit* zur geknebelten Öffentlichkeit. Der christliche Gottesdienst ist seinem Wesen nach öffentlich, weil die Kirche nicht dazu da ist, religiöse Bedürfnisse zu befriedigen, wie die Kommunisten behaupteten, sondern jedermann Gottes Wort schuldet. Die Evangelische Kirche in der DDR hat sich mehr Öffentlichkeit erhalten können als die Kirchen in anderen „sozialistischen Ländern“. Ich nenne hier an erster Stelle die Synoden, aber auch die Evangelischen Akademien, die Studentengemeinden, die Kirchlichen Hochschulen und die Kirchentage. Das alles waren Inseln in der Monotonie der ideologisierten Gesellschaft, Orte, in denen das freie Wort und die freie Begegnung ihre seltene Chance hatten, und zwar nicht nur für Christen.

Zweitens: Die Kirche hat den sogenannten *Gruppen* ein Dach geboten, und dies sowohl gegen den Widerstand des Staates als auch gegen innerkirchlichen, denn manche Gemeindeglieder wollten die Unannehmlichkeiten lieber vermeiden, die sich daraus ergaben. Wir haben in jener Zeit erlebt, wie unsere viel zu großen Kirchengebäude plötzlich zum Schutzraum wurden. Die Sicherheitskräfte, die keine Demonstrationen zuließen, wagten doch nicht, in die Kirchen einzudringen.

Im Herbst 89 fanden in den meisten Orten die ersten freien Bürgerversammlungen in den Kirchen statt. Und an den Runden Tischen, an denen sich die alten und die neuen Kräfte gegenüber saßen, wurde zumeist den Pfarrern der Vorsitz angetragen. Ihnen traute man die Vermittlerfunktion zu, die notwendig war, wenn der Machtwechsel friedlich bleiben sollte, und das war ja eine Voraussetzung dafür, daß der Prozeß berechenbar blieb und schließlich wider Erwarten die deutsche Einigung von den Nachbarn und den Großmächten akzeptiert wurde.

Drittens: Die *synodale Praxis* unserer Kirchen wurde zum Erfahrungsschatz beim Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Zum Beispiel: Ohne Reinhard Höppner, den Präses der Magdeburger Synode, dann Vizepräsident der frei gewählten Volkskammer, wäre manche brisante Sitzung im Chaos untergegangen. Konkret: Wenn die aufgewählte Volkskammer am 17. Juni 1990 den Beitritt beschlossen hätte, wie eine Vielzahl der Abgeordneten wollte, wäre die außenpolitische Einbettung der Einigung schwer belastet worden, wenn nicht sogar Gorbatschows Gegner den Putsch vorverlegt hätten.

Viertens: Obwohl die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu den Forderungen der Kirchen in der DDR gehörte, weil sie der gesamteuropäischen Stabilität Vorrang eingeräumt haben vor einer Lösung der deutschen Frage, haben sie sowohl an der besonderen Gemeinschaft der Evangelischen Kirchen in beiden deutschen Staaten gegen den Widerstand der SED festgehalten als auch an der Praxis der *Begegnungen zwischen Christen beider deutscher Staaten*.

Die Kirche hat nicht die Revolution gemacht. Da haben viele Faktoren zusammengewirkt: Gorbatschows Kurs, das Zerbröckeln der „Parteidisziplin“ durch das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ und durch die Veröffentlichung des SED-SPD-Papiers im August 1987 im „Neuen Deutschland“, die Öffnung der ungarischen Grenze und die Botschaftsflüchtlinge, der Mutter, die die politische Opposition organisiert haben, und schließlich die Montagsdemonstrationen in Leipzig im Anschluß an das Friedensgebet. Die Kirche ist aber hinreichend Fremdkörper im sozialistischen Einheitsstaat geblieben, um im Ernstfall Freiraum und Schutzraum sowie Vermittler sein zu können für ein unblutiges und fast gewaltfreies Ende der SED-Herrschaft.

Daß die Evangelische Kirche die „Stütze des Systems“ gewesen sei, wird auf dreifache Weise begründet:

Erstens: Die Kirche sei von der Stasi unterwandert und gesteuert worden, wird behauptet. Wahr ist, daß die Kirche die besondere Aufmerksamkeit der Stasi auf sich lenkte, weil sie der einzige gesellschaftliche Raum war, den die Partei nicht direkt kontrollieren konnte.

Bisher sind zwei Fälle bekannt, in denen ein Stasimitarbeiter in eine kirchliche Position *eingeschleust* worden ist. Sehr viel größer ist die Zahl von kirchlichen Mitarbeitern, die sich von der Stasi zu inoffiziellen Mitarbeitern (IM) haben *anwerben* lassen, aber exakte Zahlen haben wir noch nicht. Ziel der Stasi war es, zwei Informanten aus jedem kirchlichen Gremium zu gewinnen. Das hat sie zwar nicht erreicht, aber ich halte fünf Prozent IM unter den kirchlichen Mitarbeitern für eine begründete Befürchtung, die hoffentlich von der Wirklichkeit nicht überboten wird. In den oppositionellen Gruppen hat die Stasi übrigens eine noch größere Präsenz angestrebt und auch erreicht. Es soll sogar Fälle gegeben haben, wo Stasi-Informanten in der Mehrheit waren und, voneinander nichts wissend, übereinander berichtet haben. Trotzdem hatte die Stasi weder die Kirche noch die Opposition wirklich in der Hand, und wer behauptet, daß sie eine Synode hat steuern können, weiß einfach nicht, wie eine Synode funktioniert. Es gehörte allerdings zur Normalität, daß Staatsvertreter *vor* der Synode Synodale besuchten, um die „staatliche Erwartungshaltung“ zum Ausdruck zu bringen, und daß die eingeladenen Staatsvertreter *während* der Synode in allen Tonarten Einfluß zu nehmen versuchten. Wenn ihnen das wirklich gelungen wäre, hätte der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, zweifellos nicht so oft Synodenbeschlüsse zu kritisieren gehabt.

Es ist klar: Wo sich jemand zum Werkzeug der Stasi gemacht hat, wo Vertrauensbruch vorliegt oder gar der Bruch des Beichtgeheimnisses, kann das nicht folgenlos bleiben. Bischof Hempel hat von seinen Gesprächen mit solchen Pfarrern gesagt, sie endeten meist mit Tränen. Da komme viel menschliches Elend zum Vorschein. Freilich kennen wir auch die Fälle, wo jemand bis zum endgültigen Beweis alles bestreitet oder auch danach noch rechtfertigt.

Zweitens: Nun, da die Akten zugänglich sind, erschreckt viele die *Intensität der Gesprächskontakte* von führenden Kirchenvertretern mit Staatsvertretern, und zwar nicht nur mit dem Staatssekretariat für Kirchenfragen, sondern auch mit den für Kirchenfragen zuständigen Vertretern im ZK der SED und sogar mit der Kirchenabteilung der Stasi. Der Vorwurf der Kumpanei geht um.

Auch hier wird im einzelnen zu fragen und zu prüfen sein, ob diese Gespräche so, wie sie geführt wurden, vertretbar sind. Grundsätzlich aber muß bedacht werden: Es gab in der DDR kein verlässliches Staatskirchenrecht. Der Spielraum der Kirche war ungeschütztes und widerrufbares Gewohnheitsrecht. Obwohl in der Verfassung der DDR von 1949 „das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen“, verankert war (Artikel 41, Absatz 2), vertrat die SED die Auffassung, daß die Kirche sich zu politischen Fragen nicht zu äußern habe. Für die Belange der christlichen Bürger sei nicht die Kirche, sondern die Ost-CDU zuständig, für Angelegenheiten der Institution Kirche der Staatssekretär für Kirchenfragen. Der aber hatte gar keine Entscheidungskompetenz, sondern war nur das Vollzugsorgan der Partei. Zudem praktizierte der Staat oft die Politik der Verhandlungsverweigerung. Deshalb hatten die Kirchenvertreter ein Interesse an einem Spitzengespräch, sie wollten die Probleme den staatlichen Entscheidungsträgern selbst vortragen können. Gerade weil es kein Staatskirchenrecht gab, gab es einen enormen Regelungs- und Gesprächsbedarf: Bau- und Druckgenehmigungen, die Genehmigung von Veranstaltungen, Reise-genehmigungen, Ausbildungsfragen und arbeitsrechtliche Fragen und vieles mehr. Über Fragen der Volksbildung hat die SED bis zuletzt nicht mit sich reden lassen.

Wer sich an das Jahr 1953 erinnerte – an den SED-Kirchenkampf und den Aufstand, den die russischen Panzer niederwalzten – sowie an Ungarn 1956 und die ČSSR 1968, wußte, wenn es um die Macht geht, sind die Panzer die Ultima ratio. Die SED hat immer verkündet, das Entscheidende sei die Machtfrage. Der 17. Juni 1953 war für uns die Illustration dieses Satzes. Man kann die SED mit Geiselnern vergleichen: Wir, die Geiseln, konnten schweigend geschehen lassen, was geschah, wir konnten uns ihnen anbieten, wir konnten aber auch versuchen, mit ihnen zu reden, um diese und jene Erleichterung zu erzielen, um auf eine Beißhemmung hinzuwirken. Dann konnte man allerdings nicht sagen: Geiselnerner seid ihr, und ich verachte euch. Zwischen Geiseln und Geiselnern pflegt sich aber auch nach und nach eine eigentümliche, nicht nur feindliche Beziehung einzuspielen. Man gewöhnt sich aneinander. Die Raubtiere erscheinen als Haustiere. Man ist froh und dankbar, wenn sie nicht beißen.

Wir haben zu DDR-Zeiten gesagt: „Vertrauen wagen“, wir haben Dialog und Toleranz eingefordert und Gesprächsbereitschaft in Richtung Staat und in Richtung Marxisten (nicht in Richtung Stasi!)

bekundet. Wir haben das starre Feindbild aufzubrechen versucht. Wir wollten Berechenbarkeit fördern, ohne uns verrechnen zu lassen. Und das war nach meinem Urteil grundsätzlich richtig. Wir Christen konnten die Genossen nicht sozusagen verloren geben als unbelehrbar verblendet. Die Grundentscheidung, das Gespräch zu suchen, schloß aber eine gewisse Anerkennung ein. Man mußte sich auf ihre Koordinaten so weit einlassen, daß Verständigung möglich war. Und wir selbst haben ja Anerkennung gefordert. Wir haben verlangt, daß die Christen als gleichberechtigte Bürger anerkannt werden. Das wurde aber nur pro forma zugestanden. In Wahrheit kannte die SED nur „progressive“, „realistische“ und „feindlich-negative“ Kräfte. Wir mußten bemüht sein, nicht in die dritte Kategorie zu geraten. Damit eröffnete sich aber die Gefahr, um des lieben Friedens willen Differenzen zu verschweigen, Mißstände nur halbherzig anzusprechen, ihnen nach dem Munde zu reden, sich zu sehr auf ihre Sprache einzulassen.

Wer heute damalige Gesprächsabläufe beurteilen will, muß sich diese Schwierigkeit der allzu kleinen Spielräume plastisch vor Augen führen: Wie konnte man eine Kritik formulieren, die die andere Seite nicht in ihr Feindbildraster einordnet? Wie gern würden heute alle in den Akten lesen, daß wir wie Luther in Worms aufgetreten seien: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“. Es ging in solchen Gesprächen aber nur mittelbar um Bekenntnisfragen, zuerst ging es um Fragen des Modus vivendi. Da mußte etwas erreicht werden, und der Gesprächsfaden sollte nicht abreißen. Denn Gespräche waren unser einziger Weg, unsere einzige Chance, unsere einzige Macht. Wir konnten nicht sagen: die Verhandlungen sind gescheitert, wir gehen in die Öffentlichkeit oder vor Gericht. Beide Wege waren versperrt, die SED hatte die Medien und die Gerichte fest im Griff. „Seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben“ hat Jesus gesagt. Und das sollte hier unser Maßstab sein. Wie weit man gehen durfte auf diesem gefährlichen Weg, war zu DDR-Zeiten unter uns umstritten und wird weiter umstritten bleiben. Einmal hat eine Synode befunden, daß ihr Bischof zu weit gegangen sei, und ihm das Vertrauen entzogen. Dieser Bischof hatte akzeptiert, daß Honecker zur Bedingung für das Zustandekommen eines Gesprächs erhob, ein anderer Bischof dürfe nicht teilnehmen. Allerdings, wer sich dem „divide et impera“ gebeugt hat, ist zu weit gegangen.

Die Politik der Gesprächsbereitschaft hatte in einer Hinsicht jedenfalls Erfolg: In Leipzig war

alles vorbereitet, um die Montagsdemonstration mit Gewalt zu beenden, es gab Namenslisten für die vorbereiteten Internierungslager. Es gab am 9. Dezember 1989 einen internen Putschaufruf der Stasi aus Gera. Dennoch haben die allmächtigen Machthaber die Macht fast gewaltlos aufgegeben. Warum? Sie waren verunsichert. Sie wußten, daß die sowjetischen Truppen nicht ausrücken würden. Ich denke, dabei hat auch eine Rolle gespielt, daß sie die Evangelischen Kirchen als Garant für Fairness nach ihrem Rücktritt angesehen haben. Das hat sie sicherlich auch an der Verzweiflungstat eines „letzten Gefechts“ gehindert.

Zwei Punkte sind auf diesem Feld besonders umstritten:

- a) Manfred Stolpe hat gegenüber Vertretern der SED auch bevorstehende innerkirchliche Personalentscheidungen erläutert. Es handelte sich um die Wahl von Bischof Krusche zum Nachfolger von Bischof Schönherr im Amt des Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen. Stolpes Begründung lautete, er habe Bedenken der Partei gegen die Person Krusches und der Befürchtung begegnen wollen, nach einer solchen Wahl werde die Kirche ihr Verhältnis zum Staat grundlegend ändern. Bischof Krusche hat öffentlich erklärt, er verstehe diese Intention Stolpes vollkommen und sehe sich durch dieses Gespräch nicht diskreditiert. Trotzdem wird eingewendet, innerkirchliche Personalfragen hätten prinzipiell nicht vor Staatsvertretern dargelegt werden dürfen. Der Streit ist deshalb so brisant, weil viele in der Evangelischen Kirche der DDR stolz waren auf die rigorose Trennung von Staat und Kirche. Nun zeigt sich, daß es statt der formellen staatskirchenrechtlichen Regelungen ein Netz informeller Gespräche gegeben hat.

Man sollte hier allerdings auch die Verhältnisse in den anderen „sozialistischen“ Ländern vergleichend berücksichtigen. In der Kirchenordnung der Reformierten Kirche in Ungarn war, auf Veranlassung der Kommunisten, festgelegt, daß Ernennungen, Entlassungen und Emeritierungen von Kirchenführern staatlicher Zustimmung bedürfen. So etwas hat es in der DDR nie gegeben. Es saß auch keiner unserer Bischöfe im Staatsrat. Die Folge jener Verhältnisse war, daß nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft dort fast alle Bischöfe abgesetzt worden sind, weil sie nach Auffassung der Gemeinden allzu eng mit dem

jeweiligen Regime verbunden waren. Für die im Vergleich damit große Unabhängigkeit der Evangelischen Kirchen in der DDR war wichtig, daß diese sich nicht darauf eingelassen haben, die Pfarrer, wie in anderen „sozialistischen“ Ländern, vom Staat bezahlen zu lassen. Derartige Angebote hat es durchaus gegeben.

- b) Einige Kirchenvertreter haben unter vier Augen kirchenpolitische Gespräche mit Vertretern der Stasi ohne korrekte innerkirchliche Absicherung geführt. Nachträglich stellt sich jetzt heraus, daß die Stasi sie als IM geführt hat. Das wird von vielen als Verstoß gegen das Prinzip bruderschaftlicher Kirchenleitung verstanden, wenn nicht sogar der Vorwurf der Kollaboration erhoben wird. Dieses Problem ist besonders hart umstritten. Wie ist es dazu gekommen? Einer hat gesagt: „Wir haben über das Problem in der Konferenz der Kirchenleitungen nie gesprochen, weil wir wußten, die einen sind der Auffassung: ‚Stasikontakte sind in bestimmten Zusammenhängen unvermeidlich‘, die anderen: ‚So etwas kommt prinzipiell nicht in Frage‘“. Manche haben gesagt: „So etwas mache ich nicht“ und die Fälle, bei denen sie nicht weiterkamen, anderen übergeben, die da noch etwas bewegen konnten. Ich denke, daß auf kirchenleitender Ebene Stasikontakte nicht völlig vermeidbar waren. Sie hätten aber bei aller Diskretion und Brisanz korrekter abgesichert werden müssen. Dieses Ärgernis könnte man auf die Formel bringen: „Kirche WIE der Sozialismus“, nämlich ein Defizit an korrekten Verfahrensweisen.

Drittens: Der Evangelischen Kirche wird vorgeworfen, sie hätte die politische Opposition domestiziert, beruhigt und abgewiegelt und so das SED-Regime am Leben gehalten. Aber das SED-Regime war von Gnaden der Sowjetunion und würde mit ihrer Unterstützung noch heute existieren. Die Evangelische Kirche in der DDR war keine nationale Institution wie die katholische Kirche in Polen. Sie war eine Volkskirche ohne Volk.

In diesem Urteil der Opposition steckt auch eine Selbstüberschätzung. Erst im Herbst 89 wuchs ihr Rückhalt in der Bevölkerung. Zuvor war sie eine allzu kleine mutige Schar mit sehr verworrenen politischen Zielvorstellungen, und sie war sehr zerstritten. Meine Gegenthese lautet: Die Kirche hat erfolgreich verhindert, daß die SED die Opposition mit ihren üblichen Methoden vernichten

konnte: verurteilen und abschieben. Sie hat erklärt, die gehören zu uns. Das haben die Kirchen aller Konfessionen in der ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1988/89 öffentlich dokumentiert. Die Evangelische Kirche hat der ständig wiederholten staatlichen Forderung, sich von oppositionellen Gruppen zu trennen und einzelne Pfarrer unter Anwendung des kirchlichen Disziplinarrechts zu disziplinieren, erfolgreich widerstanden. Das weisen die Akten aus.

Es gab allerdings einen natürlichen Konflikt zwischen den Kirchen und den oppositionellen Gruppen. Die Kirchen wollten nicht den massiven Konfrontationskurs, den manche Gruppen anstrebten, weil sie befürchteten, der Kampf gehe verloren. Sie versuchten, die Interessen der Gruppen, der Kirchengemeinden und der Gesamtkirche auszutariieren. Die Kirche mußte ihre Spielräume gebrauchen und erhalten, und sie wußte nie genau, wo die Grenze verlief. Man kann auch ruhig sagen, sie mußte lavieren.

Manche möchten jetzt gern eine explosive, heroische Revolution in die Geschichtsbücher schreiben können. Die Kirche ist daran mitschuldig, daß wir „nur“ eine gewaltlose Revolution hatten, ohne das große Aufräumen und ohne „gesunde“ Entladung der Aggressionen. Die Kirche wollte keine Explosion der Spannungen. Diese Schuld sollten wir selbstbewußt tragen. Denn es ist zweierlei: eine gewaltsame Revolution hinterher zu feiern als Sieg der Freiheit *oder* eine gewaltsame Revolution mit ihren neuen Ungerechtigkeiten und Unwägbarkeiten oder gar Greueln verantworten zu müssen.

Hinter der Auseinandersetzung zwischen den Gruppen und der Kirche steckte manchmal auch ein anthropologischer Dissens. Es gab in den Gruppen den anarchistischen Tagtraum, die Utopie von der Befreiung zur herrschaftsfreien Gesellschaft spontaner Selbstbestimmung, sozusagen: Der Mensch ist gut und Herrschaft macht ihn schlecht.

Inzwischen dürfte deutlich geworden sein, daß der Zusammenbruch einer Zwangsherrschaft nicht unbedingt das „Große Glück“ garantiert; er kann auch destruktive Kräfte freisetzen, wenn die rechtlich normierten Verfahren der Konfliktlösung versagen und Gewalt ausbricht. Wir Christen wissen von der unaufhebbaren Zweideutigkeit des Menschenwesens. Menschen brauchen, wenn es vernünftig unter ihnen zugehen soll, vernünftige Institutionen, Regeln und Ordnungen. Es gibt ein Menschenrecht auf eine handlungsfähige Regierung, das freilich den mei-

sten erst dann offenbar wird, wenn es nicht gewährt werden kann.

2. „Kirche im Sozialismus“: Interpretationsmöglichkeiten

Die Formel „Kirche im Sozialismus“ hatte etwas mit dem Bemühen zu tun, das Feindbild „Kirche“ abzubauen. Was damit gemeint war, ist auf der Eisenacher Bundessynode 1971 so formuliert worden: „Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben: *In* dieser so geprägten Gesellschaft, *nicht neben* ihr, *nicht gegen* sie. Sie wird die Freiheit ihres Zeugnisses und Dienstes bewahren müssen.“⁶

Es gab für die Formel „Kirche im Sozialismus“ grundsätzlich drei Interpretationsmöglichkeiten:

1. „Kirche in der DDR.“
2. „Kirche für einen verbesserlichen Sozialismus.“
3. „Kirche für den real existierenden Sozialismus.“

Die erste Interpretation war innerkirchlicher Konsens, die dritte ist von der Evangelischen Kirche nie vertreten worden, mit der zweiten haben viele sympathisiert.

„Kirche in der DDR“ sollte heißen:

- Anerkennung der DDR als Staat, ohne freilich die spezifische Legitimation der SED für diesen Staat anzuerkennen;
- Anerkennung dieser Gesellschaft, die die SED „sozialistisch“ nennt, als Ort, an dem sich unser Christsein zu bewähren hat;
- Anerkennung des weltpolitischen Ortes der DDR in der Konfrontation der Bündnisse und deshalb der Aufgabe, sich an diesem Ort für Entspannung und Konfrontationsabbau einzusetzen⁷.

Die Interpretation „Kirche für einen verbesserlichen Sozialismus“ setzte voraus, daß es eine besondere Affinität des christlichen Glaubens zu „dem“ Sozialismus gebe, etwa so: „Der Sozialismus ist dem Reich Gottes näher als der Kapitalismus.“

6 Eine Dokumentation „Zum Gebrauch des Begriffes Kirche im Sozialismus“ hat die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR als Hektographie herausgegeben (Informationen und Texte, Nr. 15, März 1988).

7 Vgl. Richard Schröder, Was kann „Kirche im Sozialismus“ sinnvoll heißen? (1988), in: ders. (Anm. 3), S. 49 ff.: Im Februar 1989 hat der damalige Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen, Bischof Leich, vorgeschlagen, besser von „Kirche in der DDR“ zu sprechen.

Wenn dies nun heißen sollte, diejenigen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, ohne an Gott zu glauben, seien dem Reich Gottes näher als diejenigen, die mit frommen Floskeln ihre Besitzstände wahren, dann war das ja nicht verkehrt, es war allerdings bloß ein moralisierendes Urteil über individuelle Verhaltensorientierungen und kein Urteil über „Systeme“. Und es blieb merkwürdig in der Schwebe, ob man bei „Sozialismus“ an Blumhardt denken sollte oder an Marx und Lenin oder an den Sozialismus der SED. Diese jedenfalls hat auf die Formel vom verbesserlichen Sozialismus stets aggressiv reagiert, denn sie erinnerte sie an den Prager Frühling. Sie wurde deshalb nicht als Konsens-, sondern als Dissensformel eingeordnet.

Die dritte Interpretation – „Kirche für den real existierenden Sozialismus“ – hat die SED gewünscht. Ihr Interesse an dieser Formel war mit der Hoffnung verbunden, die Kirche nach und nach auf diese Formel bringen zu können. Deshalb wurden die Kirchenvertreter, wie die Akten ausweisen, auch immer wieder gefragt, wie es mit dieser Interpretation stehe, ob sie weiterentwickelt werde. Die Evangelische Kirche hat das gewünschte Ja zur Politik der SED und zu deren theoretischer Grundlage, dem Marxismus-Leninismus, nicht geliefert. Sie hat in ihren Verlautbarungen nur bestimmte Elemente dieser Politik bejaht, vor allem die „sozialpolitischen Maßnahmen“ und die „Friedenspolitik“. Der weltanschauliche Gegensatz wurde von beiden Seiten akzeptiert, aber weder artikuliert noch diskutiert. Immerhin: eine „Theologie des Sozialismus“ wurde weder eingefordert noch geliefert.

Die Formel „Kirche im Sozialismus“ sollte einen Modus vivendi ermöglichen. Die Kirchen wollten das Odium des Klassenfeindes loswerden. So weit so gut. Mit den Worten „Sozialismus“ und „sozialistische Gesellschaft“ hat sich die Kirche aber solcher Begriffe bedient, für die die SED das Definitionsmonopol beanspruchte. „Sozialismus“ hieß eben nicht nur Einsatz für soziale Gerechtigkeit (und auch da hätte man exakt vergleichen müssen und können, wie es in der kapitalistischen Bundesrepublik mit den Sozialleistungen aussah), sondern hieß auch Befreiung der Menschheit durch eine neue Gesellschaft auf neuer und überlegener ökonomischer Grundlage, die das Menschenwesen eindeutig gut machen wird, und: Legitimation der Diktatur durch diese Geschichtstheorie. Die Kirche hat sich diesem Definitionsmonopol zwar nicht gebeugt, aber sie hat die Auseinandersetzung um den Begriff „Sozialismus“, um seine geschichtliche Vieldeutigkeit und seine Eindeutigkeit im Sprach-

gebrauch der SED, vermieden. Das wäre eine inhaltliche Auseinandersetzung um den Marxismus-Leninismus geworden, und zwar über anthropologische, ökonomische, politische und philosophische Fragen.

An den Kirchlichen Hochschulen haben wir mit unseren Studenten solche Auseinandersetzungen geführt, übrigens völlig unbehindert. Auch in den Studentengemeinden sind sie geführt worden. Trotzdem ist hier Kritik angezeigt. Neben dem kirchenpolitischen Pragmatismus hätte sich die Kirche intensiver um *intellektuelle Diakonie* bemühen müssen, d. h. um Angebote geistiger Orientierung in einer ideologisierten Gesellschaft. Wir dürfen allerdings die Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe nicht unterschätzen: Die SED bestritt der Kirche das Recht, sich zu solchen Fragen zu äußern. Auch die kirchlichen Veröffentlichungen unterlagen einer entsprechenden Zensur. Wir sollten uns auf Theologie und Religion beschränken. In den Stasi-Akten haben wir ein neues Wort kennengelernt: Die gesteuerten Teilnehmer an kirchlichen Gruppen sollen die Debatten „theologisieren“, d. h. entpolitisieren. Die SED beanspruchte zugleich die Macht und den Besitz der Wahrheit. Einsprüche gegen den Marxismus-Leninismus verstand sie als Infragestellung ihrer Machtposition, der „führenden Rolle der Partei“. Und da war etwas dran. Sie legitimierte ja ihre Macht nicht durch Wahlen, sondern mit ihrer „historischen Mission“ und lehnte im übrigen bis 1989 jeden Dialog über prinzipielle Fragen ab. Ich habe diese Schwierigkeiten in den wenigen mühsamen Veranstaltungen eines christlich-marxistischen Dialogs selbst zu spüren bekommen⁸.

Eben deshalb habe ich es aber als unpassend empfunden, wenn Kirchenvertreter aus der DDR in der Ökumene Vorzüge der „Kirche im Sozialismus“ gepriesen haben, die einer korrekten Über-

⁸ In jenem Aufsatzband (Anm. 3) sind drei Vorträge auf solchen Veranstaltungen des christlich-marxistischen Dialogs nachzulesen.

prüfung nicht standhielten. Dazu gehörte die Behauptung, der „Sozialismus“ sei für die Länder der sogenannten Dritten Welt eine Alternative und eine Hoffnung. Denn das war faktisch ein Urteil über ökonomische und politische Fragen, das sich aber die korrekte ökonomische und politische Begründung erspart hat. Die Absurdität unseres Wirtschaftssystems war nun wahrhaftig lange genug erkennbar. Und das gesellschaftliche Experiment „Sozialismus“ war schon dadurch diskreditiert, daß die „Versuchskaninchen“ am Weglaufen gehindert werden mußten.

Ebenso verfehlt war die Behauptung, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR zeige prinzipielle Vorzüge gegenüber dem westdeutschen. Nunmehr ist ja offenbar, eben weil es in der DDR keine klaren rechtlichen und vertraglichen Regelungen zwischen Staat und Kirche gab, entstand jener Bereich informeller Gespräche und Absicherungen, die uns jetzt in Verruf bringen.

Die Evangelischen Kirchen in der DDR haben ihre Stimme noch nicht wiedergefunden. Der Vorwurf liegt nahe – weil sie sich allzusehr mit dem DDR-Sozialismus verwickelt haben. Die logische Folge ist die Forderung nach einem Schuldbekenntnis und einer Abberufung derjenigen Kirchenführer, die die Formel „Kirche im Sozialismus“ gebraucht haben.

Ich selbst möchte nicht nach der Wende eine andere Kritik am Weg der Evangelischen Kirche formulieren als die, die ich vor der Wende vorgetragen habe, und nicht heute verurteilen, was ich damals nicht verurteilt habe – auch wenn es dafür gerade Prämien gibt. Vielleicht kann man jene Kirchenführer mit einem Schachspieler vergleichen, der jahrelang in eine schwierige Partie vertieft ist, da wird ihm plötzlich das Schachbrett weggezogen. Er steht vor einem Figurensalat und ist konsterniert. Der Gegner ist weg und damit das Ziel. Er war zwar eine Stütze des Spiels „im Sozialismus“, aber nicht die Stütze seines Gegenspielers oder „Partners“.

Die „Dritte Republik“: Wandel durch Integration?

Lernhemmnisse und Lernprozesse in der „alten“ Bundesrepublik

I. Asymmetrie und Dominanz

„Wandel durch Annäherung“ lautete einst die These, die eine neue deutsche Ostpolitik einleitete. Die Entkrampfung der politischen Beziehungen durch Gewährleistung eines friedlichen Nebeneinanders der beiden deutschen Staaten sollte nationale Entfremdung verhindern.

Der rasche Einigungsprozeß des Jahres 1990, der mit dem Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz faktisch eine Übernahme des auseinanderfallenden Staates durch die „alte“ Bundesrepublik darstellte, nötigte zunächst einmal die Neubürger im „Beitrittsgebiet“ zu einer radikalen Herauslösung aus den alten Verhältnissen und zu außerordentlichen Einpassungsprozessen sowohl politisch-institutioneller und wirtschaftlicher als auch mentaler Art. Demgegenüber behielt man im Westen – scheinbar unbehelligt – die alten Verhaltensmuster bei. Erst allmählich wird deutlich, daß die zu erbringenden Integrationsleistungen im Innern wie die Umorientierungen im internationalen Beziehungsfeld auch die „alte“ Bundesrepublik betreffen und auf ihrer Seite erhebliche kollektive Lernprozesse zur Folge haben müssen: *Wandel durch Integration also.*

Sehr schnell haben die Debatten um die deutsche Stellung im Golfkrieg oder die zu Asylanten und Flüchtlingen aus Osteuropa und den Balkanstaaten auch den eher politikfernen Bürgern deutlich gemacht, daß es mit dem behäbigen Zustand der alten Bundesrepublik Deutschland im Schatten festgezurrtter Großmachtbeziehungen vorbei ist: Unruhe im Parteiensystem, Streiks und Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern etwa um die Neuregelung der Finanzen deuten darauf hin, daß die Erweiterung des politischen Systems eine Veränderung der Beziehungen innerhalb dieses Systems zur Folge haben wird. Die anhaltende wirtschaftliche Schwäche der neuen Bundesländer erzwingt nicht nur neuartige wirtschaftspolitische Strategien mit verstärkter staatlicher Eingriffs-

macht, sondern fordert auch Debatten über die Neubestimmung der im Grundgesetz postulierten Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse heraus: Was besagt politische Gleichheit bei erheblicher regionaler Ungleichheit?

Wichtiger noch erscheint die Anerkennung der Neubürger im politisch-kulturellen Bereich. Evaluierungen und Abwicklungen, die Betonung der Stasi-Herrschaft im alten System und die für Westdeutsche undurchschaubaren Lebensformen und Arrangements mit den herrschenden Zuständen in den vergangenen vierzig Jahren erschweren die Begegnung von gleich zu gleich auf beiden Seiten¹. Insofern befindet sich das Land in einer Phase der Desorientierung; alte Politikkonzepte greifen nicht mehr, für Neuentwicklungen fehlen noch zureichende Begriffe.

Lassen wir die Problematik der neuen Rolle in den internationalen Beziehungen beiseite und befassen wir uns mit den übrigen Fragen:

- Welche Rückwirkungen wird die Veränderung der Systembeziehungen auf das politische Bewußtsein der Bürger haben (das betrifft vor allem die Integrationsprozesse von Ost und West)?
- Wie wird das Problem der Inhomogenität zwischen neuen und alten Bundesländern gelöst?
- Wie steht es mit der kulturellen Integration?

Anhand einiger Beispiele soll im folgenden auf diese Fragen eingegangen werden.

¹ Vgl. zu dieser inzwischen fast uferlosen Diskussion nur einige Titel: Katharina Belwe, Zur psychosozialen Situation der Menschen in den neuen Bundesländern ein Jahr nach der Vereinigung, in: *biss public*, 2 (1992) 8, S. 5–24; Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau, Berlin 1990; Lutz Marz, Dispositionskosten des Transformationsprozesses, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B24/92, S. 3–14; Irma Hanke, Die ungleiche Nation, in: Bernhard Muszynski (Hrsg.), *Deutsche Vereinigung. Probleme der Integration und Identifikation*, in: *Gegenwartskunde, Sonderheft 7*, Opladen 1991, S. 45–60; Werner Weidenfeld/Karl Rudolf Korte, *Die Deutschen – Profil einer Nation*, Stuttgart 1991; Werner Weidenfeld/Felix Philipp Lutz, *Die gespaltene Nation. Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B31–32/92, S. 3–22.

II. Erwartungen und Befürchtungen

Zentrale Themen der „alten“ Republik vor der Vereinigung² wären zunächst die europäische Integration und die durch sie erwarteten Freisetzungprozesse sowohl im ökonomischen als auch im kulturellen Bereich. Ängste vor einer „Zweidrittelgesellschaft“ und Hoffnungen auf die Chancen von Individualisierungsprozessen vermischten sich. Rot-grüne Bündnisse wurden als Möglichkeit diskutiert, „weiche“ Themen – ökologische Probleme oder die von Heiner Geißler propagierte „multikulturelle Gesellschaft“ – in Wahlkampfprogramme eingebunden. In diesen politischen Szenarien spielten weder die Entwicklungen in der UdSSR und Ostmitteleuropa noch die in der DDR eine Rolle.

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes zählte eher zu den „dignified parts of the constitution“, denen unmittelbar aktuelle Bedeutung nicht beigemessen³, auf die in den entscheidenden Momenten aber zurückgegriffen wurde. Der Appell an das Nationalbewußtsein konnte auf vorhandenem Nationalgefühl aufbauen, das am 9. November 1989 schockartig aktiviert worden war. Im übrigen wurden die Bürger der Bundesrepublik – aus wahltaktischen Gründen – bewußt nicht gefordert, sondern bestenfalls als zustimmende Statisten politischer Großereignisse angesprochen.

Die Debatte der Intellektuellen über das Ob und Wie eines neuen deutschen Nationalstaats verlief merkwürdig zögerlich: „Die Geschichte raste, und die Intellektuellen traten auf der Stelle; als die Nacht des Mauerdurchbruchs zum Tage wurde, war die Avantgarde der deutschen Intellektuellen zur Nachhut geworden“ – so Wolfgang Lepenies⁴. Die alte Bundesrepublik fand plötzlich erstaunlich beredte Verteidiger ihrer Freiheiten, die man sowohl durch die gefürchtete neue nationale Groß-

mannssucht als auch durch Kontaminierung mit dem „überwundenen“ Staatsverständnis der DDR in Gefahr glaubte⁵. Die damals verfaßten Texte, wichtig als Stellungnahmen im Prozeß nationaler Selbstverständigung, erweisen sich heute als nur begrenzt ausreichend für die Entwicklung neuer Identitätsvorstellungen.

Zu den optimistischen Bewertern der Möglichkeiten des neuen Deutschland zählte der Frankfurter Soziologe Karl Otto Hondrich. Nur Deutschland habe die Chance, sich durch Fusion um mehr als ein Viertel zu vergrößern, schrieb er kurz vor der Vereinigung. Die Herausforderung, das entstehende Wohlstandsgefälle plötzlich auszugleichen, stelle sich nur in diesem Staat. „Und nur hier, in der faktischen, aber auch symbolischen Verschmelzung der Teile von zwei bislang verfeindeten Blöcken, ergibt sich die Chance einer einzigartigen Mittel- und Mittlerrolle. Die dynamisierenden Energien der deutschen Fusion werden die Besonderheiten des dominierenden Teils auf das Ganze übertragen und noch bekräftigen: Produktivitätsdenken und Produktivitätspakt (von Gewerkschaften und Arbeitgebern, I.H.) werden durch die in der DDR zu erzielenden ungewöhnlichen Produktivitätszuwächse gefestigt werden. Die Tendenz zu einer Gesellschaft der Besten wird durch den vorübergehenden Qualifikationsrückstand der DDR kaum angehalten werden; im Gegenteil: Leistungswille und Nachholbedarf (...) werden zusätzliche Impulse geben. (...) Die Verwandlung der repressiven in eine Konfliktgesellschaft, auf die die Bundesrepublik bereits zurückblicken kann, erhält einen kräftigen Schub. Nicht nur, daß die Bürger der DDR (...) die Konfliktkultur des Westens ohne Anstrengung übernehmen. Sie reichern sie mit zusätzlichen Sensibilitäten aus erlebter und abgeschüttelter Unterdrückung (...) an.“⁶

Hondrich begriff die Einheit als Herausforderung an die Problemverarbeitungskapazität der Republik. Ausgehend von der Sogwirkung jenes „Modells Deutschland“, das sich in den letzten vierzig Jahren in der alten Bundesrepublik entwickelt hatte, koppelte er sie mit den zu dieser Zeit üblichen Hoffnungen auf raschen wirtschaftlichen Aufschwung und bezog die positiven Aspekte der

2 Es verlohnt, dazu etwa einmal das Programm der 40-Jahr-Feier der Bundesrepublik durchzugehen, bei dem sich stolze Bilanzierungen des Erreichten mit der Ahnung künftiger größerer internationaler Belastungen mischen – aber nie im Hinblick auf Entwicklungen im Osten.

3 Vgl. Klaus von Beyme, Das politische System der Bundesrepublik nach der Vereinigung, München 1991, S. 15f., der die Auswirkungen des Einigungsprozesses für alle Aspekte des politischen Systems der Bundesrepublik durchgeht. Vgl. auch: ders., Effects of Reunification on German Democracy, in: Government and Opposition, 27 (1992) 2; S. 158–176.

4 Wolfgang Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992, S. 35.

5 Vgl. hierzu etwa Thomas Schmid, Staatsbegräbnis, Berlin 1990; Wolfgang Herles, Nationalrausch, München 1990; Zusammenfassung bei: Irma Hanke, Experiment Deutschland oder Ein neues deutsches Nationalgefühl, in: Weimarer Beiträge, 37 (1991) 1, S. 55–70 bzw. Deutschland Archiv, 24 (1991) 2, S. 154–163.

6 Karl Otto Hondrich, Der deutsche Weg. Von der Heilsuche zum nationalen Interessenausgleich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1990.

DDR-Gesellschaft, wie sie sich ihm damals darstellten, als Antriebskräfte der Veränderung in seine Analyse ein⁷. Die Frage nach dem „Erbe“ der DDR schien ihm insofern ein wichtiger Beitrag zu einem künftigen Deutschland.

Aus der Perspektive eines ostdeutschen Intellektuellen hat der Schriftsteller Heiner Müller ein schwächeres Deutschland vorhergesagt: „Die Schlange hat nach vier Jahrzehnten hypnotischer Behandlung das Kaninchen verschluckt, aber es scheint sich herauszustellen, daß das Kaninchen ein Igel war, und bekanntlich haben Igel die Fähigkeit zu einem langen Winterschlaf.“⁸ Wird der neue Staat, verkörpert in der Schlange des Kapitalismus, am integrierten Realsozialismus zugrunde gehen? Haben die Deutschen sich übernommen?

Das wird heute auch von westlicher Seite oft behauptet, allerdings weniger wegen der schwer verdaulichen sozialistischen Widerborstigkeit, sondern vielmehr aus der Befürchtung heraus, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik werde kaum ausreichen, den Gesamtstaat abzusichern. Die mit der Vereinigung gewachsenen internationalen Verpflichtungen verkleinern die Spielräume der Entwicklung⁹. Der Niederschlag solcher Ängste ist in jener allgemeinen Politikverdrossenheit der Bürger zu finden, die die Wahl- und Parteienforschung des letzten Jahres zunehmend beunruhigten. Die „Partei“ der Nichtwähler wächst bedrohlich, den Republikanern werden konkrete Wahlchancen zugesprochen, und von den Ostdeutschen zeigen 27 Prozent, von den Westdeutschen sogar 41 Prozent der Befragten Verständnis „für rechtsradikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems“¹⁰. Die Hälfte aller Westdeutschen befürchtet eine Reduzierung des eigenen Wohlstands durch die Milliarden, die in den Osten fließen, vier Fünftel schätzen die eigene Belastung durch die Kosten der Einheit als „groß“ ein. Nationale Opfergesinnung hält sich in Grenzen; der Appell des Bundespräsidenten, eine Politik des großen Lastenausgleichs als Ausdruck der

Vereinigungssolidarität zu betreiben, ist in der Öffentlichkeit auf wenig Widerhall gestoßen¹¹.

In der Bundesrepublik ist inzwischen ein Zustand der Stagnation eingetreten: „Alte“ Interessenlagen haben wieder Vorrang; zumindest die Sicherung des Erreichten ist angesagt. Die Chance der Vereinigung ist zur Belastung geworden.

Diese Anzeichen beträchtlicher Orientierungsunsicherheiten in den alten Bundesländern wurden vermutlich gerade durch die Illusion verstärkt, der Gang der Ereignisse habe das „Modell Bundesrepublik“ historisch in einer solchen Weise legitimiert, daß zu Veränderungen kein Anlaß bestehe. Die in jedem Falle bestehende Asymmetrie zur alten DDR verfestigt entsprechende Haltungen. Politisch, ökonomisch, politisch-kulturell und der Zahl nach ergibt sich gegenüber den neuen Bundesländern ein als selbstverständlich angesehenes Übergewicht. Diese Dominanz, bei der die Verhältnisse in der alten Bundesrepublik zum alleinigen Maßstab erhoben werden, erschwert die Orientierung in der „Dritten Republik“, zumal sich feste Regeln erst teilweise eingespielt haben. Lernzwänge sind nicht so offensichtlich, Lernvorgänge auf bestimmte Segmente der Gesellschaft begrenzt. Zwar fehlt es nicht an öffentlichen Ermahnungen, wohl aber, mit Ausnahme des Hinweises auf notwendige finanzielle Opfer, an Mechanismen, die eine zwingende Änderung von Einstellungen und Verhaltensweisen notwendig und einsehbar machen.

III. Veränderungen im politischen System?

Was hat sich für die Bürger der alten Länder in der Wahrnehmung des politischen Systems geändert? Gewiß, der Bundestag hat sich vergrößert, nicht nur durch Zuwächse bei den alten Parteien. Zwei neue Parteien – im Falle des Bündnis 90 eher eine Bürgergruppierung – sind in das Parlament eingezogen, aber sie haben die parlamentarischen Verhältnisse nur marginal verschoben. Einen neuen Politikstil, der von manchen ihrer Vertreter wegen ihres unpräzisen Auftretens erhofft wurde, haben sie nicht durchsetzen können. Die PDS stieß sogar eher auf parlamentarische Mißachtung.

7 15 Monate später beurteilte er die Situation weitaus kritischer, die Errungenschaften des Realsozialismus hatten sich „als kostspieliger Schwindel“ entpuppt. Vgl. Karl Otto Hondrich, Das Recht des Erfolgreichen, in: Tagesspiegel vom 22. September 1991.

8 Heiner Müller, Was wird aus dem größeren Deutschland? in: Sinn und Form, 43 (1991) 4, S. 667.

9 „Germania kaputt“ hieß die Beilage des Corriere della Sera (Nr. 22 vom 6. Juni 1992), die die „incubi tedeschi“, die deutschen Alpträume also, recht drastisch beschreibt: Streiks, Finanzierungssorgen, Bewältigung der Stasi-Vergangenheit, Rechtsradikalismus, schwindende Bedeutung der DM.

10 Vgl. Der Spiegel, Nr. 27 vom 29. Juni 1992, S. 40–47.

11 Vgl. Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt/M. 1992.

Einen stellvertretenden Parlamentspräsidenten aus Ostdeutschland gibt es nicht, wohl aber eine Ministerin und stellvertretende Parteivorsitzende sowie zwei Minister in der Regierung; dazu mehrere parlamentarische Staatssekretäre. Das innerdeutsche Ministerium ist verschwunden; an seine Stelle trat kein Ministerium oder ein spezieller Bundesbeauftragter für den Aufbau im Osten. Der politische Betrieb erweckt den Anschein, als seien die Probleme des neuen Deutschland im Rahmen des Üblichen zu bewältigen.

Hätte die Debatte um eine neue Verfassung das ändern können? Sie war von vielen ihrer Verfechter vorwiegend aus symbolischen, aus Gründen der öffentlichen Verständigung auf die Wertordnung einer künftigen gemeinsamen Republik, gefordert worden. Aber diese Haltung fand nur bei einer Minderheit Widerhall. Der schnelle Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz erwies sich als der gangbarere Weg, wenn auch die demokratische Legitimation der Einheit im Akt der Grundsteinlegung „des gesamten deutschen Volkes“ damit zu kurz kam. Es gab viele Plädoyers, diesen Prozeß nachzuholen. Im Einigungsvertrag ist eine entsprechende Verfassungsdiskussion – allerdings thematisch begrenzt – nach Artikel 146 vorgesehen. Dabei handelt es sich um eine Konzession an die SPD – nicht an die Bürger der ehemaligen DDR, schon gar nicht an den Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“. Eine Neuformierung der Republik über eine Verfassungsdebatte (also über den Versuch, als Forderung der Verfassung festzuschreiben, was sich in der Praxis nicht hatte durchsetzen lassen) wurde im Augenblick höchster Anerkennung des Grundgesetzes für indiskutabel erklärt.

Heute besteht kein breites öffentliches Bedürfnis nach gründlicher Auseinandersetzung mehr. Inzwischen konzentriert sich die Verfassungskommission auf wichtige Detailfragen – wie etwa die Neufassung des Artikels 23; ein ernsthaftes, die Nation im Streit verbindendes Thema werden selbst die Neufassung des Asylrechts und die Neufestlegung von Staatszielbestimmungen derzeit kaum noch abgeben. Zwar steht außer Zweifel, daß sich die gelebte Verfassung durch das Hinzutreten der fünf neuen Länder (die inzwischen eigene Verfassungen verabschiedeten) erheblich verändern wird und schon verändert hat – nicht nur im Bereich der Bund-Länder-Beziehungen. Aber diese Prozesse laufen noch nicht lange genug, um sich im Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit schon niederschlagen zu können¹².

12 Die Verfasserin hat noch im Herbst 1990 für den Vollzug des Art. 146 plädiert, vgl. I. Hanke (Anm. 5).

Eigentlich gab es nur ein Ereignis von symbolischer Bedeutung, das die gesamte Nation spürbar betraf: die Hauptstadtfrage und die Bestimmung Berlins zum Regierungssitz. Obgleich in früheren Bekundungen die Hauptstadtfunktion Berlins immer herausgestellt worden und die Aufrechterhaltung der Sonderstellung dieser Stadt ein wesentliches Moment bundesdeutscher (wie überhaupt westlicher) Politik gewesen war, ergaben sich hier unvermittelt scharfe Konfliktlinien quer durch die bundesdeutschen Parteien und Regionen. Sie mußten vielen ehemaligen DDR-Bürgern unverständlich erscheinen: Die sich konträr gegenüberstehenden Argumente reichten von Westorientierung contra Polen-Nähe über Föderalismus versus Zentralismus, „preußische“ und „Reichs“-Traditionen contra westlich-süddeutsch-katholisch orientiertes Republikverständnis bis zu purem Lokalpatriotismus (samt der Unverrückbarkeit gewohnter Verhältnisse) gegenüber dem Aufbruch in eine heruntergewirtschaftete Stadt, deren politische Symbolik eher verschreckte als anzog. Die Kosten der Einheit erschienen plötzlich als Umzugs- und als mentales Problem: Kaum sonst wurden die Schwierigkeiten, sich mit der neuen Republik zu arrangieren, so deutlich wie bei der Auseinandersetzung um die Hauptstadt¹³. Längst hat sie ein zweites Kapitel, das der zögerlichen Umsetzung der Bundestagsbeschlüsse für Berlin, bei gleichzeitiger reichlicher Entschädigung Bonns.

Die deutlichsten Verschiebungen im politischen System der Bundesrepublik sind im Bereich der Länder zu verzeichnen. Nach außen sichtbar wurden sie zum ersten Mal, als mit Alfred Gomolka ein ostdeutscher Ministerpräsident Bundesratspräsident wurde. Das eingespielte und kompliziert austarierte System des bundesdeutschen Föderalismus wurde durch das Hinzukommen der fünf neuen Länder empfindlich gestört. Wenn sich auch die „alten“ Länder durch Änderung der Stimmenverhältnisse noch rechtzeitig gegenüber einer Sperrminorität der „neuen“ abgesichert¹⁴ und die Frage der Neuregelung des Finanzausgleichs bis

13 Vgl. Arnulf Baring, *Deutschland, was nun?*, Berlin 1991, S. 66ff.; Klaus von Beyme, *Hauptstadtfrage*, Frankfurt/M. 1991; Berlin-Bonn. *Die Debatte*. Alle Bundestagsreden vom 20. Juni 1991, Köln 1991; Wolfgang Herles, *Geteilte Freude*, München 1992, S. 75ff.

14 Um die rechtliche Sonderstellung der neuen Länder zu sichern, hatte Rudolf Schuster hingegen für sie das alte, im Westfälischen Frieden entwickelte Reichstagsinstitut der „*itio in partes*“ und des „*ius eundi in partes*“ – also das Recht getrennter Beratung und getrennter Beschlußfassung bei Abstimmung in Religionsangelegenheiten – als institutionelle Vorkehrung verlangt. Vgl. Rudolf Schuster, *Zusammenschluß, Anschluß oder Kurzschluß?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. März 1990, S. 12f.

zum Jahr 1995 herausgeschoben hatten, so stellte sich doch bald heraus, daß Abstimmungen (etwa im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik) nicht mehr nach eingespieltem Muster verliefen. Ein wesentliches Erfordernis föderalistischer Organisation, die Homogenität, war gleichfalls außer Kraft gesetzt. Die finanzielle Abhängigkeit der „Neuen“ von der Bundesregierung, durch die Taktik des alten Bundesrats eher verstärkt, förderte zentralistische Tendenzen. Auch parteipolitische „Profilierungen“ sind daher nur begrenzt möglich, wie das Ausscheren des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe aus der Front der SPD-Länder zeigte, die gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer votiert hatten. Auch sonst kam es zu einer Reihe pragmatischer Regelungen. Der offensichtliche Unsinn, zu dem die Etablierung von Landeszentralbanken in jedem neuen Bundesland geführt hätte, zwang zu einer länderübergreifenden Neuorganisation in diesem Bereich. Ebenso wurde bei der Organisation der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verfahren, bei der nur in einem einzigen Fall – der Einbeziehung Mecklenburg-Vorpommerns in den NDR – eine ehemalige Systemgrenzen übergreifende Fusion gelang.

Zurückhaltend verhielten sich die alten Länder auch bei der Neuverteilung der Sitze der großen Bundesinstitutionen. Die Zugeständnisse, die den neuen Ländern angesichts der von ihnen erhobenen Forderungen tatsächlich gemacht wurden, waren begrenzt. Zwar zeigte sich Berlin bereit, das Bundesverwaltungsgericht abzugeben, aber im übrigen konzidierte man den neuen Ländern – außer dem Bundesarbeitsgericht und dem Umweltbundesamt – meist nur Teilbehörden. Es wurde deutlich, daß die symbolische Funktion der Politik – nämlich Zeichen der Zugehörigkeit zu setzen, was regionalpolitisch das Nachziehen eines entsprechenden Dienstleistungsapparats in strukturell benachteiligte Gebiete zur Folge haben würde – wohl erkannt worden war, daß sie jedoch mit entsprechenden Interessen in den alten Bundesländern (insbesondere auch Bonn) kollidierte¹⁵.

Die neuen Länder gelten als zu klein, um funktionsfähig zu sein. Aber bis auf die mögliche Zusammenlegung von Berlin und Brandenburg wird sich ihre Gesamtzahl kaum noch verringern; eine erhebliche Komplizierung der Aushandlungsprozesse und damit der entsprechende Vorrang der Länderbürokratien ist abzusehen. Es muß sich erst

15 Gefordert hatten die neuen Länder das Bundesarbeitsgericht, das Bundeskartellamt (das nach Bonn gehen soll), das Umweltbundesamt, ein komplettes Bundesgericht aus Karlsruhe, den Bundesrechnungshof. Zu den Bewilligungen vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29. Mai 1992, S. 5.

noch zeigen, inwieweit die „alten“ Länder bereit sind, von dominanten Positionen durch eingespielte Verhandlungsnetzwerke abzurücken; vermutlich werden die inzwischen zu den neuen Ländern aufgebauten Verwaltungskontakte hilfreich sein. Die Neuregelung des Finanzausgleichs droht schon jetzt zur Zerreißprobe für die bisherigen Länderbeziehungen zu werden. Ohnehin haben sich politische Gewichtungen verschoben. Jedenfalls hat sich die Bedeutung Bayerns im Bundesrat verringert.

Entscheidende Veränderungen spielen sich im regionalpolitischen Bereich ab, haben sich doch die innere Konsistenz und relative Homogenität der alten Republik, die zu ihren Vorteilen gehörten, außerordentlich verringert. Bislang strukturell benachteiligte Regionen verlieren dabei ihre früheren Fördermöglichkeiten. Teilweise (im Falle der ehemaligen „Zonenrandgebiete“) konnten diese jedoch durch die neue Mittellage vorteilhaft ausgeglichen werden¹⁶. Zu den Gewinnern dieser Entwicklung zählt eine Stadt wie Hamburg, nicht zuletzt auf Kosten Rostocks.

Die „Armutsgrenze“ verschiebt sich nach Osten, in die dünnbesiedelten agrarischen Gebiete. Auch hier muß das Erbe der DDR übernommen werden: ihre geographisch ungünstige Lage, derzufolge ein wirtschaftlich schwach entwickeltes Land wie Polen nun zum wichtigen Nachbarn wird. Die Grenze nach Osten, bislang durch die DDR abgepuffert, ist heute keine „Systemgrenze“ mehr, wohl aber eine Wohlstandsgrenze: Einfallstor für Asylanten und Schwarzarbeiter. Hatte Westorientierung bislang selbstverständlich bedeutet, sich am fortgeschrittensten Standard westlicher Industriegesellschaften zu messen, so muß das Gefälle zwischen Ost und West jetzt innerhalb der Republik ausgeglichen und das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie neu definiert werden. Neue strukturpolitische Konzepte werden notwendig. Insoweit sie die Landwirtschaft betreffen, wirken sie auf die Diskussion im Westen zurück.

Schließlich ergeben sich besondere Schwierigkeiten in Berlin, das als allmählich wieder zusammenwachsende Stadt alle Nachteile des raschen Vereinigungsprozesses auf einmal auszugleichen hat: den Aufbau einer einheitlichen Verwaltung, die Bewältigung der Deindustrialisierung im Osten, die Polarisierung des städtischen Arbeits- und des Wohnungsmarktes (verschärft durch die zu erwar-

16 Es gibt aber auch schon Fälle, wie den des abgelegenen niedersächsischen Duderstadt, wo der „Anschluß“ an das Eichsfeld im wirtschaftlich aufstrebenden Thüringen ernsthaft diskutiert wird.

tenden erheblichen Zuwanderungen), das Auskern der Wohnung- und Arbeitsuchenden ins Umland, wodurch ein rascher Ausbau der Verkehrssysteme erforderlich wird. Die Herausforderung durch die Metropolsituation wird hier durchaus auch als Belastung empfunden¹⁷.

IV. Improvisation und Integration

Die Vereinigung war nicht das Ergebnis eines lange vorab geplanten Prozesses, sondern Ergebnis eines die Gunst der Stunde nutzenden „improvisierten“ Handelns¹⁸. Die rasche Wirtschafts- und Währungsunion und der Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz ermöglichten nicht nur außenpolitisch glatte Lösungen, sondern erwiesen sich auch als innenpolitisch äußerst effektiv. In den entscheidenden Phasen handelte die Exekutive, wobei die bundesrepublikanische Verwaltung in den Verhandlungen mit der DDR klar dominierte.

Wolfgang Schäubles Bericht über die Entstehung des Einigungsvertrages zeigt die Prämissen deutlich auf: „Meine stehende Rede war: Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. Wir haben ein gutes Grundgesetz, das sich bewährt hat. Wir tun alles für euch. Ihr seid herzlich willkommen. Wir wollen nicht kaltschnäuzig über eure Wünsche und Interessen hinweggehen. Aber hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Laßt uns von der Voraussetzung ausgehen, daß ihr vierzig Jahre lang von beiden ausge-

schlossen wart. Jetzt habt ihr einen Anspruch auf Teilnahme, und wir nehmen darauf Rücksicht.“¹⁹

Dieses Verhalten gegenüber der DDR hatte aber auch innenpolitische Konsequenzen. Mögliche Grundsatzdebatten, wie sie in der Bundesrepublik vor allem im Frühjahr 1990 – etwa beim Aufruf zu einer Verfassungsdiskussion – noch eine erhebliche Rolle gespielt hatten, wurden umgangen und die hierorts gewohnten Entscheidungsmechanismen – die Mitsprache von Ländern, Parteien, Verbänden samt ihrer Kommentierung in den Medien – zeitweilig außer Kraft gesetzt. Es wurden Fakten geschaffen, zu denen sich die Akteure bestenfalls noch korrigierend, nicht aber grundsätzlich eingreifend verhalten konnten. Alle künftigen, auch durch sie zu erbringenden Integrationsleistungen mußten und müssen sich nun auf dem Boden der einmal geschaffenen Tatsachen von der Bundesrepublik aus vollziehen, ihre Notwendigkeit war damit gewissermaßen schon in das System einprogrammiert worden. Das erwies sich zunächst als außerordentlich produktiv: Parteien, Verbände, Verwaltungen waren jeweils auf ihre Weise gehalten, den Vereinigungsprozeß aktiv nachzuvollziehen und von sich aus tätig zu werden. Üblicherweise wurde dies, wenn praktische Probleme anstanden, durch die Entwicklung neuer Umsetzungsstrategien bewältigt. Langfristige Konzeptionen waren eher die Ausnahme. Welche unterschiedlichen Probleme und Interessenlagen sich dabei ergeben konnten, soll im folgenden am Beispiel von Verwaltung, Militär, Gewerkschaften und Parteien aufgezeigt werden.

Innerhalb der bestehenden Netzwerke wurden in Ad-hoc-Verfahren Taktiken des Umgangs mit den (noch) vorhandenen Institutionen, Parteien, Bürgerbewegungen und Massenorganisationen der DDR entwickelt. Spätestens seit der Vorwahlzeit hatte eine rege Reise-, Beratungs- und Unterstützungstätigkeit von West nach Ost eingesetzt. Die Motive waren dabei recht unterschiedlich – sie reichten von der bloßen Hilfsabsicht und der Begeisterung für die „deutschen demokratischen Revolutionäre“ bis zum nationalen Pflichtbewußtsein und dem Ausbau von Bastionen für die jeweils vertretenen Gremien und Startpositionen für eigene Karrieren; die Lösungen waren pragmatisch, richteten sich nach Kenntnisstand und Engagement der Beteiligten. Dem folgten in einer zweiten Phase die ersten Zusammenschlüsse von Parteien und Gewerkschaften, soweit nicht neue Organisationen aufgebaut wurden, und die Unterstützung bei der „Professionalisierung“ einer neuen Politikerschicht.

17 Vgl. Stefan Krätke, Berlins Umbau zur neuen Metropole, in: *Leviathan*, 19 (1991), S. 327–352; Hartmut Häußermann/Walter Siebel, Berlin bleibt nicht Berlin, in: ebd., S. 353–371; Manfred Röber/Eckhard Schröter, Verwaltungsführungskräfte aus Ost und West – Ein Vergleich ihrer Rollenverständnisse und Werthaltungen, in: Thomas Ellwein/Jens Joachim Hesse u. a. (Hrsg.), *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswirtschaft*, Baden-Baden 1991, S. 209–226; Eckhard Schröter, *When cultures collide: the case of administrators from East and West Berlin*, 18th New Hampshire Symposium on the GDR in Conway, USA, June 1992.

18 Vgl. Gerhard Lehbruch, Die improvisierte Vereinigung: Die dritte deutsche Republik, in: *Leviathan*, 18 (1990), S. 462–486; ders., Die deutsche Vereinigung. Strukturen der Politikentwicklung und strategische Anpassungsprozesse, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Staat und Demokratie in Europa*, Opladen 1992, S. 22–46.

19 Wolfgang Schäuble, *Der Vertrag*, Stuttgart 1991, S. 131.

Gleichzeitig kam es, nach dem Einigungsvertrag, zu einer weitgehenden Umpolung der neuen Länder auf die Verwaltungsregeln der alten Bundesrepublik, sowie zur Übertragung westlichen Kommunalverfassungsrechts und zu „Abwicklungen“ in den Bereichen von innerer Verwaltung, Justiz, Militär, Schulen, Wissenschaft und Diplomatie. Sie waren teilweise politisch, teilweise aber auch durch die westdeutschen Effizienz-Standards bedingt²⁰. Umorganisiert wurde des Weiteren das Gesundheitssystem und das System der sozialen Sicherung, wobei weniger Maßstäbe der „Modernisierung“ als des im Westen herrschenden Besitzstanddenkens angelegt wurden²¹.

Diese Aufgaben konnten nur durch aktive Hilfe gelöst werden, und es zählt zweifellos zu den Leistungen des deutschen Föderalismus, daß die gefundenen Lösungen – die Adoption eines Partnerlandes im Osten – erheblich zur Binnenintegration beitrugen. Bislang einheitliche „Kaderverwaltungen“ mußten auf Verwaltungen westlichen Zuschnitts umgestellt und personell übersetzte Strukturen abgebaut werden. Hinzu kam noch die Frage der politischen Integrität insbesondere im Öffentlichen Dienst. Damit traten Westdeutsche nochmals ausschließlich als Anleitende, als Lehrende und (Be)Urteilende auf – bewußte Vertreter der Standards „ihrer“ Gesellschaftsordnung, zu der die Ostdeutschen möglichst schnell und reibungslos aufschließen sollten.

Fast alle Ausnahmeregelungen des Einigungsvertrages sind (aus gutem Grund) zeitlich begrenzt, das setzte unter besonderen Zugzwang. Komplizierte rechtliche Materien wie etwa das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung erforderten schon bald rechtliche Korrekturen (wobei etwa dem ersten Vermögensrechtsänderungsgesetz schon bald eine umfangreiche zweite Nachbesserung folgte).

20 So beträgt das Zahlenverhältnis von Vollbeschäftigten in der Landesregierung pro 10 000 Einwohner in den alten Bundesländern 197, im Freistaat Sachsen noch 297 Personen. Vgl. Mitteilung der Pressesprecherin des Sächsischen Innenministeriums, Barbara Tewes, anlässlich eines Referats in Conway/USA (18th New Hampshire Symposium on the GDR in Conway, USA, June 1992), zum Neuaufbau der sächsischen Verwaltung. Der „Überhang“ der Staatsbediensteten im Verhältnis zur Bundesrepublik wurde insgesamt auf 1 Million beziffert: Vgl. W. Schäuble (Anm. 19), S. 203.

21 Vgl. die Kritik bei G. Lehmbruch, Die deutsche Vereinigung (Anm. 18), S. 41ff., 44, der die Zerschlagung des Gesundheitssystems der DDR zugunsten des sozialprotektionistischen Systems in Westdeutschland „kaum als einen Vorgang der Modernisierung“ bezeichnete. „Hier wurde im Gegenteil eher der institutionelle Niederschlag jener auf das kaiserliche Deutschland zurückführenden Sonderentwicklung transferiert, wie sie in modernisierungstheoretischer Perspektive seinerzeit Dahrendorf (1965) herausgearbeitet hat.“

Angesichts der herrschenden personellen Engpässe konnten auch diese Probleme nur mit Hilfe westlicher Experten gelöst werden.

Karl Otto Hondrich hat von der „Dominanzfalle“ gesprochen, in der sich die „Besserwessis“ in dieser Situation zwangsläufig befänden²². Nun wird allerdings die westliche Dominanz durch die politisch forcierten Angleichungsprozesse, die übrigens von der DDR selbst in den Einigungsverhandlungen gefordert wurden²³, zumindest tendenziell verstärkt, und sie erschwert den distanzierten Blick auf die eigene Herkunftsgesellschaft und zuweilen auch auf die besonderen Gegebenheiten der neuen Länder. So erfordern etwa Beamtenrecht oder Sozialversicherungsrecht stets von neuem Bewertungen und Einordnungen, die sich an westdeutschen Maßstäben orientieren. Die andersartigen Ausbildungsgänge in der DDR werden damit notgedrungen in ein ihnen fremdes Schema gepreßt. Diese Zumutungen werden von vielen Bürgern der neuen Bundesländer als brutal empfunden, ihre Auswirkungen den „Besserwessis“ zugerechnet, denen daher öfter mit großer Reserviertheit begegnet wird.

Die phantasielose Übertragung westlicher Modelle wird im nachhinein oft gerügt. Angesichts des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes der ehemaligen DDR – von Kurt Biedenkopf wurde ihr Komplexitätsgrad zur Zeit der Wende mit dem der Bundesrepublik Anfang der sechziger Jahre verglichen²⁴ – erschienen sie überkomplex und überreguliert; ihre Durchsetzung wirkte zunächst nicht stimulierend, sondern angesichts der ökonomischen Situation eher demoralisierend. Maßstäbe für „vereinfachte“ Regelungen, mehrfach vorge schlagen, hätten aber in dieser kurzen Zeit nicht entwickelt und miteinander abgestimmt werden können. Doch auch da, wo Phantasie möglich gewesen wäre – z. B. in der Medienpolitik –, wurden „eingefahrene“ Lösungen angestrebt, die Chancen zu einem Neuanfang nicht genutzt²⁵.

22 K. O. Hondrich (Anm. 7).

23 Wolfgang Schäuble hat darauf hingewiesen, daß das Bedürfnis nach rascher rechtlicher Angleichung vor allem von seiten der damaligen DDR ausging. Das Bedürfnis nach einem einheitlichen Rechtsrahmen erwies sich als vordringlich gegenüber den praktischen Problemen, deren Ausmaß sich damals allerdings nur erahnen ließ, die aber bei jeder anderen Regelung auch aufgetaucht wären. Vgl. W. Schäuble (Anm. 19), S. 152ff.

24 Vgl. Kurt Biedenkopf, Statt Ausbau im Westen lieber Aufbau im Osten. Mit dem sächsischen Ministerpräsidenten sprachen Wilfried Herz und Werner A. Perger, in: Die Zeit, Nr. 25 vom 12. Juni 1992, S. 11.

25 Peter Schiwy, Versagt, versäumt, verpaßt – Die Medienneuordnung in den neuen Bundesländern, in: Bertelsmann Briefe, (1992) 127, S. 42–46.

Mit dem so oft kritisierten Personaltransfer von West nach Ost ist – als Nebeneffekt dieser „Entwicklungshilfe“ – eine beträchtliche Verklammerung von Ost- und West-Verwaltungen entstanden. Vor allem sind nunmehr auch im Westen Kenntnisse über die neuen Bundesländer abrufbar. Derzeit sind etwa 25 Prozent aller Beamten in der höheren Verwaltung Sachsens Leihbeamte, erwünscht wären zu dem jetzigen Ist-Bestand von 1400 Leihbeamten weitere 400²⁶. Etwa 1000 Beamte, wechselnd nach Bedarf, entsendet das Land Bayern im Schnitt nach Sachsen und Thüringen, abgesehen von den Kommunalbeamten²⁷; etwa 2000 Beamte des Bundes arbeiten jeweils kurzzeitig in den neuen Ländern²⁸. Meist gilt ihr Einsatz als zu knapp befristet und daher zu stark an der Lösung anfallender praktischer Aufgaben orientiert, um langfristige Änderungen in Gang zu setzen. Doch Erfahrungen werden weitergegeben, neue Modelle der Kenntnisvermittlung versucht, wie etwa die Zusammenarbeit nach dem „Tandemprinzip“ (mit Austausch zwischen Ost und West oder bestimmten Ansprechpartnern im Partnerland)²⁹. Allerdings bleibt dieses Wissen auf den Bereich spezieller Fachkenntnisse beschränkt: Vergleichbares gilt für den Troß der inzwischen gewaltig angewachsenen „Beratungsindustrie“ etwa von Treuhandmitarbeitern, Verbänden und Unternehmen. Sie alle kehren zurück in die alte Bundesrepublik, die andere Probleme hat. Das erworbene Wissen ermöglicht Distanz zu den Vorgängen hier, aber es läßt sich nicht direkt umsetzen. Die politische Gleichheit konnte die Ungleichheit beider Gesellschaften nicht überbrücken.

Schwieriger waren die Probleme bei der Integration der Nationalen Volksarmee (NVA), wenn gleich sie beinahe lautlos bewältigt wurden. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte dabei, daß man sich noch bis vor kurzem als Gegner gegenübergestanden hatte³⁰. Waren auch NVA-Soldaten nicht als Feinde bezeichnet worden, so galten sie doch seit jeher als politisch indoktrinierte Vertreter einer politischen Ordnung, der man sich als

Angehöriger einer demokratischen Armee überlegen fühlte. Die Bundeswehr war gehalten, laut Einigungsvertrag Teile der NVA zu übernehmen, allerdings schieden alle höheren Ränge praktisch aus. Eine „Reservearmee“ von sogenannten „Weiterverwendern“ wurde zunächst beibehalten, ein weiterer Teil der Armee unter Zuweisung eines vorläufigen (durchweg niedrigeren) Dienstgrades als „Soldaten auf Zeit“ für vorerst zwei Jahre (und zunächst 60 Prozent des westlichen Gehalts) berufen. Wichtige Offiziers- und Unteroffiziersfunktionen übernahmen Westsoldaten, denen sich damit erhebliche Aufstiegs- und Zulage-Chancen boten. Praktisch entstand damit so etwas wie eine Zweiklassen-Armee mit entsprechenden Problemen³¹. Protest von seiten westlicher Soldaten gab es vor allem dann, wenn die Unterordnung unter frühere NVA-Angehörige zur Debatte stand oder wenn befürchtet wurde, die eigenen Beförderungschancen könnten durch das Hinzukommen der NVA bei gleichzeitiger Verkleinerung des Militärpotentials zu Benachteiligungen führen. Die großen Unterschiede hinsichtlich des Einkommens und der Beförderungserwartungen zwischen Ost und West mußten (wie das auch in den entsprechenden Verwaltungen galt) durch sachliches Miteinanderauskommen ausgeglichen werden, oft unter Ausklammerung weitergehender politischer Debatten.

Weniger um ideologische Gegnerschaft, wohl aber um die Vertretung unterschiedlicher Interessenlagen in Gesellschaften eines jeweils anderen wirtschaftlichen Zuschnitts ging es bei den Verbänden. Für das „Auffangen“ von Arbeitnehmern, die plötzlich aus alten Betriebs- und Wirtschaftsstrukturen gerissen wurden, war die Politik der Gewerkschaften besonders wichtig. An ihren Problemen lassen sich die Dilemmata des internen Programmausgleichs innerhalb einer gespaltenen Gesellschaft sehr gut verdeutlichen. Die Themen westdeutscher Gewerkschaftspolitik klafften schon vor der Vereinigung weit auseinander: Die Interessen der Arbeiter in der Produktion, die noch immer die Mehrzahl der Mitglieder darstellten, mußten vertreten, aber gleichzeitig mußte eine Politik entwickelt werden, die den individuellen Lebenslagen der Berufstätigen in einer sich stark ausdifferenzierenden Wirtschaft nach Möglichkeit gerecht

26 Vgl. Mitteilung der Pressesprecherin des Sächsischen Innenministeriums B. Tewes (Anm. 20).

27 Vgl. Statistik der Bayerischen Staatskanzlei vom Juli 1992.

28 Vgl. Mitteilung der Clearingstelle des Bundes und der Länder beim Bundesinnenministerium, die die entsprechenden Aktivitäten von Bund und Ländern koordiniert.

29 Vgl. Edmund Stoiber, Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Sachsen und Thüringen, in: Der Bayerische Bürgermeister, (1991) 12, S. 429–435.

30 Aus diesem Grund auch hatte z. B. das Auswärtige Amt eine Übernahme von entsprechenden Beamten aus dem diplomatischen Dienst abgelehnt. Vgl. W. Schäuble (Anm. 19), S. 200.

31 Vgl. Peter Jochen Lapp, Ein Staat – eine Armee, Von der NVA zur Bundeswehr in: Forum deutsche Einheit, Perspektiven und Argumente Nr. 9, Forschungsinstitut der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 1992, S. 26. Vgl. im übrigen die Jahresberichte des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages 1990 und 1991 (BT-Drucksache 12/230 vom 21. März 1991; BT-Drucksache 12/2200 vom 12. März 1992).

werden sollte. Schließlich wollte man auch für die technische und ökologisch interessierte Intelligenz attraktiv werden. Mit dem Beitritt der DDR gewann jedoch auch die Interessenvertretung arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Mitglieder in den monostrukturierten Gebieten des Ostens an Bedeutung; Funktionäre mußten delegiert werden, wobei die unterschiedliche Interessenvertretung Ost und West zur Zerreißprobe wurde.

Der aus diesem Grunde im Frühjahr 1992 entwickelten Devise des DGB „Teilen verbindet“³² mochten viele Anhänger aus dem Westen nicht folgen. Im Rahmen dieser Initiative war die Notwendigkeit auch des Teilens von Arbeitsplätzen, d. h. der Verlagerung von Produktionsstätten von West nach Ost, als solidarischer Lastenausgleich thematisiert worden. Insbesondere die einfachen Mitglieder im Westen fühlen sich durch die „Kosten“ des Teilens stark belastet. Es entgehen ihnen nicht nur Einkommensmöglichkeiten, sondern z. B. verringern sich auch ihre Chancen auf bezahlbare Wohnungen oder Kindergartenplätze. Schon wegen der Konkurrenz, die ein Niedriglohngebiet innerhalb der eigenen Nation zur Folge hat, mußten die Gewerkschaften auf baldige Lohnangleichung zwischen Ost und West drängen, ein Verhalten, das ihnen vielerorts als einseitige Interessenpolitik angekreidet wird. Gleichzeitig nimmt ihnen die notwendige Vertretung „alter“ Gewerkschaftspolitik im Osten wie im Westen die Möglichkeit, sich stärker für die „neuen“ Themen einzusetzen³³. Die von den Gewerkschaften vertretene Politik der weiteren Arbeitszeitverkürzung hat neuerliche Rationalisierungszwänge zur Folge. Für den Osten Deutschlands bedeutet das jene Produktivitätspeitsche, der sich, wie Kurt Biedenkopf jüngst hervorhob, ein Teil der ostdeutschen Bevölkerung durch „Abschied von der Aufholjagd“³⁴ eher entziehen möchte. Der Streik der ÖTV im Westen schließlich verdeutlichte nochmals den Konflikt: Er besteht darin, daß der vertikale Interessenausgleich, den die Arbeitnehmer zu Recht fordern können, durch das horizontale „Teilen“ wieder aufgehoben wird, ohne daß diese Verhältnisse für sie wirklich einsehbar werden.

32 Vgl. Mai-Motto schwächt den Widerstand gegen eine unsoziale Politik, in: Frankfurter Rundschau vom 14. April 1992, S. 15.

33 Vgl. Gerhard Bäcker, Gespaltene Gewerkschaften in einem gespaltenen Land, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 37 (1992) 5, S. 615–805; Gerhard Kleinhenz, Tarifpartnerschaft im vereinten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/92, S. 14–24.

34 So ist in der Frankfurter Rundschau vom 27. März 1992 die dort vollständig dokumentierte Rede Kurt Biedenkopfs vor dem Berliner Forum überschrieben.

Von anderer Art sind die Ausgleichsprozesse in den Parteien³⁵. Die Bonner Regierungsparteien CDU und FDP haben das Erbe der alten Blockparteien übernommen: Es sicherte ihnen in den neuen Ländern ein beträchtliches Mitgliederpotential und ein festes Organisationsgerüst, im Falle der FDP auch Parteivermögen, und erhebliche Wahlchancen. Der Ausgleich unterschiedlicher Interessen der ungleichen Nation wurde damit in die Parteiapparate verlegt und dort recht und schlecht vollzogen; oft ging dies nicht ohne „Nachhilfe“ in den neuen Ländern von seiten des zentralen Parteiapparats. So finden sich in der Ost-CDU sowohl ehemalige „Blockflöten“ als auch engagierte Gegner der SED: das Verhältnis zwischen ihnen und der übrigen Partei mußte neu bestimmt werden. Sicher wurden dabei Probleme wie die Vergangenheitsaufarbeitung im SED-Staat auf kleinstem gemeinsamen Nenner „bewältigt“³⁶. Immerhin hat zumindest die CDU sich mit diesem Problem ernsthaft auseinandergesetzt. Die FDP ist ihr darin bislang nicht gefolgt. Werner A. Perger spricht der CDU insofern die Fähigkeit einer echten Volkspartei auf dem politischen Terrain der ehemaligen DDR zu³⁷. Neue, im Westen eher ungewohnte Werthaltungen von Mitgliedern, wie der in den neuen Bundesländern eher übliche Atheismus, müssen toleriert und integriert werden: Die Berufung auf christlich-abendländische Traditionen der CDU verliert damit an Selbstverständlichkeit.

Auch bei den anderen Parteien zeigt sich Bewegung, sei es, daß es gilt, wie im Falle der FDP, eine neugewonnene und eher nach links tendierende Mitgliederschaft nicht zu verprellen, oder, daß es gilt, wie bei der SPD, der Partei im Wählerspektrum der DDR überhaupt erst größere Resonanz zu schaffen, vor allem im traditionellen Wählermilieu der SPD, bei Facharbeitern und im öffentlichen Dienst. Beim Bündnis 90 und den Grünen erweist es sich als ein langer Weg, zu einem Konsens zwischen den Bürgerbewegungen des Ostens und der Partei der Grünen auf der Basis gemeinsamen „Querdenkens“ zu kommen. Der CSU hat ihre Verschwisterung mit der DSU keine wesentliche Erhöhung der Wahlchancen gebracht. Selbst in der PDS, will sie sich irgendwelche Überlebenschancen

35 Vgl. Ute Schmidt, Die Parteienlandschaft in Deutschland nach der Vereinigung, in: Gegenwartskunde, 40 (1991) 4, S. 515–544; außerdem: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/92.

36 So erhielt der ehemalige thüringische Ministerpräsident Joseph Duchac als „Parteiopfründe“ die Vertretung der Adenauer-Stiftung in Portugal, vgl. Süddeutsche Zeitung vom 1. August 1992, S. 6.

37 Vgl. Werner A. Perger, Die CDU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/92, S. 3–9, hier: S. 7.

sichern, muß ein Ausgleich mit den Anhängern aus dem Westen gesucht werden.

Früher oder später müssen also die Probleme der Ost-West-Integration im Rahmen der Parteien auf irgendeine Weise „kleingearbeitet“ werden. Das gilt um so mehr, als gerade die Artikulationsfunktion der Parteien in den letzten Monaten heftiger Kritik ausgesetzt war und sich das Auftauchen einer ostdeutschen Sammlungsbewegung, wie sie mit den Komitees für Gerechtigkeit intendiert wird, als reale Herausforderung erweist. So hat zwar jede Partei ostdeutsche Vertreter in ihrer Führungsspitze, in der FDP ist sogar der Generalsekretär ein Ostdeutscher, und es gibt auch eigene Gremien, die sich mit Fragen Ostdeutschlands befassen, aber deren Gewicht innerhalb der Gesamtpartei hat sich angesichts sonstiger anstehender Probleme und der nur in Maßen veränderbaren Machtpositionen ihrer Vertreter bislang als nicht ausreichend erwiesen³⁸.

V. Integration und Desintegration

Fassen wir zusammen: Auf der Ebene des politischen Systems ist im symbolischen Bereich wenig, auf dem Wege des praktischen Politikmanagements viel geschehen, um die Funktionsfähigkeit der neuen Länder zu gewährleisten. Die Dominanz des Westens wurde dabei nie in Frage gestellt. Für Berater aus dem Westen ergaben sich neben zuweilen sehr harten beruflichen Anforderungen Möglichkeiten, neue Erfahrungen zu sammeln und eigenes Wissen zu verwerten, Ausbruchschancen aus der Alltagsroutine und natürlich eine erhebliche Erweiterung von Karrierechancen, die zuweilen in schlichte parteipolitische Vorteilsnahme ausartete³⁹. Die eindeutige Unterlegenheit des sozialistischen Systems, wie sie sich

38 Peter Bender hat deswegen für eine Rebellion der Ostdeutschen plädiert: Peter Bender, Zwei, drei, viele Ostparteien, in: Wochenpost, Nr. 25 vom 11. Juni 1992, S. 4. Bender setzt sich für Ostparteien mit eigenen Parteizentralen im Osten ein – nach dem Vorbild der CSU. Angesichts der zweiten Teilung Deutschlands nach der Vereinigung möchte er damit den vorhandenen Unterschieden eine demokratische Form geben.

39 Beispiele solcher Vorteilsnahme u.a. bei Erwin K. Scheuch/Ute Scheuch, Cliques, Klüngel und Karrieren, Reinbek 1992. Gerhard Lehbruch hat – unter Hinweis auf den Eroberungszug der Parteien im Mitteldeutschen Rundfunk – von der Gefahr gesprochen, daß Parteipatronage in der Situation des Vakuums an Fachqualifikationen im Osten Deutschlands „politisierte Inkompetenz“ befördere. Vgl. G. Lehbruch (Anm. 18), S. 34.

im Zusammenbruch der DDR manifestiert hatte, brachte den Westdeutschen zwar Selbstbestätigung, war aber kaum mit irgendwelchen Lerneffekten verbunden. Möglicherweise verhinderte auch die Knappheit der Zeit die Entwicklung alternativer Modelle; jedenfalls ist die „Chance gesamtdeutscher Selbstprüfung“ angesichts der neuen Situation vertan worden.

Zu diffus auch erweisen sich die Probleme, als daß ihnen mit einfachen Lösungen beizukommen wäre. Weder einfache marktwirtschaftliche Strategien noch Modelle nachholender Modernisierung, noch die Vorstellung eines durch eine zweite „Ostkolonisation“ zu bewältigenden nationalen Wiederaufbaus werden den Verhaltensweisen einer Bevölkerung gerecht, deren Mentalität durch vierzig Jahre DDR geprägt ist. So nehmen die Ostdeutschen einerseits – in gewohnter Weise – gegenüber dem Staat bestimmte Erwartungshaltungen ein, andererseits haben sie es satt, weiterhin Verfügungsmasse politischer Entscheidungen zu sein – zumal in so manchen Fällen der Westen zu relativ rigorosen Haltungen neigt. Kritisch hat Wolf Lepenies darauf hingewiesen, daß es zu den Folgekosten der Vereinigung gehöre, den politischen Komplizen und den kulturellen Mitläufer mit zweierlei Maß zu messen⁴⁰ – den Vertretern von Wissenschaft und Kunst also weniger langfristige Wandlungsfähigkeit zuzubilligen als Parteimitgliedern.

Für die Mehrheit der Bevölkerung im Westen ergibt sich hingegen, soweit sie nicht durch unmittelbare Nachbarschaft zu den neuen Ländern in die Probleme einbezogen ist, kaum eine Änderung in der politischen Betroffenheit, abgesehen von (eingeschränkten) Mangelerfahrungen. Insofern sollte man die Haltung mürrischer Solidarität nicht geringerschätzen, mit der bislang die Kosten der nationalen Einheit akzeptiert wurden. Denn zu diesen Kosten zählt ja auch die Belastung mit mehreren zusätzlichen Problemhaushalten, zentral mit dem der Vergangenheitsbewältigung der ehemaligen DDR. Dem Westbürger sind diese Zusammenhänge meist nur in der Form von Schauergeschichten zugänglich, zu deren Beurteilung er von den Betroffenen jedoch für inkompetent erklärt wird. Der Mangel an Beurteilungskriterien führt zu Ratlosigkeit gegenüber Lebenszusammenhängen, die sich von Außenstehenden kaum bewerten lassen. Was war diese Gesellschaft? War sie ein Zwangssystem, in dem man der Stasi dienen mußte; war sie eine Gesellschaft „deutscher demokratischer Revolutionäre“?

40 W. Lepenies (Anm. 4), S. 40.

Der rasche Ansehensverlust von ursprünglich als „Bewegern der Revolution“ angesehenen Politikern, Schriftstellern, neuerdings auch Männern der Kirche im Prozeß der Stasi-Auseinandersetzung hat ein generalisiertes Mißtrauen wieder anwachsen lassen, das als antikommunistischer Vorbehalt gegenüber der Gesellschaft der DDR stets vorhanden war. Alte Klischees der Selbst- und Fremdwahrnehmung bestimmen damit weiterhin das Bild der Neubürger⁴¹.

Jede Begegnung mit einem ehemaligen DDR-Bürger stellt den „Westler“ vor die Frage, welche Art von Identitätserfahrung in der alten Gesellschaft man bei ihm voraussetzen soll, auf welche man ihn ansprechen kann: auf die politische, auf die soziale als „Schicksalsgemeinschaft“, auf die kulturelle, geprägt durch bestimmte Subkulturen? Die alten Nischen, wo finden sie sich noch in der Situation allgemeiner Auflösung der alten Strukturen dieser Gesellschaft? Der Bürger der alten Bundesrepublik orientiert sich an Lebensstilen, an einer Vielzahl von Gruppen, für ihn sind Unterschiede in den so homogen erscheinenden neuen Ländern schwer zu orten, die Menschen erscheinen ihm unzugänglich, und die „Lernblockaden“ der DDR-Bürger wirken insofern auf ihn zurück.

Die Vereinigung verlief – trotz besten Willens – nicht so glatt wie angenommen; zu groß waren die Unterschiede. Die Dynamik des Modells Bundesrepublik hat nicht – zumindest nicht innerhalb dieser kurzen Frist – zur mühelosen Integration der ehemaligen DDR geführt. Die von Karl Otto Hondrich aufgeführten Vorteile, die „zusätzlichen Sensibilitäten aus erlebter und abgeschüttelter Unterdrückung“, gerieten im Verlauf der Stasi-Debatte aus dem Blickfeld. Abgesehen von wirtschaftlichen Argumenten wird daher verstärkt auf sozialpsychologische Erklärungsmodelle zurückgegriffen, um unterschiedliche Reaktionsweisen in den neuen Bundesländern zu erklären⁴². Auf westlicher Seite herrschen dabei Ansichten vor, nach denen ehemalige DDR-Bürger „nachzuholen“ hätten; ihre derzeitigen Verhaltensweisen werden als veränderbar angesehen.

Anders – indem sie fragen, ob die rasche Angleichung an den Westen überhaupt ein vernünftiges Ziel darstellt – haben sich Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel dem Problem genähert: Überfordert sie nicht, bei dem gegebenen Abstand der beiden Volkswirtschaften, die Menschen, deren Mentalität so verschieden ist? „Es ist völlig unbekannt,

wie eine Bevölkerung reagiert, die innerhalb von knapp einer Dekade eine wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen soll, für die der westliche Teil Deutschlands 30 bis 40 Jahre Zeit hatte. Sicher ist, daß eine derartige wirtschaftliche Anstrengung tiefgreifende Veränderungen aller Lebensbereiche erfordert und bewirkt. Eine Gesellschaft, die gezwungen ist, sich wirtschaftlich derartig dynamisch zu entwickeln, verliert in gewisser Weise ihre bisherige Identität.“⁴³ Biedenkopf spricht von der Verarmung des politischen und gesellschaftlichen Lebens, die durch eine solche einseitige Konzentration auf das ökonomische Ziel entstehen würde: Sie gefährdet zu einem erheblichen Teil auch die immateriellen Grundlagen, die die Fähigkeit der Gesellschaft sichern, das Erreichte zu bewahren – ihre moralisch-kulturelle Regenerationsfähigkeit also.

Entsprechend fordert er realistische Zielvorgaben für den wirtschaftlichen Aufschwung, die sich nicht nur an meßbaren Daten des Bruttosozialprodukts, sondern auch an Lebensqualität mit der Erhaltung tragfähiger sozialer Strukturen orientieren. Durchsetzbar wäre dies nur mit einer stärkeren Regionalisierung der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse, praktisch also mit einer Abkoppelung von der zentralistischen Organisation der Sozialsysteme: „Wenn jedoch das umfassende Sozialsystem zur Vereinheitlichung zwingt, dann ist es – angesichts seiner Bedeutung für die große Mehrheit aller Bürger – kaum möglich, im übrigen regional stark unterschiedliche Lebensziele und -entwürfe zu verwirklichen. Eine von Westdeutschland jedenfalls vorübergehend abweichende Zielvorgabe läßt sich deshalb nur verwirklichen, wenn alle wesentlichen gesellschaftlichen Strukturen regionalisiert werden.“⁴⁴

In Anbetracht der objektiven Aufnahmefähigkeit der ostdeutschen Volkswirtschaft und der subjektiven der Bevölkerung plädiert Biedenkopf für eine Verlängerung der jährlichen Transferleistungen an die neuen Länder, wenn auch bei Verringerung der Jahresraten. Sie müßten auf dem Wege eines Finanzausgleichs nach Regionen gefunden werden, der die Altbundesländer nicht überfordert. Im übrigen scheint ihm eine Akzeptanz regionaler Unterschiede notwendig, die es erlaubt, auch die Sondersituation der neuen Länder – die Situation des Aufbaus und Neubeginns – für eine phantasievolle Politik zu nutzen. Erleichtert werde diese

43 K. Biedenkopf (Anm. 34).

44 Meinhard Miegel, Der Preis der Gleichheit. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven Deutschlands in den 90er Jahren, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 37 (1992) 6, S. 675–686.

41 Ebenso einseitig ist die Wahrnehmung der Bundesrepublik als kalt und konsumorientiert von der anderen Seite.

42 Vgl. Anm. 1.

durch das Fehlen festgeschriebener Besitzstände, die Reformen verhindern. So sollten etwa bestimmte Regeln der Rahmengesetzgebung des Bundes, für die weitaus komplexere (und reichere) Westgesellschaft geschaffen, außer Kraft gesetzt werden können, um unabhängigere Lösungen zu ermöglichen.

Die Antriebskräfte der Ostdeutschen könnten sich entfalten durch die Erkenntnis, „daß die alte Ordnung überwunden werden muß. Die Bereitschaft zu tiefgreifenden Veränderungen ist die Frucht der friedlichen Revolution gegen das Regime der Unmenschlichkeit und Unterdrückung.“⁴⁵ Diese Bereitschaft, einmal in Gang gesetzt, könnte in Zukunft auch Westdeutschland erfassen.

Hervorzuheben ist an diesen Aussagen in unserem Zusammenhang dreierlei: *erstens* die Abkoppelung von der wirtschaftlichen Aufholjagd und der Verzicht auf die umstrittene Formel der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ zugunsten einer „Gleichwertigkeit“; *zweitens* die Forderung nach eigenständigem Gestaltungsspielraum der Länder und *drittens* der Appell an jene Gesinnungen, die aus der spezifischen Situation des Umbruchs erwachsen.

Man mag diese Verknüpfungen als Formelkompromiß ansehen angesichts der sich derzeit abzeichnenden langsameren Entwicklung. Entscheidend aber ist wohl die Bereitschaft, sich mit der Mentalität der Bevölkerung im Osten nicht nur als einer zu ändern, sondern als gegebener Realität auseinanderzusetzen, die mögliche politische Zielsetzungen nachhaltig beeinflußt. Das hat Konsequenzen auch für den Westen.

Jedenfalls führt die Neubestimmung des Begriffs der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse unter dem Aspekt der Gleichwertigkeit sowohl in die Tiefen und Untiefen der Föderalismusdiskussion

45 K. Biedenkopf (Anm. 34).

als auch zu der Frage, inwieweit nicht generell – nach einer ersten Phase der Übertragung des Gesamtrahmens der Regelungen des Grundgesetzes – nun mehr Raum für einen Entwicklungsrhythmus und einen Entwicklungsgang der neuen Länder gelassen werden sollte, der auf ihre vierzigjährige Sondersituation, die ja auch moralisch-kulturell verarbeitet werden muß, mehr Rücksicht nimmt als bislang.

Es gibt viele Gründe, die gegen ein solches Verhalten sprechen. Eines der wichtigsten Argumente in bezug auf die Ökonomie hat Meinhard Miegel genannt: Wenn zwanzig Prozent der Bevölkerung Deutschlands sich weigern, mit vollem Einsatz in der Gruppe der Weltmeister mitzulaufen, wie die alte Bundesrepublik das bislang tat, „wird der Platz in der Spitzengruppe nicht zu halten sein, gleichgültig wie sich die Westdeutschen anstrengen. Dabei ist keinesfalls sicher, daß sich die Westdeutschen so anstrengen würden wie bisher. Es bedarf nicht viel, sie zu einer langsameren Gangart zu bringen.“⁴⁶ Auch könnte die langfristige Akzeptanz größerer sozialer Ungleichheit sicher eine wichtige Grundlage des „Erfolgsmodells Bundesrepublik“ zerstören. Andererseits würde ein solcher Mut zur Ungleichheit an alte deutsche Traditionen des auskömmlichen Nebeneinanders anknüpfen, das es bei Anerkennung der sozialen wie politisch-kulturellen Unterschiede beläßt. Länderidentitäten bieten Auffangmöglichkeiten für kulturelle Identifikation und für eine eigenständige Verarbeitung politischer Erfahrungen. Sie bieten eine institutionell abgesicherte Resistenz gegenüber allzu hastigen Angleichungsprozessen an die dominante Gesellschaft der alten Bundesrepublik. Sie ermöglichen Distanz, vom Westen aus gesehen, Respektierung der Sonderrolle in der Einheit. Dies könnte sich für die nächsten Jahre als das gedeihlichste Konzept zur Entwicklung Deutschlands erweisen.

46 M. Miegel (Anm. 44), S. 685.

Die Autobiographie als Erfindung von Wahrheit

Beispiele literarischer Selbstdarstellung nach dem Ende der DDR

Seinen Lebenslauf hat jedermann schon einmal verfaßt. Das Schriftstück wird vor allem verlangt, wenn sich jemand – wie es so schön heißt – beruflich verändern will oder muß. Berater empfehlen, die äußeren Daten des Lebens sachlich aufzulisten. Es gibt Muster dafür. Die Personalabteilungen fordern in der Regel einen handgeschriebenen Originaltext; nicht nur der Verfasser soll sich darstellen dürfen – die Begutachter wollen sich auch selbst – graphologisch – einen Eindruck verschaffen. Der Lebenslauf als Bestandteil des Bewerbungsvorgangs wählt manche Fakten aus, hebt einige hervor, läßt andere absichtsvoll weg. Er ist nüchtern im Stil, aber bei aller Zurückhaltung doch auch anpreiserisch und werbewirksam im Unterton.

Geht es einem Autor anders, der sich auf dem Markt der Bücher bewirbt – um einen Platz in den Regalen der Buchhandlungen und in den Herzen der Leser? Gewiß, er hält sich an andere Muster als der Kandidat, der sich auf das Arbeitsangebot eines Unternehmens meldet, aber es bleiben doch Muster, auch wenn er sie eigenständig und eigenmächtig variiert. Der Bücherschreiber darf sich seitenlang manche Last von der Seele schieben. Nüchternheit kann sich da schnell im Geschwätzgestrüpp verlieren. Lästiges und Peinliches wird gern hinter weitschweifigem Wortschwall verborgen, vor den anderen und vor sich selbst. Wer ausschmückt, dokumentiert nicht nur, daß seine Phantasie blüht. Verschweigetechnik bedarf nicht des Kleinformats, auch das großflächige Panorama hat seine Dunkelzonen.

Die Autobiographie, ob nun von schreibenden Laien, Halbprofis oder gewitzten Schreibkünstlern verfaßt, muß auf ihre Motivationen und Intentionen hin untersucht werden, die offen genannten und die verborgenen. Versuche, die locker, episodisch strukturierten Memoiren von der formstrenge Autobiographie definitiv zu unterscheiden, scheitern an den Mischformen, die die Mehrheit der Gattungsexemplare ausmachen. Wer nur die künstlerisch anspruchsvollen Spitzenwerke in den Blick nähme, ließe wichtige öffentlichkeitswirksame Zeitzeugnisse am Wege liegen.

I. Selbstdarstellung als Selbsttäuschung

Vor allem in Phasen des gesellschaftlichen Umbruchs empfinden viele das Bedürfnis, über sich selbst und über die unvorhergesehene neue Lage Klarheit zu gewinnen. Das läßt sich gegenwärtig im Bereich der einstigen DDR gut beobachten. Es ist die Zeit der Rechtfertigungen und Anklagen, der Absagen und Selbstvergewisserungen, der Treuebekundungen und der Umorientierungen.

Auf der einen Seite hat das Verschwinden des alten Systems manche in ein trotziges oder hilfloses Schweigen getrieben, auf der anderen Seite scheint die Aussagefreudigkeit derer gestiegen zu sein, die beim Fall der innerlich ausgehöhlten Ordnung nicht auf den Mund gefallen sind. Die Zumutungen, die von außen kommen, werden dabei oft als so brutal empfunden und sie kommen so unerwartet, daß die innere Ruhe fehlt, die wohl für die Erarbeitung einer klassischen Autobiographie notwendig wäre. So hat es wenig Sinn, gerade jetzt auf Meisterwerke der Besinnung und Selbstanalyse zu hoffen. Die Autobiographien aus der ehemaligen DDR sind gleichwohl ernst zu nehmen und kritisch zu sichten. Sie stellen die Schaumkrone auf einer Flutwelle hektisch vorgetragener Enthüllungen und Argumentationen dar.

Die Rede vom gestohlenen Leben geht gleichnishaft in vielen Befragungen um: Über 40 Jahre lang seien der kleine Mann und die kleine Frau vom SED-System betrogen worden. Die Einsicht, vielleicht zu den betrogenen Betrügnern zu gehören, ginge vielen viel zu weit. Irritation und Wut über verständnislose Einmischer aus dem Westen beläuben immer aufs neue den Vorwurf, den Ost-Bürgern solle die Erinnerung ausgetrieben werden, obwohl doch nur sie allein wissen könnten, wie es wirklich gewesen sei. Manchmal gibt es sogar Klagen darüber, daß von ihnen erwartet werde, sie sollten ihr Leben oder sogar ihre Biographie „umschreiben“. Aber schon wer gelebtes Leben und

Biographie einfach gleichsetzt, verwischt notwendige Unterscheidungen.

Die Biographie, genauer gesagt die Autobiographie, die selbstverfaßte Lebensdarstellung, ist eine schriftliche Fixierung der eigenen Existenz, eine Version, die abhängig bleibt von Tag und Stunde, Monat und Jahr, also dem Raum zwischen den Zeitpunkten, an dem sie begonnen und beendet, abverlangt und abgeliefert wird. Das gelebte, das abgelebte Leben läßt sich nicht mehr korrigieren, wohl aber dessen Deutung und Bewertung. Solange das individuelle Dasein andauert, realisiert es sich in einem Erfahrungsstrom der subjektiven und objektiven Veränderungen. Die für gültig erklärte, auf geduldigem Papier festgehaltene Selbstbeschreibung ist daher – trotz der erstrebten und in Grenzen erreichbaren Glaubwürdigkeit – immer zugleich auch Selbsttäuschung.

Dem Treuekomplex – „einmal derselbe, immer derselbe“ – zu verfallen, dürfte ebenso fatal sein wie die verbreitete Furcht, sich dem Vorwurf des Opportunismus auszusetzen. Zu verschiedenen Zeiten beschreibt jeder sein Leben auf je andere Weise. Ein vorsichtiger Autor tut daher gut daran, nur eine „Zwischenbilanz“ vorzulegen. Damit muß nicht nur gemeint sein, daß noch ein zweiter oder dritter Band aussteht. Vielmehr wird auch ein Freiraum bewahrt für neue, andersartige Sichten.

„Das Wiedersehen“ heißt eine der berühmtesten Geschichten über den von Bertolt Brecht erfundenen Herrn Keuner: „Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: ‚Sie haben sich gar nicht verändert.‘ ‚Oh!‘ sagte Herr K. und erbleichte.“¹ Die Dynamik der Veränderung wird hier als positiv begriffen, als Zeichen des Lebendigen, als das Gegenteil von Starrsinn oder Dogmatismus. Aber sie wirkt auch rückwärtsgewandt und verändert die Sicht auf das Gewesene. Was kulturhistorisch für lange und generationsspezifisch für mittlere Zeiträume akzeptiert wird, erscheint vielen nicht so einsichtig, wenn kurze, scheinbar überschaubare Spannen beachtet werden. Denn jeder zimmert sich gern einen Boden der Tatsachen, auf dem er festen Fuß fassen kann, reicht es doch, daß die Zukunft ungewiß und unvorhersehbar ist.

Goethes Hinweis, ein Bericht über dasselbe Ereignis falle abends anders aus als morgens, zerstört solche Illusionen. Ein Brief des Achtzigjährigen erklärt, warum er im Untertitel seiner autobiographischen Schrift „Aus meinem Leben“ Wahrheit

und Dichtung zusammengefügt hat. Die vermeintlich erwiesenen Fakten werden nicht etwa durch hinzugefügte Erfindungen ergänzt, wie der oberflächliche Beobachter meinen könnte. Das Wahre, dessen der Autor sich bewußt wird, kann vielmehr nur mit Hilfe der Einbildungskraft, der Fähigkeit, sich das Vergangene *heute* zu denken, dargestellt werden².

Als praktische Schwierigkeit trat dieses Problem bei den lebensgeschichtlichen Interviews auf, die der Historiker Lutz Niethammer und sein Team 1987 in der DDR aufnahmen. Auch hier galt, daß das jeweilige Jetzt die Vergangenheit verzerrt, von der die Rede sein sollte: „Lebensgeschichten sind ja immer ein Text, der in einem bestimmten Moment aus einer Auswahl von Erlebtem, das in eine gesamte Sinnkonstruktion verwebt wird, entsteht, und diese Sinnkonstruktion wie auch die Sprache gehören viel mehr dem Moment seiner Entstehung und seiner prägenden Kultur an als jener Vergangenheit, von der die Fragmente der Erinnerten handeln.“³ Der Befragter muß diesen Sachverhalt bedenken und vorsichtig gegensteuern.

Es wäre also müßig, darüber zu lamentieren, daß die Primärerfahrungen durch ihre Resultate oder durch die Zwecksetzungen entstellt werden, da die oft sehnlich gewünschte Unmittelbarkeit nicht wiedergewonnen werden kann. Die freundliche Rede, ein Autor habe im Stand einer „zweiten Unschuld“ geschrieben, verdunkelt den Sachverhalt. Die rückschauende Wiedergabe des eigenen Lebens ist über weite Strecken nicht dessen Rekonstruktion, sondern dessen Konstruktion, trotz allen authentischen Materials wie Briefe und Tagebücher.

Diesem handwerklich-technischen und zugleich erkenntnistheoretischen Problem entgehen auch die eher schlichten Darstellungen nicht, die einen speziellen künstlerischen Anspruch gar nicht erst erheben. Die Beispiele, auf die ich mich zunächst berufen möchte, sind immerhin eigenverantwortlich

2 Vgl. Johann Wolfgang von Goethe, Artemis-Gedenkausgabe, Bd. 21 (Briefe der Jahre 1814–1832), Zürich 1951, S. 891. Der Verfasser verdankt der Autobiographieforschung viel, von Georg Misch und Roy Pascal bis hin zu Bernhard Greiner, der einen psychoanalytischen Ansatz auf Autoren aus der DDR, auf Stephan Hermlin oder Christa Wolf, anwandte. Auf die Auseinandersetzung mit der Sekundärliteratur wird jedoch verzichtet. Statt dessen bringe ich häufiger Goethe ins Spiel, in verfremdender Absicht, um über die bloß zeitbezügliche Diskussion hinauszugelangen. Die Verfremdung wird dadurch gesteigert, daß die meisten erwähnten Schreiber sich unermeßlich weit entfernt von Goethe befinden.

3 Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991, S. 27.

1 Bertolt Brecht, Prosa II. Geschichten 2, Frankfurt a. M. 1965, S. 114.

hergestellte Produkte. Die Erlebnisträger heuerten keine Ghostwriter an, die aus besprochenen Kassetten – „nach Diktat verreist“ – Lesestoff zu produzieren hatten. Ihre Berufsbilder haben mehr oder weniger entfernt mit dem Schreiben zu tun. Der erste war zunächst Schriftsetzer und später Verleger und Filmdramaturg, der zweite lange Journalist, bevor er ins Politbüro der SED aufstieg. Das dritte Beispiel lieferte eine Schauspielerin und Regisseurin, die interpretierend mit dem Dichterwort umging.

II. Walter Janka: Die unverlierbare Überzeugung

Das Vorwort, das Walter Janka⁴ im Herbst 1990 zu seiner Autobiographie „Spuren eines Lebens“ schrieb, beginnt so: „Der Bericht über mein Leben wurde vor fünfzehn Jahren geschrieben. An eine Veröffentlichung war nicht gedacht. Denn zur Destabilisierung der DDR wollte ich nicht beitragen. Meine Absicht war die Veränderung der Verhältnisse: Die DDR habe ich trotz meiner Kritik an diesem Staat und den Erfahrungen, die ich mit ihm gemacht habe, als Alternative zur kapitalistischen Bundesrepublik für unverzichtbar gehalten. Ein DDR-Verlag hätte für ein solches Buch ohnehin keine Druckgenehmigung bekommen. Und wären meine Erinnerungen nur im Westen erschienen, hätte man mich als Dissidenten bezeichnet. Aber genau das wollte ich nicht sein. Zu keiner Zeit.“⁵

Der Mitte der siebziger Jahre aufgeschriebene Bericht wurde jedoch sehr wohl für Leser abgefaßt. Beim Schreiben hatte der Autor sie immer vor seinem „geistigen Auge“. Zwar wird im Vorwort auch das Motiv der Rechtfertigung vor sich selbst genannt, aber eine tagebuchartige Selbstprüfung ohne den Anspruch auf öffentliche Wahrnehmung hätte ein ganz anderes stilistisches Vorgehen verlangt. Die Veröffentlichung war nicht möglich, zum Zeitpunkt der Entstehung nicht und auch noch Jahre danach nicht, im Osten der Verbote wegen, im Westen wegen der vom Autor befürchteten politischen Vereinnahmung. Die Publikation mußte in die Zukunft hinein verschoben werden.

4 Walter Janka, geb. 1914, Schriftsetzer, Kommunist, von den Nazis ausgebürgert, Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg, Verleger im mexikanischen Exil, 1947 Rückkehr nach Deutschland, Leiter des Aufbau-Verlags, 1957 als innerparteilicher Opponent in einem Schauprozeß zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

5 Walter Janka, Spuren eines Lebens, Berlin 1991, S. 9.

Janka dachte daran, das Manuskript – bei unveränderten politischen Verhältnissen – in einem Archiv zwischenzulagern: Die bekannten äußeren Umstände erlaubten oder erzwangen eine frühere Veröffentlichung, als ursprünglich gedacht werden konnte. Ausschnitte wurden schon einige Monate vor der Wende in westdeutschen Sendern und in einem Taschenbuch der rororo-Aktuell Reihe verbreitet.

Die Grundkonzeption basierte auf der Einsicht, das Manuskript werde zu Lebzeiten des Autors nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Jankas Autobiographie ist ein Nachruf von eigener Hand. In gewisser Hinsicht trifft das auf jede literarische Beschreibung zu, die jemand von seinem Leben retrospektiv entwirft. Es bedarf des Abstands, um einen Sinnzusammenhang herzustellen. Man muß in die Jahre gekommen sein, um der subjektiven Deutung der einzelnen Vorgänge Glaubhaftigkeit zu verleihen. Zufällen und Unbestimmtheiten wird Sinn unterlegt. Definitive Entscheidungen können gerechtfertigt werden, weil sie „natürlich“ erscheinen, passend zu Erziehung, Milieu, Weltanschauung oder verinnerlichten Gewohnheiten. Die Episoden werden auf einer Kette aufgereiht, um die Logik dieses einen Lebens plausibel zu machen. Aber die Kette kann auch einschnüren. Wo unerklärliche Brüche angezeigt werden müßten, wird lieber gekittet, oft unbewußt und im guten Glauben an sich selbst.

Der autobiographische Darstellungszwang nötigt dazu, die abgelaufene Lebenszeit trotz aller Abirungen und Umwege im Detail in einem höheren Sinne als geradlinig darzustellen. Indem der Schreibende sich daran festhält, wer er geworden ist, entstehen Projektionen: Schon in früheren Lebensstadien war man, was man erst wurde. So erhält den Anschein von Notwendigkeit, was in alten Zeiten naiv und doch zutreffend „Schicksal“ genannt wurde.

Walter Janka hält sein Manuskript anderthalb Jahrzehnte zurück, aus Furcht vor den Folgen. Dabei war er zeitlebens ein mutiger Mann, couragiert, widerspruchsbereit, risikofreudig. Es gab nicht viele, die während der Ulbricht-Zeit in einem politischen Prozeß so unbeugsam blieben wie er. Er, der in jungen Jahren zum Kommunisten geworden war, fürchtete, das Fundament seines Glaubens zu verlieren. Dissident wollte er nicht genannt werden dürfen. Wer schon den Vorwurf scheut, ein Abweichler zu sein, muß die kräftigere Ausgrenzung erst recht für unerträglich halten: Mit dem Makel, ein „Renegat“ zu sein, hätte er nicht leben mögen. Insofern hat er sich selbst ge-

fesselt. Gefangen in einem Treuekomplex, begrenzte Janka aus Angst vor dem Verrat seine Ein-sichtsfähigkeit.

„Ich habe Marx aufmerksam gelesen. Und ich glaube, ihn richtig verstanden zu haben. Selbstverständlich halte ich ihn für den Größten.“⁶ Auch dieses Bekenntnis rückt Janka auf einen exponierten Platz⁷. Der Rückgriff auf den Altmeister verrät eine autoritäre Fixierung, denn die Behauptung, für ihn sei Marx „selbstverständlich“ der Größte, kann allenfalls Gleichgesinnte beeindrucken. Das gefährdete Ich bedarf der Stabilisierung. Ein Kern unverlierbarer Überzeugungen wird daher bewahrt, zumal in der eigenen Lebenspraxis Druck und Terror, ausgeübt von „Genossen“, zum quälenden Abschied von manchem Prinzip zwangen: „Wenn ich meine Gedanken rekonstruiere, mit den Erkenntnissen der späteren Jahre vervollständige, muß ich zugeben, daß mir das Mühen um ein neues Selbstverständnis nicht leichtgefallen ist. ... In schwachen Stunden beschimpfte ich mich selbst. Empfund Scham, weil ich über Jahrzehnte den falschen Auslegungen von Theorie und Praxis gefolgt war, mich nicht ins Privatleben zurückgezogen hatte, als das noch möglich war. Es hatte solche Gelegenheiten gegeben. In meiner Zelle erinnerte ich mich daran. Zeitweise trauerte ich den ungenutzten Gelegenheiten nach.“⁸

Es bleibt bei vagen Andeutungen über den „argen Weg der Erkenntnis“⁹. Selbstbeschimpfung, Scham und der Gedanke an den rechtzeitigen Rückzug in die Privatheit werden mit „schwachen Stunden“ in Verbindung gebracht. Es schwingt ein Unterton der überwundenen Verführung, der abgewiesenen Versuchung mit. Es fehlt die Bereitschaft, ins einzelne zu gehen, sich preiszugeben, selbstquälerisch mit sich zu verfahren.

Kornelia Hauser hat die Beobachtung mitgeteilt, daß sich bei Janka kein einziger Konjunktiv finde. Das muß man sicher nicht wörtlich nehmen. Ein auf Sprachanalyse getrimmter Computer fände wohl auch Beispiele für diesen Modus. Aber der Autorin ist zuzustimmen, wenn sie das Fehlen der Möglichkeitsform metaphorisch dafür einsetzt, daß es bei Janka keine Zeichen gebe, „die die Arbeit des Erinnerns und die Subjektivität des Erinnerten auch nur

andeuten“¹⁰. Das gelte für jeden Lebensabschnitt: Kindheit, Konzentrationslager, Prager Exil, Bürgerkrieg in Spanien, mexikanisches Exil und DDR-Zeit. „Jankas Ich-Konstruktion schwankt zwischen Autonomie und Verantwortung für andere. Seine Haltung läßt ihn soziale Bindungen, so sie behindernd sind, nicht hinnehmen.“¹¹

Das Ich, das Janka von sich skizziert, zeigt nach Hausers Analyse ein Doppelgesicht: Nach außen werde es als Zeichen des Kommunismus vorgeführt, nach innen als erleidendes Subjekt. Die Kritikerin meint, Janka reduziere alle anderen Figuren zur bloßen Staffage für eigenes heldisches Tun. Kornelia Hauser, die der Frauen-Redaktion der Zeitschrift „Das Argument“ angehört, wird auch von einem feministischen Erkenntnisinteresse geleitet. Sensibel für die Art, wie er seine Beziehungen zu Frauen schildert, stellt sie fest: „Janka verschwindet, indem er sich in den Vordergrund rückt. Sein Ich bleibt leer von Auskünften. Andere blieben ihm ‚schicksalhaft‘ verbunden, was tat er? Selbst in Bereichen, wo Gefühle zentral werden, schweigt der Biograph über die seinen.“¹²

Janka, eher ein Organisator, eine Kämpfernatur, fühlt sich auf unsicherem Gelände, wenn er innere Zerrissenheit zeigen, geheime Motivationen offenbaren müßte. Beim Organisieren seines Lebenszusammenhangs – früher hätte man von „Sinnstiftung“ gesprochen – drückt er dies als Indiskretionen an die Ränder. Das Moment der Rechtfertigung vor sich selbst tritt zurück hinter die Mitteilung an andere. Es war schon davon die Rede, daß bei der Abfassung des Textes eher mit der Nachwelt denn mit der Mitwelt gerechnet wurde. So kam es Janka auch darauf an, den Enkeln und Urenkeln die miterlebten historischen Tatsachen zu erklären, die spätere Generationen aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen nur schwer zu verstehen vermögen. Freilich fehlt dem sympathischen Autor dabei die Anmaßung, die zuständige Geschichtswissenschaft ersetzen oder bevormunden zu wollen. Subjektive Erinnerung bietet er nur als Hilfe für historische Aufarbeitung an.

Der Mitteilungszweck erklärt den Verzicht auf die leidvoll-schuldhaftige Konfession aber nur zum Teil. Die Tradition der Bekenntnisse im Sinne Jean Jacques Rousseaus konnte sich in Deutschland kaum durchsetzen. Auch der übermächtige Goethe hatte seine Autobiographie gleichsam gegen Rousseau geschrieben, letztlich nur wenig von

6 Ebd., S. 16.

7 Etwas verändert dienen die Glaubenssätze dem Autor auch als Motto des Anfangskapitels, ergänzt um den subjektiven Aspekt der Selbstverwirklichung. Vgl. ebd., S. 14.

8 Ebd., S. 411.

9 Eine Anspielung auf Feuchtwangers Roman „Goya oder der arge Weg der Erkenntnis“. Janka organisierte auch die DEFA-Verfilmung des Stoffs durch Konrad Wolf.

10 Kornelia Hauser, DDR-Wirklichkeit als Arbeit am Gedächtnis, in: Das Argument, 34 (1992), S. 247.

11 Ebd., S. 249.

12 Ebd., S. 251.

sich enthüllt und lieber das geheime Seelenleben verschleiert, absichtsvoll und im Gegensatz zu den Freiheiten, die er sich in seinen großen Dichtwerken herausnahm: „Jeder, der eine Confession schreibt, ist in einem gefährlichen Falle, lamentabel zu werden, weil man nur das Morbose, das Sündige bekennt und niemals seine Tugenden beichten soll.“¹³ In dieser Tagebuchnotiz aus dem Jahre 1810 geht Goethe auf Distanz zum heikel gefährlichen Reiz der öffentlichen Zerknirschung. Wird sie nicht von einer ideologisch aufgeladenen Macht, dem Kollektiv, als „Selbstkritik“ verlangt, sondern freiwillig geleistet, mag der Stolz des Bekenntnisfreudigen gewiß leicht peinlich wirken. Denn es bleibt fraglich, ob der Beichtende, der hochfahrend seine Unzulänglichkeiten präsentiert, wirklich soviel von sich wissen kann, wie er uns Lesern glauben machen will.

In der DDR freilich, die jahrzehntelang die Psychoanalyse verteilte, wurde intensive Beschäftigung mit dem eigenen Ich – ohne den Bezug auf die gesellschaftlich gegebenen Aufgaben – als „Nabelschau“ diffamiert. Unverschlüsselte, nicht-fiktive Bekenntnisbücher hatten da kaum Chancen. So blieb die Rousseausche Tradition dort erst recht abgebrochen. Noch 1989 gibt ein in der zweiten Auflage in Leipzig erschienenes „Wörterbuch der Literaturwissenschaft“ unter dem Stichwort „Innerlichkeit“ diese Definition: „Zustand der Abkehr von der sozialen Wirklichkeit, verbunden mit dem Versuch, in der Besinnung auf das (scheinbar autonome) Ich die menschlichen Werte unter Ausschluß aller als abträglich erachteten Umwelteinflüsse in der inneren Welt des geistigen und seelischen Lebens zu konsolidieren.“¹⁴ Später ist in dem Lexikonartikel noch vom Abirren in die „fruchtlose Selbstbespiegelung“ die Rede. Das Attribut „fruchtlos“ verrät die Abweisung derjenigen autobiographischen Offenlegung, die nicht auf positive Resultate zielt, wie sie trotz aller Irrungen und Wirrungen erreicht werden sollen.

III. Der Anschein von Objektivität beim Sichern der Lebensspuren

Bei dem ausgestoßenen „Partei- und Staatsfeind“ Janka steht am Ende sein Stolz auf die Selbstbehauptung inmitten aller Lebenskrisen, deren in-

13 J. W. v. Goethe (Anm. 2), 2. Ergänzungsband (Tagebücher), Zürich 1964, S. 302.

14 Claus Träger (Hrsg.), Wörterbuch der Literaturwissenschaft, Leipzig 1989², S. 237f.

neren Folgen aber ausgeblendet oder nur nebenbei klischeehaft benannt werden. Als Titel seiner Autobiographie wurde „Spuren eines Lebens“ gewählt. Das klingt bescheiden, drückt aber doch das Selbstbewußtsein eines Mannes aus, der von sich glaubt, Spuren in der Welt hinterlassen zu haben. Diese Überzeugung braucht, wer sich daran macht, Objekt der literarischen Darstellung zu werden.

Theodor W. Adorno hat, angeregt von Ernst Blochs berühmtem Buch „Spuren“, darauf verwiesen, daß das Wort vom bloßen Registrieren der Tatsachen eine Fährte zur Reflexion legt: „Ein geknickter Zweig, ein Abdruck drunten im Boden spricht zu dem knabenhaft kundigen Auge, das sich nicht bei dem bescheidet, was jeder sieht, sondern spekuliert.“¹⁵ Hier wird auf Indianergeschichten angespielt, auf das Lesen der Bücher von Karl May, das in vielen Autobiographien als frühe Lektüreerfahrung vorkommt. Wäre der Titel noch frei gewesen, hätte Erich Loest seine Autobiographie gern „Spurensicherung“ genannt. Das verweist auf den Alltag des Kriminalisten, der durch logische Verknüpfung, aber auch durch wissenschaftliche und technische Mikrountersuchung Zusammenhänge herstellt und daraus Schlußfolgerungen zieht. Am Faktor Zeit hängt oft die Erfolgsquote. Wer zu spät kommt, kann nichts mehr oder nur wenig sichern: die Spuren sind verwischt und verweht¹⁶. Das ohnehin trügerische Gedächtnis setzt aus; Zeitzeugen, die als Kontrollinstanz mitgedacht werden, leben nicht mehr. Es gehört zu den schwierigsten Entscheidungen des Autobiographen, zu welchem Zeitpunkt er sein Werk für abgeschlossen erklärt und dem Publikum übergibt.

Das in den kriminalistischen Bereich gehörende Wort von der Spurensicherung suggeriert bei der metaphorischen Verwendung fälschlich objektive Verfahren und Methoden. Loests 1981 erschienene Lebensbeschreibung trug schließlich den Titel „Durch die Erde ein Riß“, nach einer Zeile aus einem Stalinedicht Johannes R. Bechers. Der Autor erzählte von sich in der dritten Person und verkürzte sich dabei auf den Anfangsbuchstaben L. Einen gewichtigen Zeitabschnitt bilden die Jahre, die er im Zuchthaus Bautzen verbringen mußte. Die Reduktion des Namens paßt zur Situation des Häftlings, der zur Nummer oder eben zum Buchstaben schrumpfen sollte. Aber die Entschei-

15 Theodor W. Adorno, Notizen zur Literatur II, Frankfurt a. M. 1961, S. 131.

16 Es lag nahe, daß Wolfgang Leonhard seinen 1992 erschienenen Bericht über erst nach über 40 Jahren wieder möglich gewordene Begegnungen mit Orten und Menschen „Spurensuche“ nannte.

dung, nicht in der Ich-Form von sich zu reden, sucht auch den Schein der Objektivität zu verstärken. Der Blick wird von außen auf sich selbst gerichtet. So entsteht Distanz – was verschwiegen werden soll, kann leichter zurückgehalten werden, weil die Lücken nicht so deutlich auffallen: Psychoanalytische Tiefenschärfe kann solcher Sichtweise nicht abverlangt werden.

Auch Stefan Heym hat sich in seiner Autobiographie hinter den Initialen S. H. verborgen. Er trat auf wie ein retrospektiver Reporter in eigener Sache, gestützt auf handfeste Fakten oder deren Surrogate, wie sie das Gedächtnis nun einmal zu speichern bereit und fähig war. „Sein Leben, von ihm selbst erzählt“ hieß einst die deutsche Ausgabe der Selbstbiographie des amerikanischen Staatsmanns und Erfinders Benjamin Franklin. Solch ein Titel erhebt einen Konkurrenzanspruch gegenüber der von fremder Hand verfaßten Biographie. „Sein Leben, von ihm selbst erzählt“ soll eine höhere Art der Exaktheit verbürgen als der knappe Titel „Mein Leben“. Zugleich wird beim Publikum die Illusion genährt, niemand könne die Umstände besser kennen als der Akteur selbst. Der Mann erzählt selbst, nicht irgendein historisierender Rechercheur. Stefan Heym entschloß sich zu Lebzeiten, seinen „Nachruf“ als Buch zu schreiben und herauszugeben, und er nannte es auch so: „Nachruf“. Angeregt hatte ihn dazu der Besuch des Nachrufspezialisten der „New York Times“, der – wie bei diesem Blatt üblich – vor der prophylaktischen Abfassung seines Textes bei dem Autor zum Interview erschienen war.

IV. Günter Schabowski: Die Ohnmacht des roten Bonzen

Autobiographien können die Gratulationsartikel zu runden Geburtstagen und auch die echten Nachrufe, die andere dereinst verfassen werden, beeinflussen. Ist der Ruf erst ruiniert, fällt es auch dem Prominenten schwer, noch seine Korrektur anzubringen. Unter den Teilhabern der Macht im obersten Parteizirkel, im SED-Politbüro, hat nur Günter Schabowski¹⁷ sich geistig so beweglich gezeigt, daß er den Versuch einer Neuorientierung wagte¹⁸.

17 Günter Schabowski, geb. 1929, Journalist, auch Chefredakteur von „Neues Deutschland“, von 1985 bis zum Ende der DDR Erster Sekretär der Berliner SED-Bezirksleitung und Mitglied des Politbüros.

18 Der bloßen Rechtfertigung dienende Bücher, wie sie Günter Mittag, Egon Krenz oder Manfred Gerlach vorlegten, bleiben bei meinem Thema außer Betracht.

Im Klappentext seiner 1991 erschienenen Erinnerungen „Der Absturz“ heißt es: „Dieses Buch ist die unsentimentale Bilanz eines Mannes, der um das Schuldenkonto der von ihm verantworteten Politik weiß.“ Den Bilanzbegriff aus der Betriebswirtschaftslehre metaphorisch zu verwenden kann gefährlich sein. Es liegt zu nahe, vom Konto zu reden, und schon geschieht ein „Buchungsfehler“: statt vom Schuldkonto ist vom Schuldenkonto die Rede.

Das ist dem Verfasser nicht anzulasten, der das Produkt seines Nachdenkens und Aufschreibens kritisch relativiert. Er weiß sich mitten in einem Erkenntnisprozeß, liefert also nur eine Momentaufnahme seiner Einstellung, und er vermag auch nicht reinlich zu scheiden zwischen dem, was er als Machträger sah, wußte und verdrängte, und den seit dem Zusammenbruch gewonnenen unabgeschlossenen, also vorläufigen neuen Wertungen: „Die relative kritische Distanz des Autors zu Politik und Praxis der SED ... ist nicht in allem seine heutige Haltung. Der Text spiegelt auch den Grad an Einsicht wider, der dem innerhalb der Verhältnisse Handelnden zu jener Zeit erreichbar war. ... Wer über sich schreibt, verschweigt – auch wenn das nicht sein Vorsatz ist. Das Gegenteil einer Klarsichtpackung hat ein amerikanischer Publizist Memoiren genannt. Der Autor kann diesem Vorwurf um so weniger entgehen, als Verstrickung in Schuld und Scheitern sein Stoff sind. Er nimmt für sich in Anspruch, daß jedermann in seiner Sicht begrenzt ist. Auch wo er meint, nur authentischer Chronist zu sein, trägt ihn seine Subjektivität.“¹⁹

Die Bescheidenheitsfloskeln sind das heutige Korrelat zur Arroganz des einst Mächtigen. Der Gestürzte macht sich klein, obwohl niemand ihm Allwissenheit unterstellen oder Sichtbegrenzung absprechen will. Kornelia Hauser hat in ihrem schon zitierten Aufsatz „DDR-Wirklichkeit als Arbeit am Gedächtnis“ Schabowskis Erinnerungsbuch als das eines „zwangsgewendeten Machers“ mit einigem Recht sehr kritisch betrachtet. Es ist ihr gelungen, Täuschungsmanöver aufzudecken und unter Heranziehung verlässlicher Quellen auch offensichtliche Lügen zu finden.

Noch interessanter scheint es mir, daß sie hervorhebt, wie sehr sogar Schabowski, obwohl doch einst im Zentrum der Macht, einen Sündenbock braucht. Er heißt Erich Honecker. Gemeint sind nur Name und Funktion. Die Unterwerfung gilt

19 Günter Schabowski, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 7f.

dem sakrosanten Amt, nicht der beinahe unwichtigen Person: „Die Personifizierung des ‚Übels‘ im Generalsekretär entlastet ganz offenbar die Erinnerung. Der Schreiber Schabowski schreibt mehr als er wissen will.“²⁰ Kornelia Hauser zählt es zu den Taten oder Untaten der Mitglieder des Politbüros, daß sie es für richtig hielten, wenn ihre Telefone abgehört wurden. Es nützte ihnen, wenn sie so über sich verfügen ließen und wenn sie sich dadurch die Selbstkontrolle durch Fremdkontrolle erleichterten: „Das Politbüro opferte sich seinem eigenen Gewaltapparat. Aber für sich selbst: die Belohnungsform der Machtvollen, aber Entmündigten, war ihre mögliche Erwählung in höhere Ämter.“²¹

Immerhin läßt sich Schabowski nicht wie so viele andere ins Selbstmitleid treiben, ja die Autobiographie scheint ihn wie eine Autotherapie aufzufangen. Die Zeithistoriker und das auf Sensationen erpichte breitere Publikum, ohne das der Verkaufserfolg ausbliebe, interessieren sich für Geschichten und Anekdoten aus dem inneren Zirkel. Da erzählt Schabowski, was jetzt paßt und ihm paßt, und mancher Zeitgenosse wird da sicher auch geschont. Für die glasklare Analyse der Herrschaftsstruktur dürfte der Insider zu befangen, noch zu befangen sein. Aber an manchen Stellen seines Buches sucht er in kurzen Sätzen sich der eigenen Person zu vergewissern, das Meßbare zu fixieren und sich nichts vorzumachen über die eigene Lage. Dann erweist es sich, daß die Autobiographie zum Haltegriff werden kann, an dem sich der von ganz oben herabgestürzte Verfasser zeitweilig festklammern kann: „Als ich diese Niederschrift begann, war ich 61 Jahre alt. Meine Körperlänge beträgt 184 Zentimeter. Mein Gewicht schwankt zwischen 86 und 88 Kilogramm. Nach Meinung des Arztes ist meine Gesundheit nicht die allerbeste. Ungeachtet medizinischer Unkenrufe wähne ich mich in guter Verfassung. Ein Diplom der Karl-Marx-Universität aus dem Jahre 1962 bescheinigt mir, daß ich Fertigkeiten erworben habe, die mich zu journalistischer Arbeit befähigen. Zur Zeit gehe ich keiner geregelten Arbeit nach.“²²

Am Ende des Abschnitts steht die knappe Feststellung, „ein roter Bonze“ gewesen zu sein. Freilich wird der reuige Sünder, der sich ins Rampenlicht stellt, immer den Vorwurf auf sich ziehen, er sehe sich allzugern in dieser Rolle, die ja auch genießerisch zelebriert werden kann. Die geheime Lust an der Selbstbeschimpfung kann weit tragen. Sie er-

leichtert es, auch über andere harsch zu urteilen. Warum sollte, wer rau und roh mit sich selbst umgeht, andere schonen? Dabei kann das Zitieren der Meinungen anderer davor schützen, der Voreingenommenheit bezichtigt zu werden.

V. Vera Oelschlegel: Die theatralische Opportunistin

Im Abschnitt über Konrad Naumann, der vor seiner Entmachtung 1985 Ambitionen auf die Nachfolge Erich Honeckers hatte, erwähnt Schabowski Vera Oelschlegel²³, die damalige Frau des SED-Spitzenfunktionärs: „Er hatte inzwischen eine Schauspielerin geheiratet, die bald anspruchsvoll in der Kulturszene wirkte. . . . Wenn der Generalsekretär wird“, sagte mir ein Schriftsteller, „dann haben wir eine deutsche Jian Qing“. Er spielte damit auf die Rolle von Maos Frau in der chinesischen Kulturrevolution an.“²⁴

Sie hat ein anderes Bild von sich als diejenigen, denen der Vergleich mit der geltungsbedürftigen, karrieresüchtigen und ideologisch gefährlichen Frau Mao Tse-tungs einfiel. Sie konstruiert in ihrem Erinnerungsbuch den Sinnzusammenhang ihres Lebens aus der späten Perspektive der Frau, die durch die Scheidung und den Fall des Spitzenmannes an Einfluß verlor, aber um den Erhalt ihrer Position um so entschiedener kämpfte.

So beschreibt sie also Monat für Monat das Jahr 1989, in dem die Kulturbürokratie stark verunsichert reagierte, so daß die Theaterleiterin ihrer Spielplangestaltung wegen unter Druck geriet. Indem sie sich derart als Opfer stilisiert, sucht sie ihr in Rückblenden nachgetragenes Leben in den wolkigen Dunstkreis des Widerstehens zu ziehen. Da diese Rechnung aber nicht aufgehen kann, garniert die Autorin ihr Lebensbild mit theatralisch übersteigerten Klischees der unverbindlichen Selbstkauteilung. Dabei reduziert sie die Verantwortung für sich selbst dadurch, daß sie sich als Produkt der Erziehung und Manipulation sieht: „Ich zähle meine Pleiten. Ich bin der Chronist meiner Niederlagen. Mein erstes Leben ist eine einzige Katastrophe. Die blödesten Momente rollen beschämend vor mir ab wie eine Fernsehserie. Meine Vita ist

20 K. Hauser (Anm. 10), S. 247.

21 Ebd.

22 G. Schabowski (Anm. 19), S. 12.

23 Vera Oelschlegel, geb. 1938, Schauspielerin, Brecht-Sängerin, von 1976–1990 Intendantin des von ihr gegründeten Ostberliner „Theaters im Palast (tip)“, seit 1984 auch Lehrtätigkeit an der nach Ernst Busch benannten Hochschule für Schauspielkunst.

24 G. Schabowski (Anm. 19), S. 132.

ein Zerrbild und Spiegel dieser Zeit. Ich bin ein Produkt der Erziehung meiner Mütter und der Manipulation meiner Lehrer und Männer. Ich komme aus dem Bürgertum und habe Karriere in einem Arbeiter- und Bauernstaat gemacht. Ich versuche, die Teile in meinem Konterfei-Puzzle zusammenzusetzen. Bin ich eine Sonderanfertigung, bin ich ein Klischee? Bin ich eine Femme fatale oder eine tüchtige Kuh?“²⁵

Einer Darstellerin, die sich verwandeln können muß, mag es leichter als anderen fallen, die Aufspaltung in übernommene oder nur von außen aufgeprägte Rollen an sich zu beobachten: „Wer war ich denn? Frau, Mutter, Geliebte, Schauspielerin und Regisseurin, Mitglied und Teilnehmerin, Kollegin und Genossin, Intendantin und Ausweisinhaberin, Mitwirkende und Kontrahentin, Mitarbeiterin, Angestellte und künstlerische Intelligenz.“²⁶ Sogar in dieser trivialen Aufreihung zeigt sich das Auseinanderbrechen all der zugeschriebenen und akzeptierten Rollen, wie es in moderner Dichtung vielfach beschrieben und imaginiert wurde. Eine Autobiographie montiert die heterogenen Teile zu einem Ganzen, das Identität verbürgen soll. Erst in der Abbildung entsteht das vorzeigbare Ego. Im Spiegel der Autobiographie wiederholt sich die mit Hilfe des realen Spiegels einst vollzogene frühkindliche Selbstbildung des Ichs. Manches bei der späten Bestandsaufnahme Gefundene wird als Fremdartiges vom „eigentlichen Wesen“ abgehoben und in bequemer, manchmal auch larmoyanter Manier Zurichtung durch Sozialisation genannt und so von sich weggeschoben. Im Widerstand gegen die latente Schizophrenie präsentiert sich das sieghafte Bewußtsein, das in der Autobiographie zu einem Selbst findet. Zur Lebensillusion gehört, sich zur Identität zu überreden.

Vera Oelschlegels geschickte Mixtur aus Naivität und raffiniertem Kalkül enthüllt verräterisch, was die Autorin verbergen wollte. Schauspielereitelkeit verführt sie dazu, Fotos aus ihren Glanzzeiten hinzuzufügen. Fröhlich lachend zeigt sie sich mit Honecker, Schalck-Golodkowski oder Kurt Hager. Sie kann die Teile ihres Lebenspuzzles nicht so zusammenfügen, daß Ansehnliches dabei herauskäme. Da hilft es auch nicht, in übersteigter und überdrehter Lautstärke Fragen an sich selbst zu stellen und dann die Antwort zu verweigern: „War es Eitelkeit, die mich zwang, auf jedem Gruppenfoto zu sein? Möglichst Mitte, erste Reihe? War es blauäugig, naiv, oberflächlich? War

ich feige, war ich 'ne Memme? Ich habe keine Antwort.“²⁷

Aufgeplustert vom Selbstmitleid, wächst die Persönlichkeit. Zweimal hintereinander bemüht sie hochstaplerisch die Grenzen der aufs Alphabet reduzierten Sprache, die vor ihrem Leid und ihrer Seelenqual versage: „Nur sechsundzwanzig Buchstaben für mein Leben, acht Satzzeichen für mein Gefühl.“²⁸

Vera Oelschlegel hat ihr Buch „Wenn das meine Mutter wüßt...“ genannt, in zitathaftem Anklang an eine Stelle im Kap. XIV von Heines „Deutschland. Ein Wintermärchen“, wo der Dichter sich auf Grimms Märchen von der Gänsemagd bezieht. Die Mutter, erst Soldatenfrau, dann „Kriegerwitwe“, bediente sich bei der Erziehung der kleinen Vera in Wort und Bild der Wendung „Wenn das dein Vater wüßt.“ Ihre politische Heimat beschreibt Vera Oelschlegel mit Hilfe der Elternmetapher: „Mein Vater der Staat, meine Mutter die Partei, ich wollte ein Zuhause haben. Ich wollte angekommen sein.“²⁹

VI. Hermann Kant: Die Hektik des Dauerredners

Oft will sich, wer eine Autobiographie schreibt, nicht nur vor einer diffusen Öffentlichkeit, sondern auch vor einer nahen familiären Instanz rechtfertigen. Privates und Politisches verschlingen sich. Hermann Kant³⁰ fühlt sich durch die Aussage seiner Mutter herausgefordert, er sei von den vier Kindern das regierbarste gewesen. Ihr Urteil mag er nur für die Kindheit und die frühe Jugend gelten lassen, da war er brav und neigte nicht zur Rebellion. Aber wie verhielt er sich später, in Amt und Würden?

In seinem 1991 erschienenen Erinnerungsbuch „Abspann“ will er auch beweisen, daß der erwachsene Kant anders war, als die Mutter ihn in Erinnerung hat. Trotz seiner Parteitreue, die er viel stärker verinnerlichte, als das Wort Loyalität ausdrücken kann, will er protestiert und aufbegehrt, den eigenen Kopf durchgesetzt haben: „Ich berichte nicht von einem Leben, das ich hätte führen sollen,

²⁷ Ebd., S. 62.

²⁸ Ebd., S. 268 u. 269.

²⁹ Ebd., S. 7.

³⁰ Hermann Kant, geb. 1926, Elektriker, Soldat, Kriegsgefangener, dann Publizist und Erzähler, von 1978–1990 Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes.

²⁵ Vera Oelschlegel, „Wenn das meine Mutter wüßt...“, Frankfurt a. M.–Berlin 1991, S. 7.

²⁶ Ebd., S. 42.

führen müssen, sondern von einem, das ich führte. Alles soll nach Möglichkeit nur so auf dieses Papier, wie ich es wahrgenommen habe. Gedächtnistäuschung, Ideologie und Erzählerübermut werden ohnehin das Ihre tun. Doch halte ich für gesichert, daß manches Ereignis einfach nicht den Eindruck hinterließ, den es bei richtiger, gar historisch richtiger Betrachtungsweise hätte machen müssen.“³¹

Der Rückzug auf die subjektiv begrenzte Sichtweise hindert Kant nicht, vor dem Publikum stolz mit der eigenen Besserwisserei zu kokettieren. Die ungewollte Selbstenthüllung macht er sich nicht zum Problem. Er selbst soll sein Halt sein: „Ich taste mich zurück zu mir und berühre mich so, daß die Zweifel schwinden.“³² Es gibt ihn wirklich, den Hermann Kant, wie beruhigend für ihn! Er berichte von dem Leben, das er führte, sagt der Schreiber, als sei dieses Leben ihm ungehindert zugänglich und fixierbar, als genüge es, den Film in die Vorführmaschine des Bewußtseins einzulegen und ihn dann abzuspielen.

„Abspann“ hat er sein Buch genannt. Das klingt resignativ und soll auch Trauer und Zorn über das Ende des Gesellschaftssystems mitschwingen lassen, an dem er hing und hängt. Im Text bietet er noch einen zweiten Titel an. Das Buch könnte „Abspann“ oder „Namen spielen eine Rolle“ heißen. Der Abspann, der am Ende des Films die Mitwirkenden nennt, wird hier in seiner Sachbedeutung genommen. Kant benutzt diesen Ausweg, um nicht ins Labyrinth des eigenen verfehlten Lebens hineinzugeraten. So sonnt er sich im Glanz der Prominenten aus aller Welt und schmückt sich mit vielen Namen. Klatsch und Tratsch finden ihren Platz, durchaus reißerisch (mit einem Personenregister fürs rasche Nachschlagen), wenn auch nicht ganz so exhibitionistisch wie bei der Schauspielerin Oelschlegel, mit der der Schriftsteller einmal verheiratet war und die er nun – auch ihres Buches wegen – mit schweigender Verachtung straft.

Der Literat weiß viel über Autobiographien, und er teilt seine Kenntnisse in allerlei Einsprengseln auch mit. Er ist eben vom Fach: „Das Leben, wie es ist, taugt noch nicht zum Buch; es will bearbeitet sein. Der Lebensbericht kann literarische Arbeit durchaus vertragen, doch vor allem muß er triftige Auskunft geben. Wer sich ans autobiographische Sagen macht, hat nicht bedeutend zu sein, aber was er sagt, sollte etwas bedeuten. Steht das nicht schon bei unser aller

Vor-Schreiber, dem Verfasser von ‚Dichtung und Wahrheit‘? Wahrscheinlich, aber auf Naheliegenderes kommt man zur Not auch allein.“³³

Es steht bei Goethe, richtig erinnert, aber wer will, darf das Fahrrad immer aufs neue erfinden. Kant hat sein Leben sehr hektisch bearbeitet. Als er damit anfang, gab es seinen Staat noch, und der dem System Wohlgesinnte wirkte in Ehren und zu dessen Ehren. Dann rutschte das morsche Gebilde weg, und Kant kam mit ihm ins Schleudern. Nun fiel er seinem alten Text ins Wort, und zwischen Rechtfertigung und Trotz pendelte das Baugerüst hin und her, scharfen Winden ausgesetzt. Die Konstruktion des Lebens geriet schief und baufällig, da der Architekt unter ungewolltem Druck arbeiten mußte. So fehlt dem aggressiven Kant aus subjektiven und objektiven Gründen die sanfte ironische Gelassenheit, die Günter de Bruyn³⁴ seinem autobiographischen Buch mitzugeben vermochte, das weder ein eiliges Produkt der „Wende“ ist, noch des Umbruchs wegen umgeschrieben wurde.

VII. Günter de Bruyn: Zurück zu welchen Quellen?

Abgesehen von dem Schlußkapitel, das unmittelbar in die Gegenwart führt, behandelt der Autor Kindheit, Jugend und frühes Erwachsensein in der sowjetischen Besatzungszone. „Zwischenbilanz“ heißt sein Abschlag auf künftige Zahlungen. Von den fragwürdigen Assoziationen zum Kontobuch war schon die Rede. Eine Zwischenbilanz enthält freilich auch ein Versprechen: Fortsetzung folgt! Ausschließen kann der Leser jedoch jeden Verdacht, der Autor sei womöglich noch unsicher in der Bewertung der neuesten politischen Ereignisse im Lande. De Bruyn kann – wie wenige Berufskollegen aus seiner Generation, die in der DDR blieben – Klartext reden, weil er ohne Eifer, aber in stiller Beharrlichkeit auf einem mittleren Weg blieb, der als Startrampe für die utopischen Höhenflüge eines „wahren Sozialismus“ völlig ungeeignet war. So unrealistisch eine bürgerliche Gesellschaftsentwicklung einschließlich der Vereinigung beider Deutschländer auch gewesen sein mochte, de Bruyn hielt sie nie für ein nationales Übel.

Die „Zwischenbilanz“ schließt mit einem Kapitel, das der Schriftsteller „Rückblick auf Künftiges“

31 Hermann Kant, Abspann. Erinnerung an meine Gegenwart, Berlin – Weimar 1991, S. 129.

32 Ebd., S. 103.

33 Ebd., S. 155.

34 Günter de Bruyn, geb. 1926, Soldat, Neulehrer, Bibliothekar, schließlich Erzähler und Essayist.

nennt. Es stellt eine Art Übergang zu dem Folgebild dar, den er seinen Lesern versprochen hat. Dort wird er die Frage zu beantworten haben, warum er sich die Mühsal ersparen konnte, Kommunist zu werden. Jetzt schon benennt er als wesentliche Ursache die Erfahrung mit dem Dritten Reich: „Fahnen und Marschkolonnen, jubelnde Massen und stereotype Parolen, die Perfidie, Zwang als Freiwilligkeit auszugeben, und die erneute Vergottung eines weisen, allmächtigen Führers erzeugten gleiche psychische Reaktionen, die bei mir als Widerwillen auftraten, vermischt mit Angst.“³⁵

De Bruyns Essays zeigen, daß diese Position durchaus vereinbar ist mit selbstkritischen Bewertungen der eigenen Feigheit und Kompromißbereitschaft. Aber schwierig wird die Beschreibung der Konflikte schon deswegen werden, weil das freundliche Naturell des Verfassers der kräftigen Polemik gegen lebende Zeitgenossen, vor allem gegen lebende *Zeit-Genossen*, manchmal im Wege steht. Er weiß, daß es für ihn nicht leicht werden wird, authentisch zu bleiben, je näher er an die Gegenwart oder an die gerade erst gewesene Vergangenheit herankommen will.

So verhält sich klug, wer erst einmal Teillieferungen anbietet; Verantwortung haben und Versagen liegen eng beieinander, in jedermanns Leben. So fällt es leichter, von Zeiten zu reden, in denen man heranwuchs und „heranreife“, wie das beliebte schönfärberische Wort heißt. Später wird einer nur an den Ergebnissen gemessen, an seinen Früchten soll er erkannt werden: „Überhaupt ist die bedeutendste Epoche eines Individuums die der Entwicklung, welche sich in meinem Fall mit den ausführlichen Bänden von Wahrheit und Dichtung abschließt. Später beginnt der Konflikt mit der Welt, und dieser hat nur insofern Interesse, als etwas dabei herauskommt.“³⁶ Wieder einmal Einsichten Goethes, der auch den Geheimniskrämern die Argumente zuspießt, die konfliktreiche Zeiten lieber aussparen möchten, wie es der Staatsmann von Weimar vormachte: „Ich würde Vielen weh, vielleicht nur Wenigen wohl, mir selbst niemals Genüge tun, wozu das? Bin ich doch froh, mein Leben hinter mir zu haben; was ich geworden und geleistet, mag die Welt wissen; wie es im Einzelnen zugegangen, bleibe mein eigenstes Geheimnis.“³⁷

35 Günter de Bruyn, *Zwischenbilanz*, Frankfurt a. M. 1992, S. 376.

36 J. W. v. Goethe (Anm. 2), Bd. 24 (Eckermann, Gespräche mit Goethe), Zürich 1948, S. 82.

37 Ernst Grumach (Hrsg.), *Kanzler von Müllers Unterhaltungen mit Goethe*, Weimar 1956, S. 281.

Hermann Kants Romane und Erzählungen waren fast durchweg autobiographischer Natur – „Die Aula“, „Der Aufenthalt“ oder „Die Summe“ sind charakteristische Beispiele. In seiner Autobiographie wollte er nachtragen, was er im epischen Werk noch nicht untergebracht hatte. Günter de Bruyns wichtigste Prosabücher, „Märkische Forschungen“ und „Neue Herrlichkeit“, hingegen haben keine so auffällige autobiographische Grundlage. Für diesen Autor besteht eine klare Trennungslinie zwischen Fiktion und Autobiographie. „Mit achtzig gedenke ich, Bilanz über mein Leben zu ziehen; die Zwischenbilanz, die ich mit sechzig beginne, soll eine Vorübung sein: ein Training im Ich-Sagen, im Auskunftgeben ohne Verhüllung durch Fiktion. Nachdem ich in Romanen und Erzählungen lange um mein Leben herumgeschrieben habe, versuche ich jetzt, es direkt darzustellen, unverschönt, unüberhöht, unmaskiert. Der berufsmäßige Lügner übt, die Wahrheit zu sagen. Er verspricht, was er sagt, ehrlich zu sagen; alles zu sagen, verspricht er nicht.“³⁸

Das ist ironisch zu nehmen, Thomas Mann und Theodor Fontane lassen grüßen. Der Topos vom belletristischen Erfinder als dem berufsmäßigen Lügner muß dazu herhalten, der Autobiographie eine höhere Wahrheit zu verschaffen. Wer sagt, er habe bisher um sein Leben herumgeschrieben, sei ihm also ausgewichen, spielt mit der abwegigen Idee, die Autobiographie sei nicht ein Nebenwerk, sondern der Gipfel, die Krönung eines Autorenlebens. Der Schreibimpuls freilich wird durch die arbeitstechnische Hypothese befördert und angetrieben. Der Autor setzt sich unter Druck, er will bewußt nicht ins Dazuerfinden ausweichen. Er sträubt sich gegen den autobiographischen Roman, wie ihn Christa Wolf mit „Kindheitsmuster“ oder Erwin Strittmatter mit den weitausholenden Trilogien „Der Wundertäter“ und „Der Laden“ vorlegten. Indem man sich andere Namen gab, Nelly Jordan oder Stanislaus Büdner, erwarb man sich Fabulierfreiheit. De Bruyns Entscheidung zwingt hingegen zu Strenge, zu diszipliniertem Erzählen. Der Autor will eine andere Art Buch schreiben als bisher. Daß er dennoch erfinden muß, wo die Erinnerung versagt oder der Zusammenhang des gelebten Lebens ergänzende Hinzufügung verlangt, ist unvermeidlich, weil es die wahre, die „dokumentarische“ Autobiographie nicht wirklich, sondern nur als utopischen Entwurf geben kann.

De Bruyn räumt ein, daß man Wirklichkeit durch Erzählen nur schattenhaft wiederbelebe, wenn die

38 G. de Bruyn (Anm. 35), S. 7.

Fähigkeit fehle, sie um Mögliches, das wie Wirkliches wirkt, zu ergänzen: „Tatsachenberichte einfalllos aneinandergereiht, ergeben nur blasse Geschichten, erst die Erfindung verleiht ihnen Kontur.“³⁹ Beim Umgang mit frühen Quellen, den Familienfotos oder den Erzählungen, in denen das Kind Günter die Hauptperson ist, überkommt den Schreiber der naheliegende Verdacht, vieles was er über seine Uranfänge wisse, habe er nur von den Erwachsenen übernommen. Auch das hat Goethe unwiderlegbar vorformuliert: „Wenn man sich erinnern will, was uns in der frühesten Zeit der Jugend begegnet ist, so kommt man oft in den Fall, dasjenige, was wir von anderen gehört, mit dem zu verwechseln, was wir wirklich aus eigener anschauer Erfahrung besitzen.“⁴⁰

VIII. Heiner Müller: Von wem ist die Rede?

Auch der Dramatiker Heiner Müller⁴¹ verläßt sich in den beiden ersten Sätzen seiner kürzlich erschienenen Lebensbeschreibung auf die Zeugenaussage ihm nahestehender Personen. Seine Mutter dürfte die Gewährsfrau für die lapidare biologisch-medizinische Beschreibung des Anfangs gewesen sein: „Ich war eine schwere Geburt. Sie hat lange gedauert, von früh bis neun Uhr abends. 9. Januar 1929.“⁴²

Das erste Wort im Buch heißt „Ich“, obwohl es nach Müllers Meinung und nach dem vorangestellten Motto wohl das Fragwürdigste ist, das es überhaupt gibt: „Soll ich von mir reden Ich wer/von wem ist die Rede wenn/von mir die Rede geht Ich wer ist das.“⁴³ Vielleicht ginge zu weit, wer Müller den Satz unterstellen wollte: „Übereinstimmungen mit mir selbst wären rein zufällig“, aber der Nachweis unzähliger Ungereimtheiten könnte den Autor jedenfalls am allerwenigsten überraschen. Denn er hat sich eine Art Generalpardon ausgestellt, obwohl er gern den Eindruck erweckt, hart und illusionslos mit sich umzugehen: „Bis zu mei-

nem Tod muß ich mit meinen Widersprüchen leben, mir selbst so fremd wie möglich.“⁴⁴

Das steht in dem Nachwort (vom April 1992), dem – sieht man von den Dokumenten im Anhang ab – einzigen Textstück des Buches, das wirklich *geschrieben* wurde. Mehreren Literaten-Autoren und Lektoren beiderlei Geschlechts, die beim Gespräch Müllers Gegenüber abgaben und später als Kürzer und Bearbeiter wirkten, dankt Müller, ehe er zu einem Schlußsatz anhebt, der zu kritischer Interpretation herausfordert: „Sie haben mehr als tausend Seiten Gespräch, das über weite Strecken auch Geschwätz war, auf einen Text reduziert, den ich überarbeiten, wenn auch in der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu Literatur machen konnte.“⁴⁵ Aber wenn das, was wir lesen, gar keine Literatur wurde, wie kann es dann überhaupt eine Autobiographie sein? Der Verlag hat dieses Wort auch nur auf den Schutzumschlag gemogelt, einmal in den Klappentext und ein anderes Mal in unanständig großen Buchstaben auf die Rückseite mit dem Bild des Autors. Im Buch selbst findet sich hingegen nur der Titel „Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen“. Bewußt vermeidet Müller das besitzanzeigende Fürwort. Nicht „mein Leben“ steht im Mittelpunkt, sondern das der anderen, der Zeitgenossen.

Daß zu wenig Zeit blieb zur Umwandlung des Rohstoffs in gestaltete Literatur, kann nur als ein äußerer, also nicht seriöser Grund geltend gemacht werden. Einen größeren Aufwand an Energie wollte Müller nicht auf ein solches Projekt verschwenden. Das liegt an seiner prinzipiellen Trennung von Leben und Werk, für das eigene Erfahrung ohne Eigenwert bleibt, wenn sie nicht ins Material eingeschmolzen und so unkenntlich gemacht werden kann. Das Buch dokumentiert auf mehr als dreihundert Seiten die Weigerung, eine „Selbstbeschreibung“ zu liefern. Das Nachwort gibt dafür subjektive und objektive Erklärungen, wobei die objektiven so viel oder so wenig überzeugen wie die schon seit Jahrzehnten mit Geburtsanzeigen konkurrierenden Leichenreden zum „Tod des Romans“: „Mein Interesse an meiner Person reicht zum Schreiben einer Autobiographie nicht aus. Mein Interesse an mir ist am heftigsten, wenn ich über andre rede. Ich brauche meine Zeit, um über andres zu schreiben als über meine Person. Deshalb der vorliegende disparate Text, der problematisch bleibt. Die Kunst des Erzählens ist verlorengegangen, auch mir seit dem Verschwinden des Er-

39 Ebd., S. 29.

40 J. W. v. Goethe (Anm. 2), Bd. 10 (Dichtung und Wahrheit), Zürich 1948, S. 15.

41 Heiner Müller, geb. 1929, nach amerikanischer Gefangenschaft Büroangestellter, dann Journalist, Schriftsteller und Regisseur. Seit Mitte 1990 (vermutlich letzter) Präsident der Akademie der Künste in Ostberlin.

42 Heiner Müller, Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, Köln 1992, S. 13.

43 Ebd., S. 11.

44 Ebd., S. 366.

45 Ebd., S. 366f.

zählers in den Medien, der Erzählung in der Schrift.“⁴⁶

Müllers Erinnerungsarbeit brachte *gesprochene* Memoiren zutage, wobei die Befrager als menschliche Katalysatoren aus dem versteinerten Gedächtnis manche Brocken loslösen halfen. Müller blieb jedoch immer der Herr des Gesprächs. Die „grenzüberschreitende Verführung“, die bei der „oral history“ zur Interviewtechnik gehört, hat bei einem sprachversierten Prominenten kaum Chancen.

Müller bestätigt mit seiner jüngsten Publikation, daß die Sinnkonstruktion seines Lebens sich aus einer Mixtur anarchistischer, kommunistischer, existentialistischer und geschichtsfatalistischer Momente speist, denen jedoch durchweg Skepsis und Selbstzweifel, aber auch eine gewisse Schüchternheit, beigemischt sind. Radikale Positionen vertritt er ohne jeden Fanatismus. In Demutsformeln von der Art, er nehme sein Leben nicht so wichtig, steckt freilich dieselbe Koketterie, die dem Leser schon aus seinem Buchtitel „Gesammelte Irrtümer“ vertraut ist. Jetzt hat er das Scheitern der Autobiographie zum Bestandteil des Projekts und seiner Realisierung erklärt. Damit trieb er die Ein-

sicht auf die Spitze, daß Lebensdarstellung, die wenigen „unumstößlichen Fakten“ abgerechnet, Erfindung von Wahrheit ist.

Am Ideal gemessen muß jede Autobiographie mißlingen. Denn selbst das auserwählte Genie kennt weder sich selbst noch die Zeit und die Welt außer uns und um uns herum, und vieles von dem, was es zu wissen meint, erscheint ihm nicht mitteilbar. Ein letztes Mal sei Goethe, der gleichwohl eine meisterhafte und sehr schweigsame Autobiographie hinterließ, als Zeuge dafür benannt: „Denn dieses scheint die Hauptaufgabe der Biographie zu sein, den Menschen in seinen Zeitverhältnissen darzustellen, und zu zeigen, inwiefern ihm das Ganze widerstrebt, inwiefern es ihn begünstigt, wie er sich eine Welt- und Menschenansicht daraus gebildet und wie er sie, wenn er Künstler, Dichter, Schriftsteller ist, wieder nach außen abgespiegelt. Hierzu wird aber ein kaum Erreichbares gefordert, daß nämlich das Individuum sich und sein Jahrhundert kenne, sich, inwiefern es unter allen Umständen dasselbe geblieben, das Jahrhundert, als welches sowohl den Willigen wie den Unwilligen mit sich fortreißt, bestimmt und bildet...“⁴⁷.

46 Ebd., S. 366.

47 J. W. v. Goethe (Anm. 40), S. 13f.

Auf dem Weg zur stabilen gesamtdeutschen Demokratie?

Soziologische Betrachtungen zum Prozeß der deutschen Einheit

I. Vorbemerkungen

Die deutsche Einheit hat eine der Grundfragen der Soziologie wieder in den Vordergrund gerückt: Wie sind stabile Gesellschaften möglich und weiter, wie sind *stabile demokratische Gesellschaften* möglich? Die empirische vergleichende Sozialforschung entwickelte in Beantwortung dieser Fragen nach dem Zweiten Weltkrieg gewisse Standards, die erfüllt sein mußten, wenn eine Gesellschaft als stabile Demokratie bezeichnet werden sollte¹.

Stark vereinfacht gesagt, sind danach für eine stabile Demokratie aktive, selbständig entscheidende, an der Politik interessierte Bürger ebenso wichtig wie Institutionen, die demokratisches Handeln ermöglichen.

Für empirische Vergleiche dienten die Vereinigten Staaten und Großbritannien als Referenzgesellschaften. Die Standards konnten überprüft werden, und es ließ sich zum Beispiel nachzeichnen, wie sich die Bundesrepublik Deutschland über dreißig Jahre hinweg von einer eher instabilen Demokratie zu einer recht stabilen demokratischen Gesellschaft entwickelte.

Für die DDR lagen praktisch keine Daten vor, die Aussagen über das Demokratieverständnis der Bürger erlaubten, offensichtlich war jedoch das Fehlen von Organisationen und Institutionen, die Bürgern demokratisches Handeln ermöglicht hätten. Andererseits gab es nur wenig Hinweise auf echte Instabilitäten der DDR als eine der Ankergesellschaften des Ostblocks, die erst in sich zusammenbrach, als Polen, Ungarn und vor allem die Sowjetunion als Hegemonialmacht in die Krise gerieten.

Lange Zeit sah es deshalb so aus, als seien die DDR und die Bundesrepublik zwei stabile Gesell-

schaften, die ihre jeweils unterschiedliche Entwicklung innerhalb der Blockwelten des Ostens und Westens nahmen. Die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990 bedeutete die Verbindung einer stabilen westlichen Demokratie mit einer Region von 16 Millionen Einwohnern, die im Augenblick des Übergangs immer noch den Eindruck erweckte, als handele es sich um eine zwar totalitäre, aber stabile Gesellschaft.

Daß die Vereinigung zweier gegensätzlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme nicht ohne Sprünge und Risse vonstatten gehen kann, dürfte selbstverständlich sein. Es stellt sich jedoch die Frage, ob und wo diese eine solche Größe annehmen, daß daraus Zerreißproben für die Gesellschaft werden, Rückfälle in autoritäre Zeiten und ein Abbau demokratischer Kultur folgen. Zwei Jahre sind selbstverständlich ein zu kurzer Zeitraum, um schon Abschließendes über den Prozeß des Zusammenschlusses beider deutscher Staaten sagen zu können. Es ist jedoch möglich, auf Rißstellen sowohl im Sozialgefüge als auch in der politischen Kultur zu deuten. Im folgenden werden sowohl Risse untersucht, über die wir alle Tage hören und lesen, wie z. B. den wachsenden Fremdenhaß, als auch solche, die etwas außerhalb des Interesses liegen, wie die Probleme eines ungleichen Arbeitsrechts in den neuen und alten Teilen Deutschlands.

Die Verbindung beider deutscher Staaten wirft neben der Frage nach einer stabilen demokratischen Gesellschaft das ganz praktische *Problem der Zusammenfügung* oder *Synchronisation* ungleicher sozialer Systeme auf. Dabei wird die Zeit zum doppelten Problem: Zum ersten können nicht einmal die wenigen, im folgenden zu nennenden Probleme sofort und gleichzeitig gelöst werden. Die Gesellschaft benötigt Zeit, um sie nacheinander bearbeiten zu können. Die Politik steht vor der schwierigen Aufgabe, Prioritäten setzen, d. h., die dringende Lösung bestimmter Probleme verschieben zu müssen, was zu politischen Konflikten führen kann. Zum andern zeigen sich die Unterschiede in den politischen Kulturen und anderen

1 Vgl. Daniel Bell, *The coming of Post-Industrial Society*, New York 1973; Gabriel Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture*, Boston 1965.

gesellschaftlichen Bereichen auch als *zeitversetzte Phänomene*. Zum Beispiel könnte man die eher staatsorientierte Haltung der Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern mit der Situation in Westdeutschland um 1960 vergleichen. Heute ist die Mehrheit der Menschen in den alten Bundesländern für eine aktive Teilhabe der einzelnen Bürger an der Macht.

Eine Frage der praktischen Politik ist sicher, an welchem der beiden Systeme die Synchronisation auszurichten sein wird. Bei den politischen Einstellungen der Bürger mag die Dominanz noch eindeutig bei den alten Bundesländern liegen, wie das aber zum Beispiel bei der Frage des Autoritätsanspruches (Autoritarismus) innerhalb der Verwaltungen sein wird, ist heute noch offen.

Im folgenden werden eine Reihe von möglichen Problemkonstellationen unter den Gesichtspunkten einer stabilen Demokratie und der Frage der Zeit, die für die Stabilisierung bzw. Lösung von Konflikten nötig sein wird, untersucht. Zwischen die soziologischen Betrachtungen werden Episoden alltäglichen Lebens aus dem Jahr 1989 eingebettet, damit der Bezug zur real existierenden Wirklichkeit nicht allzusehr hinter den theoretischen Überlegungen verloren geht.

Erste Episode

An einem diesigen Tag im Herbst 1989 bin ich – zum letzten Mal von West nach Ost – auf dem Weg zu einer internationalen Konferenz in – nennen wir es Aue nahe der tschechischen Grenze. In dieser Woche wollen Soziologen aus beiden Teilen Europas über Methodenprobleme sprechen. In eben dieser Woche werden Züge mit Flüchtlingen aus der Prager Botschaft über Dresden in die Bundesrepublik Deutschland fahren. Aue, ein kleiner, abgeschiedener Ferienort im Erzgebirge, wird beherrscht vom Tagungsheim der Akademie der Wissenschaften. Großzügig und modern ist es, aber man schläft in Doppelzimmern, und das Radio steht auf Bayern III.

II. Zur Struktur-Qualitäts-Differenz zwischen alten und neuen Bundesländern

Hautnah sind jedem die vier Wände, die Wohnung, deswegen beginnen die ost-westlichen Betrachtungen mit diesem Thema, aber auch, weil

sich hier wohl auf längere Zeit zwei unterschiedliche Lebenswelten gegenüberstehen werden.

Im Westen herrscht Wohnungsnot durch exorbitant hohe Mieten und Nobelsanierungen bei gleichzeitig niedrigen Renditen im normalen Wohnungsbau, die diesen nicht als gute Geldanlage erscheinen lassen. Im Osten gibt es eine große Anzahl nicht mehr bewohnbarer Wohnungen, einen ganze Stadt- und Landbezirke umfassenden maroden Baubestand. Eine der wenigen offiziellen Statistiken zur Wohnungssituation in Ost und West verschleiert den dramatischen qualitativen Unterschied eher, als daß sie ihn erhellte: Für 1987 sind sowohl für die DDR als auch für die Bundesrepublik 2,4 Einwohner pro Wohneinheit errechnet worden². Anders sieht die Statistik aus, wenn man die Qualität der Wohnungen berücksichtigt. So wurden 1987 noch für 30 Prozent der Wohnungen in der DDR Außentoiletten angegeben, während Vergleichszahlen für die Bundesrepublik bei etwa fünf Prozent liegen. Die Autoren des Datenreport 1992 bemerken dazu: „Im Vergleich zu den alten Bundesländern besteht im Gebiet der ehemaligen DDR in der Ausstattung der Wohnungen ein Rückstand von zwei Jahrzehnten. Dabei gibt es starke regionale Unterschiede. So ist z.B. im Land Sachsen der Anteil schlecht ausgestatteter Wohnungen überdurchschnittlich hoch, während in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Wohnungen relativ am besten ausgestattet sind.“³

Die sichtbaren Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern liegen hier also nicht in der Struktur, ausgedrückt durch die Zahl der Bewohner pro Wohnung, sondern in der Qualität. Die Differenz zwischen scheinbarer Strukturähnlichkeit und enormen Qualitätsunterschieden spiegelt sich in allen Bereichen der neuen Bundesrepublik.

Exkurs: Sozialstruktur und politische Kultur

Das Phänomen der Struktur-Qualitäts-Differenz macht sozialstrukturelle Betrachtungen nicht einfach. Insbesondere kann der früher fast immer gültige Schluß von der Sozialstruktur auf die Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung beim direkten Ost-West-Vergleich nicht gezogen werden.

2 Vgl. den Abschnitt Wohnen in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem WZB und ZUMA, Datenreport 1992 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992.

3 Ebd., S. 143.

Normalerweise stellt man Einstellungsunterschiede fest und ermittelt dann nach gängigen Theorien den Einfluß von Strukturmerkmalen wie z.B. Geschlecht, Alter, Bildung, berufliche Stellung etc. auf die verschiedenen Einstellungsmuster. Dabei werden Einflüsse der Politik auf Form und Inhalt der Bildung, auf Zugang zu Berufen nicht berücksichtigt, weil sie in der Regel nur sehr langfristig wirksam werden. Beim Ost-West-Vergleich sieht man dagegen auf den ersten Blick massive Unterschiede. Der naheliegenden Erklärung, wonach Einstellungsunterschiede auf die offensichtlichen Unterschiede in Wohnqualität, Einkommen, Bildung und Erwerbstätigkeit zurückzuführen sind, sperren sich aber die Daten und auch die tiefere Einsicht: Manches sieht ähnlich aus und ist doch unterschiedlich, anderes zeigt sich unterschiedlich und ist doch ähnlich⁴.

Am Beispiel des Vergleichs alter und neuer Bundesländer wird sehr deutlich, wie prägend der Einfluß der Politik auf die politische Kultur, die Wirtschaft und auf die Sozialstruktur ist. Vergleichende soziologische Betrachtungen können an dieser Stelle nur auf Basis der Gegenüberstellung von Struktur und politischer Kultur sowie von individueller Sichtweise und allgemeiner Betrachtung angestellt werden.

Zweite Episode

Am letzten Tag des internationalen Treffens in Aue – die Züge aus Prag fuhren in den Nächten zuvor durch Dresden – trug Professor W. aus Westdeutschland komplexe Modelle der Synergie vor. Er wählte als Beispiel Wanderungsbewegungen großer Bevölkerungsteile zwischen verschiedenen Regionen als Ergebnis ganz individueller Bewertungen der Vorzüge und Nachteile zweier Regionen. Klar und deutlich erläuterte er, selbstverständlich streng mathematisch, was sich nächstens auf den Bahngleisen der DDR zutrug. Die Stasi schrieb fleißig mit, das Publikum verstand, worum es ging.

III. Ost-West-Wanderung und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

Schon vor 1990 gab es in der Bundesrepublik eine anhaltende Diskussion zum Thema „Einwanderungsland Bundesrepublik“. Kurz vor der deut-

lichen Vereinigung gipfelte die Diskussion in der Frage, ob die Bundesrepublik eine multikulturelle Gesellschaft oder zumindest auf dem Weg dahin sei. Die Antwort, die die Geschichte gegeben hat, lautet: Die Bundesrepublik ist derzeit mindestens eine bikulturelle Gesellschaft. Immerhin gibt es Schätzungen, nach denen etwa ein Drittel der Bevölkerung der alten Bundesländer außerhalb geboren wurde oder erst in der zweiten Generation in den Grenzen der alten Bundesrepublik lebt. Unabhängig von den politischen Definitionen, was ein Übersiedler, Aussiedler oder ein Einwanderer sein soll, ist die nunmehr fast fünfzig Jahre andauernde Einwanderungsbewegung in die alten Bundesländer ein Faktum.

Die DDR war immer ein Land, aus dem Menschen so gern und in solcher Größenordnung weggingen, daß ein erheblicher Teil der Staatsressourcen der Verhinderung oder zumindest der Eindämmung der Wegzugswelle (bis zu 30 000 Menschen verließen vor dem Bau der Mauer 1961 täglich das Land) gewidmet wurde. Insofern war die DDR ein klassisch autoritäres Auswanderungsland, klassisch autoritär auch hinsichtlich der Hinauswurfmentalität, wie wir sie aus der Geschichte des Absolutismus gut kennen.

Strukturell drückte sich das für die DDR in einem kontinuierlichen Bevölkerungsschwund aus (rund 3,5 Millionen Menschen haben die DDR während der Dauer ihrer Existenz verlassen), einer Entvölkerung, die man auch an den Zahlen zur Bevölkerungsdichte gut ablesen kann: 1989 betrug die Spannweite in den alten Bundesländern bspw. 502 Personen pro Quadratkilometer in Nordrhein-Westfalen und 159 in Bayern. In den neuen Bundesländern belief sie sich auf 267 in Sachsen und 91 in Brandenburg. Welchen qualitativen Effekt der anhaltende Wegzug, begleitet von Ausbürgerungen, auf die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR hatte, kann nur vermutet werden. Aus der Sicht der Staats- und Parteiführung wollten die Unruhestifter, die Unzufriedenen und Uneinsichtigen gehen. Aus westlicher Sicht waren das nicht selten die Aktivsten, die Aufstrebenden. Ob Unruhestifter oder Aufstrebende, gemeinsam ist beiden Vorstellungen das Moment der Bewegung, der Dynamik. Es stellt sich die Frage, ob in den neuen Bundesländern heute genug unruhige, aktive Bürger zur Bewältigung der künftigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufgaben leben und ob in den alten Bundesländern noch ausreichend Platz für die nach wie vor Umzugswilligen ist. Aussagekräftige Daten dazu werden wohl erst in einigen Jahren vorliegen.

⁴ Vgl. dagegen Erwin und Ute Scheuch, *Wie deutsch sind die Deutschen?*, Bergisch-Gladbach 1991, insbesondere S. 399 ff.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann man mit aller Vorsicht zwei Trends aufzeigen: Der eine deutet auf eine anhaltende große Ost-West-Wanderung innerhalb der Bundesrepublik, der andere auf eine wachsende Abneigung gegen Fremde.

1. Ost-West-Wanderung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland als Folge wirtschaftlichen und ökologischen Attraktivitätsgefälles

Indizien für den ersten Trend, die anhaltenden Wanderungen von Ost nach West, sind zum einen die wirtschaftliche und ökologische Situation Ostdeutschlands und zum anderen die individuelle Bewertung der beruflichen und sonstigen Entwicklungsmöglichkeiten (Möglichkeitshorizonte) in Ost und West. Die Indikatoren wirtschaftlichen Fortschritts deuten auf eine sehr disparate Entwicklung in den neuen Bundesländern hin. In einigen Regionen könnten sich z.B. durch Großinvestitionen Wohlstandinseln bilden, die in hartem Kontrast zum jeweiligen Umland stehen werden. Insgesamt wird auf längere Zeit ein Wohlstandsgefälle zwischen alten und neuen Bundesländern bestehen bleiben, welches das Nord-Süd-Gefälle in den alten Bundesländern bei weitem übertrifft. Zugleich erscheint es notwendig, weite Teile der neuen Bundesländer ökologisch zu sanieren. Auch das wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Unter Imagegesichtspunkten kann über eine Landschaft nichts Negativeres gesagt werden, als daß sie ein ökologischer Problemfall sei. Die Attraktivität der neuen Bundesländer als Wohnort oder potentiell Wanderungsziel wird durch diese beiden sich gegenseitig verstärkenden Faktoren nicht gefördert. Die wirtschaftliche und ökologische Attraktivität einer Region sind wesentliche Faktoren für individuelle Umzugsentscheidungen, insbesondere dann, wenn auch die Chancen für die Kinder mitbedacht werden.

Zu den *ökonomisch-ökologischen Faktoren* gesellt sich als weiterer der *Möglichkeitshorizont* von Bürgern in Ost- und Westdeutschland hinzu. Fragte man im Sommer 1991 in *allen* Bundesländern, ob ein Umzug in eines der neuen Bundesländer bzw. eines der alten Bundesländer vorstellbar sei, antwortete ein Viertel der Bürger West mit „Ja“; in den neuen Bundesländern konnte sich sogar ein Drittel der Befragten vorstellen, in eines der alten Länder zu ziehen⁵. Bei aller Vorsicht, die bei der

Interpretation solcher spekulativer Antworten angezeigt ist, erscheint es doch nicht überzogen, dies als ein Indiz für die subjektiven Möglichkeitshorizonte der Befragten zu werten. Selbst die rein theoretische Überlegung, ob man eventuell da oder dort leben wolle, wird in den alten Bundesländern viel weniger angestellt als in den neuen.

Die starke Westorientierung der Bürger in den alten Bundesländern und die Konzentration der Ostdeutschen auf Westdeutschland als Wanderungsziel wird durch die Frage nach einem möglichen Umzug in ein anderes Land der Europäischen Gemeinschaft deutlich: Das kann sich ein Drittel der Bürger in den alten Bundesländern, aber nur ein gutes Zehntel der Bürger in den neuen Bundesländern vorstellen.

Die Aussage, es gäbe einen anhaltenden Trend zu Ost-West-Wanderungen, wird also genährt aus dem Faktum eines wirtschaftlichen und ökologischen Attraktivitätsgefälles zwischen Ost und West und der feststehenden Blickrichtung aller Bürger Deutschlands in Richtung Westen.

2. Zur Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern

Als eine der negativsten Eigenschaften der Bürger in den neuen Bundesländern gilt hierzulande inzwischen deren angebliche Fremdenfeindlichkeit oder Xenophobie. Der Beweis wird mittels Mikrophon und Kamera angetreten, vor der die Menschen sich ungeniert fremdenfeindlich äußern. *Gegen eine besondere Xenophobie der Ostdeutschen* scheinen Ergebnisse aus einer Umfrage zu sprechen, in der nach Zuzugsbeschränkungen von Aussiedlern oder Asylanten gefragt wurde: Es konnte kein nennenswerter Unterschied zwischen den Bürgern der alten und neuen Bundesländer ermittelt werden. Fremdenfeindlichkeit zu erfragen, so die sozialwissenschaftliche Erfahrung, ist allerdings eines der schwierigsten Unterfangen, fallen doch besonders hier sprachliche Äußerungen und tatsächliches soziales Verhalten auseinander. Aussagen zu solchen Fragen sind zudem immer von sozialer Kontrolle geleitet; je nachdem, wer in wel-

Braun, beide ZUMA Mannheim, Erwin K. Scheuch, Universität zu Köln, und Michael Häder, Akademie der Wissenschaften Berlin. Die Daten der Studie sind über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln zu beziehen. Es wurden jeweils etwa 1500 Bürger in beiden deutschen Regionen befragt. Wenn im folgenden keine anderen Referenzen angegeben werden, handelt es sich in jedem Fall um Ergebnisse dieser Studie. Eine Aufgliederung der Umzugsbereitschaft nach Bildungsabschlüssen zeigt, daß in beiden Regionen Deutschlands die besser Gebildeten eher zum Umzug in die andere Region bereit sind.

⁵ Die Daten stammen aus der BASELINE 1991 Studie des ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften; Gemeinschaftsprojekt von ZUMA Mannheim und Zentralarchiv Köln). Die Studie wurde von der DFG gefördert; Antragsteller waren Peter Ph. Mohler und Michael

chem Kontext wen fragt, erhält man höchst unterschiedliche Antworten, die dann mit beobachtbarem Verhalten der Befragten oft wenig zu tun haben.

Zu fragen ist in diesem Fall, von welchen Normen und Werten das Verhalten Ausländern und Fremden gegenüber im allgemeinen geleitet wird. Hier gibt es tatsächlich einen wesentlichen Unterschied zwischen der Tradition der alten und der der neuen Bundesländer. Während im Westen Xenophobie insbesondere gegenüber dem Judentum als sozial unerwünscht galt, war dies in der DDR offensichtlich kein Thema von *praktischer* politischer Relevanz. Anders gesagt, in den alten Bundesländern gab und gibt es eine Erziehung gegen Antisemitismus im besonderen und Fremdenfeindlichkeit im allgemeinen. Unabhängig davon, wie viele Menschen tatsächlich insgeheim antisemitisch *denken* – dies öffentlich zu äußern, ist nicht opportun; es führt in der Regel zur Ausgrenzung, einer der schärfsten gesellschaftlichen Sanktionen.

In der DDR waren Antisemitismus und Xenophobie – weil kaum praktisch lebbar – keine politisch brisanten Themen, und somit waren entsprechende Äußerungen auch nicht mit der Strafe der gesellschaftlichen Ächtung belegt. Vietnamesen wurden z.B. „Fidschis“ genannt – das war allgemeiner Sprachgebrauch. Sich öffentlich fremdenfeindlich zu äußern ist demnach für ehemalige DDR-Bürger keine besondere Sache. Weil sie so leicht über das im Westen tabuierte Thema sprachen, mag der Eindruck entstanden sein, die Bürger der neuen Bundesländer seien sehr fremdenfeindlich.

Nun kann man aber heute in beiden Teilen Deutschlands eine Zunahme an fremdenfeindlichen Handlungen erleben, wobei der Schwerpunkt – man denke nur an Hoyerswerda, Eberswalde, Rostock – offenbar tatsächlich in den neuen Bundesländern liegt. Zwei miteinander verwobene Ursachen scheinen sich hier verhängnisvoll zu ergänzen und zu verstärken: Die eine ist die erwähnte Unbefangenheit im sprachlichen Umgang in den neuen Bundesländern. Wenn nun Thüringer oder Sachsen wegen fremdenfeindlicher Äußerungen nicht ausgegrenzt werden, warum sollen es ihnen dann die Hessen und Bayern nicht nachtun? In der Folge kann es zu einem Aufweichen der Tabuisierung in den alten Bundesländern kommen und damit zu einer Synchronisation des sozialen Systems nach dem *Standard der neuen Bundesländer*.

Zweitens haben rechtsradikale Gruppierungen einen erheblichen Zulauf erhalten, der sich in verstärkten Aktionen dieser Gruppen ausdrückt. Da

Fremdenfeindlichkeit und Aggressivität zum festen Bestandteil rechtsradikaler Lebenswerte gehören, scheinen Häufigkeit und Militanz solcher Aktionen zwangsläufig mit der Zahl der Rechtsradikalen wachsen zu müssen. Wenn dies ein sozial unerwünschter Trend sein sollte, was man nur hoffen kann, dann reichen Polizeiaktionen alleine nicht aus, ihn zu stoppen, ebensowenig wie Erziehungsmaßnahmen und gesellschaftliche Ächtung alleine zum Erfolg führen würden. Wahrscheinlicher ist, daß *beides*, die gesellschaftliche Ächtung der Ideen – die Ablehnung der rechtsradikalen Ideologie – *und* die Bekämpfung der militanten Aktionen durch die Staatsgewalt wirksam sein könnten. Zugleich sollten die Wurzeln des Radikalismus offengelegt und, wenn möglich, direkt bekämpft werden.

Dritte Episode

Dresden, Montagvormittag, 9. Oktober 1989: In der Fernseh Abteilung eines Kaufhauses laufen zehn Großbildschirme. Man kann verschiedene Programme sehen und hören. Die Rede, die Erich Honecker zum 40. Jahrestag der DDR gehalten hat, kann man nur sehen – der Ton ist aus.

IV. Arbeitsplatzsicherheit und individuelle Planbarkeit des Lebens

Eine der möglichen Quellen radikaler Bewegungen sind objektive und subjektive Faktoren der gesellschaftlichen Verelendung. Insbesondere die subjektiven Faktoren wie allgemeine Zufriedenheit oder Gerechtigkeitsempfinden – ob man seinen „gerechten Anteil“ erhält – laufen oft quer zu objektiven Faktoren. Es sind in der Regel nicht die wirklich Armen, die sich an den Rand gedrängt fühlen. Sehr oft sind es Angehörige von Zwischenschichten, bei denen ein Gefühl relativer Unzufriedenheit entsteht. Insbesondere die Angst, man könne sozial absteigen, kann soziale Unzufriedenheit zur Folge haben. Ist dies der Fall, dann haben Informationen wie die folgenden wenig Einfluß auf positiveres Denken: Die Kaufkraft in den neuen Bundesländern ist gestiegen; die Konjunktur in den alten Bundesländern läuft gut, die Steuereinnahmen des Bundes sind wesentlich höher als vorausberechnet (etwa 18 Prozent), die Deutsche Mark ist so stark wie nie zuvor und so weiter. Solche Faktoren, die gesellschaftlichen Wohlstand anzeigen, werden in Situationen der Unsicherheit

durch andere, die auf Verelendung weisen, weitgehend aufgehoben. Dazu gehören Expertenmeinungen etwa über ein starkes Nachlassen der Konjunktur oder Nachrichten darüber, daß die Postbank und Mercedes-Benz Zehntausende von Arbeitsplätzen einsparen wollen. Die Folge ist eine gewisse Arbeitsplatzunsicherheit in den alten Bundesländern, die aber die individuellen Lebensziele nur in wenigen Bereichen tangieren wird.

In den neuen Bundesländern besteht diese Unsicherheit seit nunmehr drei Jahren, und sie bestimmt das Leben auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Während sozialer Abstieg durch Verlust des Arbeitsplatzes in den alten Ländern weit am Horizont sichtbar wird, aber er ist sichtbar, stellt er in den neuen Bundesländern eine real existierende Gefahr für sehr viele dar. Die unklaren, sich widersprechenden, oft nicht länger als von Tag zu Tag oder Monat zu Monat greifenden Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen verstärken das Gefühl der Unsicherheit und Verlassenheit. Vielfach wissen die Menschen nicht, wie es beruflich mit ihnen weitergehen wird, ob und wie sie morgen oder übermorgen ihre Existenz sichern können. Daraus erwächst ein Verlangen nach subjektiver Sicherheit, nach eindeutigen Wegmarken. Dieses Bedürfnis stellt einen idealen Nährboden für rechtsradikale Ideologien dar: Extremistische Gruppierungen preisen sich an, die gewünschte Sicherheit und Geborgenheit bieten zu können.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Herstellung der Planbarkeit der persönlichen Zukunft durch Stabilisierung von individuellen Zielhorizonten ebenso wichtig wie die Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Eine auf kurzfristige Effekte ausgerichtete, häufig die Zielrichtung und Arbeitsgrundlage ändernde Beschäftigungspolitik arbeitet hingegen radikalen Bewegungen in die Hand.

V. Zweierlei Arbeitsrecht in Deutschland

Individuelle Sicherheit und Geborgenheit sind also nicht unbedingt mit Arbeitsplatzsicherheit gleichzusetzen, sondern bedeuten auch Planbarkeit der privaten Lebenssphäre. Damit im Zusammenhang stehen rechtliche Verfahrensweisen, die den Ablauf von Betriebsschließungen als Folge zum Beispiel von Rationalisierungsmaßnahmen regeln. Arbeitsplatzunsicherheit schloß in den alten Bundesländern individuelle Lebensplanung deshalb

nicht aus. Ein umfangreiches arbeits- und sozialrechtliches Instrumentarium schuf zumindest die notwendige Zeit, um Lebenspläne im Notfall korrigieren zu können. Es mag zynisch klingen, aber es ist doch wohl ein qualitativer Unterschied, ob man sich Jahre im voraus seine Abfindung ausrechnen kann, ob man weiß, daß im Ernstfall Sonderfonds zur Verfügung stehen und daß es einen Sozialplan geben wird, oder ob man *nicht* weiß, wie lange das große ABM-Programm noch laufen wird, *nicht* weiß, was danach kommt, usw.

Bis heute, zwei Jahre nach der Vereinigung, gelten in den neuen Bundesländern nicht dieselben arbeitsrechtlichen Regelungen und werden nicht dieselben Verfahren angewandt wie in den alten Ländern. Wollte man z. B. in den westlichen Bundesländern die Hälfte der Mitarbeiter eines Universitätsinstituts loswerden, müßten diese entlassen werden, wobei soziale Gesichtspunkte in hohem Maße zu berücksichtigen wären. In den neuen Bundesländern wird erst einmal das gesamte Personal freigesetzt; dann wird neu eingestellt. Sicherlich geschieht das aus guten politischen Gründen – jedoch, das Recht sollte unteilbar sein und für alle Deutschen gelten. Die für den Einigungsprozeß möglicherweise notwendige Durchsetzung des politischen Primats über das Recht hat ihren Preis: Anstatt eine Rahmenbedingungen schaffende Verwaltung aufzubauen, erfolgt eine Verstärkung autoritativer Staatsverwaltung.

VI. Säkularisierung

Die Ablösung von der Kirche als einer traditionellen gesellschaftlichen Kraft halten Theoretiker für ein zentrales Element moderner Gesellschaften. Zumindest unter diesem Aspekt sind die neuen Bundesländer moderner als die alten: 65 Prozent aller Befragten gaben an, konfessionslos zu sein (gegenüber 11 Prozent in den alten Bundesländern); 60 Prozent gehen danach nie in die Kirche (21 Prozent im Westen); 50 Prozent glauben nicht an Gott (10 Prozent) und so weiter.

Aus empirischen Untersuchungen⁶ ist nicht ableitbar, wie tief diese Säkularisierung die Weltbilder entchristlicht und wir dann unabhängig von Konfessionen vor zwei grundsätzlich unterschiedlichen „Konfessionen“ neuer Art stünden: hier die christlich-mythisch geprägte mit starken rationalistischen Zügen (in Grenzen ist vieles machbar), dort

6 Vgl. ebd.

die rationalistisch geprägte mit starkem szientistischen Mythos (alles ist machbar). Wenn dies so wäre, folgten daraus mit großer Sicherheit erhebliche Konflikte bei der Entscheidung über Ziele und Mittel der Politik. Damit könnte auch wieder die Frage nach der Kirchenzugehörigkeit an Relevanz gewinnen, die sie in den letzten 20 Jahren in den alten Bundesländern eindeutig verloren hat. Vielleicht heißt eines Tages der neue Proporz nicht mehr evangelisch-katholisch, sondern „mit“ und „ohne“ christlichen Glauben.

Vierte Episode

Dresden am Abend des 7. Oktober 1989: Aus der Ferne hört man lautes Rufen (Freiheit?), überall Spaziergänger, die ihr Ziel zu kennen scheinen, der Bahnhof ist von der Polizei abgeriegelt, mein bundesrepublikanischer Paß gewährt mir sofort Durchlaß: nichts wie fort von hier. Noch eine Stunde bis zum Nachtzug nach Frankfurt am Main, dichtes Gedränge auf dem einen Bahnsteig Richtung Westen: unbeschreibliche Szenen des Abschieds, der fast wie einer auf immer dünkt; noch knapp fünf Wochen bis zur Freiheit.

VII. Autoritarismus in den neuen Bundesländern

1. Staatsgläubigkeit und Politikermißtrauen

Die DDR war ein autoritärer Staat. Die Frage ist, wie autoritär wird Deutschland werden? Einfache Antworten darauf wären etwa: Der Einigungsprozeß wird einen möglichen Autoritarismus in den neuen Bundesländern sehr bald überwinden; oder: Im Laufe des Einigungsprozesses werden die alten Bundesländer etwas autoritärer und die neuen Bundesländer etwas weniger autoritär. Der Hintergedanke, den beide Antworten enthalten, ist derselbe: Die neuen Bundesländer und deren Bürger sind autoritär geprägt, autoritärer als die der alten Bundesländer; das gilt es zu überwinden oder anzugleichen.

Vielleicht sollte man einen Schritt zurücktreten und zuerst einige Daten betrachten und dann die Ausgangssituation neu überdenken: Fragte man die Menschen in beiden deutschen Regionen im Sommer 1991⁷, was für sie in der Politik wichtiger sei, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die aktive Teilnahme der Bürger an politi-

schen Entscheidungen, die Meinungsfreiheit oder der Kampf gegen steigende Preise, dann ergab sich folgendes Bild: Ruhe und Ordnung war für 35 Prozent der Bürger im Westen und für 51 Prozent im Osten am wichtigsten; Teilnahme an politischen Entscheidungen hielten im Westen 33 Prozent und im Osten 31 Prozent für am wichtigsten; bei Meinungsfreiheit waren dies 24 Prozent im Westen und 8 Prozent im Osten, und schließlich war der Kampf gegen steigende Preise für jeweils 8 Prozent der Befragten in Ost oder West am wichtigsten. Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer liegen also in der Bewertung der Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung (35 zu 51 Prozent) und Erhaltung der Meinungsfreiheit (24 gegenüber 8 Prozent). Fragte man danach, ob der Staat dafür sorgen solle, daß man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Einkommen hat, dann stimmten dem 51 Prozent der Bürger in den alten Bundesländern und 80 Prozent in den neuen Bundesländern voll zu.

Solche Antwortverteilungen findet man immer dann, wenn es um die grundsätzliche Frage: Bürgereinfluß oder -verantwortung gegenüber Staatsverantwortung geht. Die Bürger in den neuen Bundesländern halten den Staat, wer oder was immer das sein mag, eher zuständig für politische und andere Probleme als die in den alten Bundesländern. Dieses Ergebnis kontrastiert mit der Feststellung der großen Mehrheit (65 Prozent) in beiden deutschen Regionen, daß sich die meisten Politiker in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren.

Hinsichtlich der Frage nach dem Autoritarismus sind diese Unterschiede bemerkenswert: Während die Bürger aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (Ost) Staatsgläubigkeit mit Politikermißtrauen im Sinne von „Die Obrigkeit wird und muß es richten, aber denen da oben trauen wir nicht“ verbinden, sind die Antworten der Bürger aus Hessen, Bayern, Baden-Württemberg usw. nach dem Motto „Denen da oben trauen wir nicht und deshalb wollen wir selber sehen und entscheiden, was gemacht wird“ zu interpretieren. In diesem Sinne kann man von einem bestehenden Autoritarismus in den neuen Bundesländern sprechen.

2. Autoritarismus der Verwaltung

Es gibt aber noch eine zweite, durch Umfragen schwerlich einzufangende Form des Autoritarismus, den Autoritarismus der Verwaltung gegen-

7 Vgl. ebd.

über den Verwalteten. Wesentlicher Teil der bürgerlich-demokratischen Kultur ist der zivile Umgang der Verwaltung mit den einzelnen Bürgern und der auf Verhandlungskompromisse abzielende Umgang zwischen Verwaltungen. Nach der deutschen Vereinigung ging in den alten Bundesländern zumindest von letzterem etwas verloren.

De facto herrschte von Oktober 1990 bis Anfang 1992 *auch* in der alten Bundesrepublik eine Art Verwaltungsnotstand. Mit dem Argument größter Eilbedürftigkeit wurden Entscheidungen ohne die sonst üblichen Verhandlungen der beteiligten Administrationen „durchgepeischt“. Gleichzeitig wurde überall Personal für den Verwaltungsaufbau in den neuen Bundesländern abgezogen. Das Ergebnis war eine Notverwaltung *sowohl* der alten als auch der neuen Bundesländer. Nur durch den hohen Einsatz der einzelnen Beamten und guten Willen gelang es, größere Einbrüche oder gar ein Chaos zu vermeiden, was sicher eine gute Übung in kooperativem Handeln war. Bedenklich stimmt jedoch die durchgängige Erfahrung, daß auch törichte Entscheidungen ohne Widerspruch im Namen der deutschen Einheit durchgeföhrt werden konnten.

Sucht man nach Rissen in der demokratischen Ordnung, dann zeigt sich hier ein wichtiger: Eine Verwaltung, die erfahren hat, wie einfach – verglichen mit eher mühsamem Verhandeln – das *Befehlen* ist, mag nicht immer der Versuchung trotzen, auf diese Erfahrung zurückzugreifen, vor allem dann, wenn sie auf Bürger trifft, die eher Staatsverordnung denn Individualverantwortung wünschen.

Zwischenakt

Sommer 1990, die Taxis finden langsam den Weg vom Flughafen Tegel nach Berlin Stadtmitte. Die Akademie der Wissenschaften befindet sich im Prozeß der Auflösung. Die Deutsche Einheit ist offiziell immer noch zum Nulltarif zu haben. Ob Berlin Regierungssitz werden wird?

VIII. Teilhabe an der Macht im Staat

Eine stabile Demokratie benötigt aktiv am politischen Leben teilnehmende Bürger und Institutionen, die den Bürgern die Mitwirkung erlauben. Im Rückblick mag man gerne nur die letzten Jahre betrachten, in denen die Bundesrepublik sich zu

einer stabilen Demokratie entwickelte. Dies war lange Zeit nicht der Fall. Noch Anfang der sechziger Jahre galt die Bundesrepublik als höchst instabil, und die späten sechziger Jahre waren durch heftige Elitenauseinandersetzungen – genannt „Studentenrevolution“ – gekennzeichnet. Daß heute 60 Prozent aller in den alten Bundesländern Befragten freie Meinungsäußerung oder Partizipation als wichtigstes politisches Ziel bezeichnen, ist das Ergebnis eines langwierigen kulturellen, politischen und ökonomischen Prozesses⁸.

Erst nachdem ab Mitte der sechziger Jahre in zunehmendem Umfang auch Bürger über genügend politische und ökonomische Ressourcen verfügen konnten, eröffnete sich die Möglichkeit einer stabilen Demokratie. In diesem Prozeß wurden vormals zentrale Konfliktlinien, die sich aus Konfession, Region und Schichtung ergaben, durch problemorientierte Konflikte zurückgedrängt. Während die Diskussion um die Legitimität des politischen Systems und vor allem um die Frage der Parteiverdrossenheit in vollem Gang war, gingen die Bürger wie zuvor zur Wahl, wählten wie immer eine der drei großen Parteien und etablierten sich Bürgerinitiativen als neues Partizipationsinstrument.

All dies kostete die Gesellschaft und die einzelnen Bürger Kraft. Die Frage ist, ob die Bürger der neuen Bundesländer und auch die noch jungen politischen Institutionen schon die Fähigkeit zu aktiver Bürgerbeteiligung besitzen – eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile demokratische Gesellschaft. Das muß sicherlich bezweifelt werden; zu viele andere, scheinbar wichtigere Probleme sind zu lösen. Damit zeichnet sich mittelfristig eine weitere, für die politische Kultur Deutschlands zentrale Konfliktlinie ab: Die Bürger des Westens werden Zeit, Kraft und Mittel für politische Beteiligung und damit Teilhabe an der Macht in wesentlich größerem Maße haben als die der neuen Bundesländer. Dies wird zu einer Verfestigung des bestehenden Machtungleichgewichtes führen. Es sei die Prognose gewagt, daß die nach 1990 in den neuen Bundesländern Geborenen spätestens um das Jahr 2008 ihren gerechten Anteil an der Macht in Deutschland, falls dies dann politisch noch von Interesse sein sollte, einfordern werden.

⁸ Vgl. Peter Ph. Mohler, Wertkonflikt oder Wertdiffusion?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1989) 1, S. 95–122.

IX. Europa: über Deutschland hinaus

Parallel zum deutschen Einigungsprozeß laufen unter den Stichworten „Europäischer Binnenmarkt“ und „Maastricht“ große Anstrengungen, der europäischen Einheit näher zu kommen. Das politische System Deutschlands steht also vor einer doppelten Aufgabe: der zeitgleichen Synchronisation beider Teile Deutschlands und Eingliederung ganz Deutschlands in ein erweitertes Europa. Dazu wird mindestens die allgemeine politische Unterstützung benötigt. Es stellt sich die Frage, wie es mit der Europaorientierung der Deutschen aussieht. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesbürgern.

Es wurde schon erwähnt, daß sich etwa ein Drittel der Altbundesbürger vorstellen könnte, in einem anderen Land der Europäischen Gemeinschaft zu leben; von den Neubürgern kann sich das nur ein Zehntel vorstellen. Auch die Antworten auf die Frage, wie verbunden man sich mit Deutschland oder der EG fühlt, zeigen eine vergleichbare Struktur: Jeweils mehr als zwei Drittel aller Befragten fühlen sich stark mit Deutschland verbunden (ähnliches findet man auch, wenn man nach der Verbundenheit mit der Gemeinde oder dem Bundesland fragt). Fragt man jedoch nach der EG, so sind dies in den alten Bundesländern 45 Prozent, in den neuen Bundesländern jedoch nur 30 Prozent. Daraus wird ersichtlich, wie fern die EG als neue europäische Heimat den Bürgern der neuen Bundesländer noch ist. Aus solcher emotionaler Distanz kann, muß aber nicht, auch politische Distanz erwachsen. Ob dies der Fall sein und ob dies den Prozeß der europäischen Einigung erschweren wird, bleibt abzuwarten.

In anderer Hinsicht hat die deutsche Einheit schon Einfluß auf die europäische Einigung gehabt: Allein schon die Größe Deutschlands läßt andere Nationen zögern, sich jetzt auf ein Vertragswerk einzulassen, das mit einem wesentlich kleineren und

schwächeren Partner, nämlich der alten Bundesrepublik, geschlossen wurde.

X. Auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie?

Die Ausgangsfrage war, wie eine stabile Demokratie möglich ist. Die Antwort der empirischen Sozialforschung liegt in der Suche nach aktiv sich am politischen Leben beteiligenden Bürgern und Institutionen, die den Bürgern eine solche Beteiligung ermöglichen. Die kleine Tour d'horizon führte eine Reihe von Rissen und Konfliktlinien im neuen deutschen Haus vor, die zwar virulent, die aber auch bereinigt werden können. Allerdings erfordert dies eine gewisse Toleranz gegenüber Unterschieden zwischen den Regionen in Deutschland und ein Beharren auf demokratischen Formen und Institutionen. Und es erfordert eine Menge Geduld, ausgedrückt in Jahren, die alle Bereiche der neuen deutschen Gesellschaft für die Synchronisation der jetzt noch höchst unterschiedlichen politischen, ökonomischen und sozialen Kulturen benötigen.

Ein Szenario, nach dem die neuen Bundesländer politisch und ökonomisch der Mezzogiorno Deutschlands werden könnten, ist zwar vorstellbar, aber bei gleichbleibenden Randbedingungen wenig wahrscheinlich. Insofern spricht prinzipiell nichts gegen eine auch in Zukunft stabile Demokratie im neuen Deutschland.

Nachwort

Juli 1992: Ein Kollege aus Aue, vormals an der Akademie der Wissenschaften, jetzt in Baden-Württemberg tätig, schickt Kartengrüße aus den USA. – Es kommt ein Anruf aus Leipzig: Am 28. September wird über die Wiederanstellung eines anderen Kollegen entschieden. – Nachricht aus Berlin: Man sagt, die ABM-Projekte sollen auslaufen...

Richard Schröder: Die DDR einst – und jetzt?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/92, S. 3–12

Der Artikel bietet keine wissenschaftliche Analyse auf der Grundlage empirischer Erhebungen oder historischer Untersuchungen, sondern erzählt und reflektiert Grundgegebenheiten und Grundhaltungen in der DDR, um unseren neuen westlichen Mitbürgern die Vergegenwärtigung unserer Lebensverhältnisse zu erleichtern.

Die SED-Herrschaft war, auch ihrem Selbstverständnis nach, die Diktatur einer Partei und ihrer Ideologie, die weithin die Plausibilität des Selbstverständlichen erlangt hatte. Deshalb wird die Forderung nach einem Schuldbekennnis der Akteure und Mitläufer schnell zu einer Überforderung.

Trotzdem – oder deshalb? – gab es in der DDR ein normales Leben, Überlebensstrategien, die auch ihren Reiz hatten, sich aber auf informellen oder eben unkorrekten Wegen bewegten.

Die Evangelische Kirche in der DDR hat die Revolution weder geplant noch inszeniert, aber entscheidende Beiträge für die Wende geleistet. Sie war nicht die Stütze des Systems, denn sie hat zwar nicht die Machtfrage gestellt, aber Reformen eingefordert. Sie hat das Gespräch mit dem Staat gesucht. Daß es darüber hinaus intensive Gesprächskontakte einiger Kirchenleute zur Stasi gab, haben die meisten nicht vermutet. Der Artikel versucht eine differenzierende Beschreibung dieses umstrittenen Problemfelds.

Die Formel „Kirche im Sozialismus“ war kein theologisch ausgearbeitetes Programm, und sie war mehrdeutig. Man kann drei Interpretationen unterscheiden: „Kirche in der DDR“, „Kirche für einen verbesserlichen Sozialismus“ und „Kirche für den real existierenden Sozialismus“. Die letzte ist von den Evangelischen Kirchen nicht vertreten, aber vom Staat erwartet worden.

Irma Hanke: Die „Dritte Republik“: Wandel durch Integration? Lernhemmnisse und Lernprozesse in der „alten“ Bundesrepublik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/92, S. 13–24

Während Veränderungen in den neuen Bundesländern die öffentliche Diskussion beherrschen, wird nach Wandlungsprozessen in der „alten“ Bundesrepublik selten gefragt. Dem Augenschein nach hat sich hier kaum etwas geändert; die politische, ökonomische und kulturelle Dominanz des Westens scheint Lernprozesse eher zu verhindern.

Für die Bürger der alten Bundesländer wurden grundsätzliche Änderungen im politischen System, etwa im Parlament und im Verhältnis der Parteien zueinander, kaum sichtbar – ein Sachverhalt, der heute auch nicht mehr durch eine nachgeholtte Verfassungsdebatte ausgeglichen werden kann. Die symbolischen Bestimmungsfaktoren des neuen Deutschland machte erstmals die Berlin-Debatte deutlich.

Im Bereich der Länder wurde die bislang bestehende Homogenität außer Kraft gesetzt. Veränderungen werden schließlich im regionalpolitischen Bereich sichtbar, wo sich insbesondere die Gewichtungen strukturschwacher und strukturstarker Gebiete verschoben haben.

Die Herausforderung der raschen Vereinigung war im übrigen durch ad hoc entwickelte Taktiken von Beratung, Übernahme, Anschluß oder Hilfestellung beim Neuaufbau durch Verwaltungen, Parteien und Verbände gekennzeichnet, deren Probleme hier am Beispiel der Entsendung von Leihbeamten, der Neuorganisation der Bundeswehr, der Integrationsprozesse in den Parteien und der Dilemmata der Gewerkschaftstaktiken erörtert werden.

Insgesamt geschah im symbolischen Bereich wenig, im Bereich praktischen Politikmanagements sehr viel bei der Eingliederung der neuen Länder. Während auf dieser Ebene der Integrationsprozesse westdeutsche Berater Einblick gewinnen und Karrierechancen nützen können, bleibt für die Masse der Bevölkerung im Westen die Gesellschaft der neuen Bundesländer, für die von ihnen Solidarität eingefordert wird, in ihren Lebensformen eher unzugänglich; hier mangelt es an einsehbaren symbolischen Vorgaben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das von Kurt Biedenkopf entwickelte Regionalismus-Konzept: Eine größere Eigenständigkeit der neuen Länder und ihre Abkoppelung von der „Aufholjagd“ des Westens soll mit einer Identitätsvorgabe verbunden werden, die sich auf die systemspezifischen Erfahrungen ihrer Bürger bezieht. Die Anerkennung eigener Entwicklungswege böte im Westen zugleich die Möglichkeit, bestehende Ungleichheiten unter dem Signum föderaler Unterschiede institutionell anzuerkennen.

Manfred Jäger: Die Autobiographie als Erfindung von Wahrheit. Beispiele literarischer Selbstdarstellung nach dem Ende der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/92, S. 25–36

Wer über sein vergangenes Leben schreibt, offenbart mehr über seine geistige Verfaßtheit in der gegenwärtigen Zeit als über frühere Daseinsphasen. Primärerfahrungen sind durch das unsichere Erinnerungsvermögen und durch die Zwecksetzungen entstellt. Die Schreiber wissen weniger über sich, als sie glauben, und sie offenbaren mehr von sich, als sie wissen. Die rückschauende Wiedergabe des eigenen Lebens ist über weite Strecken nicht dessen Rekonstruktion, sondern dessen Konstruktion.

Weil es des Abstands bedarf, um einen Sinnzusammenhang darzustellen, sind Autobiographien Nachrufe von eigener Hand. Die Episoden werden auf einer Kette aufgereiht, um die Logik des einen Lebens plausibel zu machen. Wer von seinen Widersprüchen oder sogar von für ihn selber unerklärlichen Brüchen handelt, fingiert eine sinngebende „Einheit der Widersprüche“. Zur Lebensillusion gehört, sich zur Identität zu überreden.

Im Bereich der vormaligen DDR hat eine Zeit der Rechtfertigungen und Anklagen, der Absagen und Selbstvergewisserungen begonnen. Für die Analyse wurden – abgesehen von zum Vergleich herangezogenen Büchern – je drei Beispiele von „Nicht-Schriftstellern“ und von berufsmäßigen Erzählern ausgewählt. Walter Janka, Günter Schabowski und Vera Oelschlegel beleuchten ihr Leben mit Hilfe sehr unterschiedlicher Lichtquellen. Sie lassen vieles bewußt im dunkeln, anderes vermögen sie wohl selbst bei gutem Willen nicht aufzuhellen. Aber auch die „richtigen Schriftsteller“ kennen mehr Ausflüchte als Auswege. Hermann Kant behilft sich mit Redseligkeit, Günter de Bruyn mit skeptischer und ironisch gebrochener Präzision, die vergessen machen soll, daß er auch diesmal „erfindet“. Heiner Müller, der Dramatiker, erzählt direkt ins Mikrophon und liefert so einen Zwitter ab, der nach eigenem Bekunden seinem literarischen Werk nicht zugerechnet werden darf.

Das Scheitern der Autobiographie gehört zu ihrem Projekt, die Auflagenhöhe verspricht dennoch einen Erfolg. Das Lesepublikum wird so daran erinnert, daß Autobiographien mißlingen müssen, wenngleich auf unterschiedlichem Reflexionsniveau.

Peter Ph. Mohler: Auf dem Weg zur stabilen gesamtdeutschen Demokratie? Soziologische Betrachtungen zum Prozeß der deutschen Einheit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/92, S. 37–45

Die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg von einer instabilen zu einer vergleichsweise stabilen demokratischen Gesellschaft. Die DDR machte in dieser Zeit eine andere, eine autoritäre und totalitäre Entwicklung durch. Die hier aufgeworfene Frage gilt den Chancen und Bedingungen einer nunmehr gesamtdeutschen stabilen Demokratie. Auf dem Weg dorthin müssen, das zeigen erste Untersuchungen, eine Reihe von Konflikten bearbeitet oder zumindest stabilisiert werden, um so geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört auch die Angleichung der Lebenslagen in den beiden Regionen Deutschlands. Die zwei zentralen gesellschaftlichen Probleme werden dabei die Synchronisation von Teilkulturen und die zeitliche Anordnung der Problemlösungen sein. Aus der Sicht des Jahres 1992 zeigen sich zwar massive Probleme, aber sie erscheinen lösbar oder zumindest stabilisierbar, vorausgesetzt, der Gesellschaft bleibt genügend Zeit dafür.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

nur **25,- DM**

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang



neu

1991

Jetzt bestellen!

*Frühere Jahrgänge sind
inzwischen leider vergriffen!*



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- **Das Parlament** , Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62 - 65, D-5500 Trier